

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 20 Pf., vierteljährlich 30 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Sonntagen.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehobene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Inserate und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zulage für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonnabend, den 4. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Es gärt im Ruhrrevier!

Das provokatorische Vorgehen des hiesigen Reichsregimentes seit dem großen Bergarbeiterstreik noch übermütiger gewordenen Kohlenmagnaten hat im Ruhrrevier wieder eine hochgradige Gärung erzeugt, die eine neue Explosion der aufgeschichteten Erbitterung sehr in den Kreis der Möglichkeiten rückt. Worum es sich in der Hauptsache handelt, ist das Bestreben, der Arbeiterschaft die Freizügigkeit zu nehmen. Das ist wieder gleichbedeutend mit vollständiger Verhinderung der Arbeiter. Die „Regelung“ der Arbeiterverhältnisse soll der uneingeschränkten und doch teilweise in Paragraphen geleiteter Willkürherrschaft der Industriemagnaten vollständig ausgeliefert werden. Welchen Zuständen man entgegenreißt, dafür zwei markante Momente. Es besteht bereits die Einrichtung, daß den von einer Reihe abkehrenden Arbeitern, denen sogenannte Ueberweisungscheine erteilt werden, und das sind diejenigen, die sich irgendwie mißliebig gemacht haben, auf anderen Stellen die Einstellung verweigert wird. Daß das eine Berufsverleumdung in ausgesprochenster Form ist, ist für die meiste so aktionsfähige Staatsanwaltschaft natürlich kein zwingender Grund, von Amts wegen solche Skandalzustände einzuschreiten. Erhöhte Bedeutung als Mittel des Lohnrückes erhält das System durch eine Bestimmung der neuen Normal-Arbeitsordnung. Diese bestimmt unter anderem folgendes: Kommt ein Bedingte nicht zustande, so sollen zwei Drittel des durchschnittlich erzielten Tagesverdienstes der betreffenden Berufsgruppe gezahlt werden. In der Praxis würde sich das so gestalten: Der Steiger bietet einen Preis, für den die Arbeit durchaus nicht zu machen ist. Die ganze Kameradschaft weigert die Annahme des Bedingtes und ihr durchschnittlicher Arbeitsverdienst geht um ein Drittel zurück. Das wollen die Leute nicht mitmachen; sie kündigen das Arbeitsverhältnis. Nun sind die Betreffenden natürlich als unzufriedene Elemente verdächtig, waren sie doch nicht mit dem gebotenen Bedingte und auch nicht mit dem um ein Drittel gekürzten Lohn zufrieden. Sie werden aufs Korn genommen, es gibt keinen Ueberweisungschein. Die Leute wandern vergeblich von Stelle zu Stelle, um Arbeit anfragend, und sehen sich schließlich gezwungen, zu der Stelle, von der sie abkehrten, zurückzukehren und sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Das ist keine Schwärzerei! Mit den Ueberweisungscheinen und der angelegenen Bestimmung über Lohnzahlung haben es die Unternehmer tatsächlich in der Hand, die Löhne nach unten zu regulieren. Und daß man mit den bisher getroffenen Maßnahmen sich nicht begnügt, daß man bereit ist, eventuell auch noch mit starken Stricken zu binden, das hat das Organ der Grubengevattern, die „Rh.-Westf. Ztg.“, ja offen angekündigt. Und wenn man weiß, welchen Einfluß die Leute ausüben, die die Durchführung der gekennzeichneten Pläne unternommen haben, dann muß jede Hoffnung darauf, es werde in der Praxis nicht so scharf verfahren, oder aber gar die Regierung werde sich ins Mittel legen, vollständig schwinden. Die Brutalität und Prophanität des rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten vor, während und nach dem großen Streik, sowohl gegenüber der Arbeiterschaft als auch der Regierung gegenüber, reden da eine deutliche Sprache. Und von Herrn Rirdorf, der sich auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform als der intellektuelle Vater der neuen Anordnungsmaßnahmen entpuppte und der schon Bröckchen davon abgefragt hat, wie Industriekönige mit einem simplen Minister umspringen, sagt die über solche Verhältnisse stets gut unterrichtete „Deutsche Tagesztg.“, er übe „in gewissen Reichsämtern und Ministerien entscheidenden Einfluß“ aus. Entscheidenden Einfluß! Das heißt, was Herr Rirdorf will, wird gemacht, Herr Rirdorf regiert. So sieht's aus im Staate der vielgerühmten Sozialreform. Die neue Arbeitsordnung enthält noch eine Menge Feinheiten, die den Arbeiter ins Fleisch schneiden, wie schon an einer Stelle ausführlich dargelegt worden ist. Und die Bergarbeiter wissen, was ihnen bevorsteht. Natürlich wollen sie keine Verschlechterung hinnehmen, aber sie wollen versuchen, der Gefahr auf friedlichem Wege zu begegnen. Zu diesem Zwecke haben sich die Bergarbeiter in den letzten Wochen in mehreren hundert Versammlungen mit der Angelegenheit beschäftigt, sie erhoben warnend ihre Stimmen, sie protestierten dagegen, immer noch mehr bedrückt und geschürzt zu werden. Aber bisher regt sich in den oberen Regionen noch nichts, was darauf schließen lassen könnte, daß die Stimme der Rufenden gehört und verstanden worden ist. Will man wieder wie bisher taub sein gegenüber den Klagen und Beschwerden, und sich nachher, wenn die Wogen der Erregung in drausender Sturmflut dahinschlagen — aber Heher und verführte Arbeiter zu enträften? Man täusche sich nicht über den Umfang der Unzufriedenheit und Erregung, die jetzt im Ruhrrevier das Fundament des sozialen Friedens untergräbt. Nicht bei den Bergarbeitern allein gärt es, die ganze Arbeiterschaft in der Großindustrie fühlt sich bedrückt und umso mehr erstickt das Empfinden; es kommt zum Kampf, zum energischen, geschlossenen Widerstand des Riesenhäeres der Proletarier gegen die Maßnahmen der Handvoll Leute, die als Industriekönige herrschen! —

Gestern hat die Feinereit von den vier Verbänden eingesehete Siebenerkommission, welche Gefahr im Verzuge erkannte, den Reichskanzler antelegraphiert und dem Handelsminister die untenstehende Eingabe zugehen lassen:

„Die unterzeichnete von der Reviertkonferenz der organisierten Bergarbeiter Deutschlands gewählte Siebenerkommission erlaubt sich Ew. Excellenz auf folgende Punkte, der von dem Verein zur Wahrung der bergbauischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund veröffentlichten und von den Gewerkeverbänden abgeleiteten Normal-Arbeitsordnung aufmerksam zu machen. Diese Arbeitsordnung steht unserem Erachtens mit den gesetzlichen Bestimmungen (Novelle zum Vergesetz vom 14. Juli 1905) in Widerspruch.“

§ 93b des Gesetzes scheidet vor, eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche zur Umgehung der vorstehenden Bestimmungen erfolgt, ist unzulässig.

Die Normal-Arbeitsordnung bestimmt dagegen in § 7 Abs. 3, daß die Schichtdauer für die Anschläger am Schacht, für die Pferdebtreiber und für die bei der unterirdisch-maschinellen Förderung beschäftigten Arbeiter 9 Stunden betragen soll. Bisher hatten diese Arbeiter allgemein eine stündige Arbeitszeit. Ferner bestimmt die Arbeitsordnung durch § 7 Abs. 4, daß für alle Arbeiter über Tage eine 10stündige Arbeitszeit (inklusive Pausen) eingeführt werden soll. Bisher hatten jedoch alle direkt an der Förderung beteiligten Arbeiter über Tage, gleich den Arbeitern unter Tage eine stündige Arbeitszeit. Wir erbitten darin eine Umgehung der Bestimmung des § 93b.

§ 99d Abs. 2 bestimmt: „Vor dem Beginn sowohl einer regelmäßigen Schicht als einer Nebenschicht muß für den einzelnen Arbeiter eine mindestens achtstündige Ruhezeit liegen.“

In der Normal-Arbeitsordnung bestimmt § 10 Abs. 1: „Wollen einzelne Arbeiter freiwillig über ihre Schichtzeit hinaus arbeiten oder ihre Schicht wechseln, so bedürfen sie dazu der vorher eingeholten Erlaubnis ihres nächsten Vorgesetzten.“ Auch in dieser Bestimmung erblicken wir eine Umgehung dieses Gesetzes. Ja, der Abs. 2 des § 99d würde durch das Hinausarbeiten über die normale Schichtzeit einfach illusorisch gemacht werden, da dann in der Praxis keine Neben-, sondern nur Neberschichten verfahren werden würden.

Der § 80c des Gesetzes bestimmt: „Ist im Falle der Fortsetzung der Arbeit vor demselben Arbeitsort das Bedingte nicht bis zu dem nach § 80b Nr. 2 in der Arbeitsordnung zu bestimmenden Zeitpunkt abgeschlossen, so ist der Arbeiter berechtigt, die Feststellung seines Lohnes nach Maßgabe des in der vorausgegangenen Lohnperiode für dieselbe Arbeitsstelle gültig gewordenen Bedingtes zu verlangen.“

Der Abs. 4 des § 12 der Normal-Arbeitsordnung sieht dagegen nur einen Anspruch auf zwei Drittel des durchschnittlichen Netto-Tagesverdienstes derselben Arbeiterklasse im vorangegangenen Monat vor. Hierin liegt unseres Erachtens ein direkter Widerspruch des § 80c des Gesetzes.

Die Unterzeichneten richten diese Beschwerde deshalb direkt an Ew. Excellenz, weil die königlichen Gruben im Ruhrrevier eine Arbeitsordnung angehängt haben, die in den wichtigsten Punkten mit der Normal-Arbeitsordnung des Bergbauvereins übereinstimmt. Wir schließen daraus, daß das zuständige Oberbergamt sein Einverständnis zu den in den Arbeitsordnungen enthaltenen Widersprüchen mit dem Gesetz erklärt hat. Wir richten an Ew. Excellenz die Bitte, die königlichen Bergbehörden anzudeuten, nur dann ihre Zustimmung zu den Arbeitsordnungen zu geben, wenn die vorgenannten Umgehungen und Widersprüche gegen die Gesetzesnovelle aus der Normal-Arbeitsordnung beseitigt sind.

Gleichzeitig bitten wir den Herrn Minister um eine Interpretation der Gesetzesbestimmung in § 93c und d der genannten Novelle vom 14. Juli 1. J.

Trotzdem in § 93e steht, „daß die Arbeitszeit vor den dort angegebenen beiden Betriebspunkten 8 Stunden täglich nicht überschreiten“ darf und im § 93d Ueber- und Nebenschichten zu verfahren, nicht gestattet ist, legt ein juristischer Weisand des Bergbauvereins, Herr Dr. jur. Bernhard Wodenschein in seiner Schrift: „Arbeiterauschüsse, Arbeitsordnungen, Unterhaltungsstellen im Bergbau“ das Gesetz aus (Seite 49) wie folgt: „An Betriebspunkten über 28 Grad sind Ueber- und Nebenschichten unzulässig; andererseits können Arbeiter, die an Betriebspunkten über 28 Grad gewöhnlich beschäftigt werden, an anderen Betriebspunkten Ueber- und Nebenschichten verfahren.“

Da auch Begebenheiten sich schon ausgesprochen haben, daß dies zulässig sei, so ist wohl zu befürchten, daß seitens der Behörden so verfahren und viel Streit und Mühsal dadurch unter den Arbeitern hervorgerufen wird. Wir wären deshalb Ew. Excellenz dankbar, wenn und eine authentische Interpretation hierüber gegeben wird.“

Der Reichskanzler hat bis zur Stunde noch keine Antwort gegeben. — Na, das Schweigen ist auch eine Antwort und zwar eine für die Bergleute recht deutliche.

### Die Geburt der Freiheit im Zarenreich.

Verühmte „Communiqués“ — mit gleichzeitiger Verhängung des Belagerungszustandes, Amnestie für politische Verbrecher — unter Ausschluß der Kämpfer der ganzen Revolutionsperiode, Dekrete über Pressefreiheit — und Niedermeißelung friedlicher Bürger, „Unerschütterliche Grundsätze“ des Verfassungsmantels — und ein allgemeiner Ausbruch von Judenkravallen, so sieht der zarische „Rechtsstaat“, das Reich der „freiheitgebenden“ Kräfte in diesem Augenblick aus.

Und doch ist das groteske Schauspiel nur eine logische Bekehrung des inneren Widerspruchs der Lage: der Absolutismus kann sich noch mit Not für einige Momente an der Oberfläche halten, nur indem er freiwillige Zugeständnisse und Konzessionen macht. Aber diese Konzessionen bedeuten seine Selbstvernichtung, seine Rettungsmittel sind für ihn ebenso viele Vernichtungsmittel. Deshalb bleibt es bei den bloßen Zugeständnissen, und weil diese

naturgemäß statt zu beruhigen, die Revolution immer nur von neuem ansahen, folgen den freiwilligen Zugeständnissen mit tödlicher Sicherheit Rückfälle in das nackte Schreckensregiment der Anate auf dem Fuße.

Und doch mitten in diesem Wirrwarr des Zusammenbruchs des Zarismus wird bereits in Rußland die politische Freiheit tatsächlich geboren, sie wächst mit jeder Stunde. Nicht „gewährt“ durch den Absolutismus, sondern betätigt durch die Arbeiterschaft unter der Führung der Sozialdemokratie. Die Massenversammlungen in den Straßen aller Großstädte sind zur täglichen Erscheinung geworden. Die Blätter werden in einigen Städten, so in Warschau, bereits ohne Zensur herausgegeben, von der sie sich einfach auf eigene Faust befreit haben. Die Gefangenen werden durch einen Sturm der Volksmasse befreit. Es ist die städtische Massenbewegte Arbeiterschaft, die so durch ihre Entschlossenheit die politische Freiheit Schritt für Schritt gewaltsam durchsetzt. Man muß durch das bunte Bild der widersprüchlichen Nachrichten, durch die Details hindurch in den Sinn der einzelnen Augenblicke, der Phasen der Revolution eindringen — und jetzt werden die Phasen in Rußland nach Tagen und Stunden bemessen, um die innere Logik, die Entwicklung der Ereignisse zu erfassen. Die Revolution in Rußland siegt als eine Bewegung der modernen großstädtischen Arbeiterschaft — dies bewährt sich nicht nur in dem allgemeinen Inhalt dieser Revolution, sondern in jedem ihrer Schritte, in jedem einzelnen Moment!

### Die Amnestie.

Petershof, 3. November. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Ein kaiserlicher Ukas betreffend den Erlass einer Amnestie ist unterzeichnet.

Petersburg, 3. November. Die Regierung bewilligte die verlangte Amnestie, die auch vom Jaren bereits unterzeichnet worden ist. Die wegen politischer Attentate nach 1899 Verurteilten sind davon ausgeschlossen. (1)

### Die Worbuben besorgt um die Moral.

Petersburg, 3. November. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Ein Regierungscommuniqué führt aus, nachdem das Manifest vom 30. Oktober unerschütterliche Grundlagen für die Entwicklung des Lebens Rußlands auf der Basis von Gesetzmäßigkeit und Recht geschaffen, erhalte die Teilnahme an Straßendemonstrationen einen ganz anderen Sinn als vorher. Sie könne nur die Unordnung unterstützen, daher sei die Teilnahme von Schülern mittlerer und unterer Lehranstalten an solchen Kundgebungen schon aus moralischen Gründen zu verurteilen. Wenn die Aufmerksamkeit der Gesellschaft nicht schon jetzt darauf gerichtet werde, drohe dem Staate das Anwachsen der Zahl der Leute, deren Achtung vor der Autorität und Ordnung schon auf der Schulbank radikal erschüttert sei. Die Regierung rufe alle Bürger zu Selbstbeherrschung und ruhiger Beschäftigung auf.

### Das Preskret.

Petersburg, 3. November. Der Wortlaut des Dekrets, welches die Pressefreiheit gewährt, liegt in der Redaktion der „Nowoje Wremja“ zur Einsicht aus. Graf Witte hat die Chefredakteure der Petersburger Blätter ersucht, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen und ihm eventuell Abänderungsvorschläge zu machen. Die Chefredakteure werden infolgedessen heute abend mit dem Grafen Witte eine Unterredung haben.

### Belagerungszustand in Odeffa!

Odeffa, 3. November. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes wird bestimmt, daß nach 7 Uhr abends sich niemand mehr auf den Straßen sehen lassen darf, und daß auf jede Person, die nach dieser Zeit am Fenster oder auf dem Balkon erscheint, geschossen wird, um neun Uhr ist das Licht in den Häusern zu löschen. Gestern nachmittags entwaffneten die Polizei und Truppen über 5000 Personen, welche Revolver bei sich trugen.

Petersburg, 3. November. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Die Zensur für nicht amtliche Telegramme der Zeitungen ist aufgehoben worden.

### Judenkravalle und Massaker.

Petersburg, 3. November. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Im Laufe der Nacht trafen neue Nachrichten von gegen die Juden gerichteten Angriffen ein. In Smolensk gelang es der energisch eingreifenden Selbstverwaltung Ausschreitungen zu verhindern. In Kowno am Don gleichen einige Straßen Trümmern haufen, der neue Bazar ist niedergebrannt. Die Angriffe gegen die Juden dauern fort in Mariupol und Jusowka, ebenso in Kiow. Dort wurden Bomben auf die Juden geschleudert. In Kiow wurden gestern 12 Personen getötet und 44 verwundet. In Putama drang die Volksmenge in das Gefängnis ein, wobei 28 Personen verwundet wurden. Auch in Uman lagen Anruhen vor, die Demonstranten forderten die Freilassung der wegen politischer Vergehen Verhafteten.

Warschau, 3. November. Die Straßendemonstrationen dauerten bis in die späte Nacht. Beim schiffischen Garten wurde das dort postierte Militär mit Revolvergeschüssen angegriffen, worauf dasselbe mit einer Salve antwortete. Viele Personen wurden getötet oder verwundet.

### Aufrühr in Südrußland.

Petersburg, 3. November. Aus Nikolajew wird gemeldet, in der Stadt herrsche offener Aufruhr. Auf allen



Strafen vernimmt man Gewehrfeuer. Zahlreiche Tote und Verwundete liegen herum. Ueber 200 Bomben wurden geworfen, wodurch ebenfalls zahlreiche Personen ums Leben kamen oder gräßlich verjümmelt wurden. Der Anblick der Stadt ist ein trostloser.

#### Aufruf in der ganzen Provinz.

Petersburg, 2. November. Die letzten Telegramme aus der Provinz berichten von mehr oder weniger ernstlichen Aufrührungen am heutigen und dem gestrigen Tage. In vielen Städten kam es zum Einschreiten des Militärs, wobei es Tote und Verwundete gab, so vornehmlich in Kurland, Grodnos, Njwin, Lwos, Minsk, Kurgan, Bialostok, Sals und Sewastopol. In einigen Städten ergingene sich auch Zusammenstöße zwischen Angehörigen verschiedener politischer Parteien. Andere Telegramme berichten die Fortdauer der gegen die Juden gerichteten Unruhen, so in Njwin, Witebsk, Romny, Kiew, Wilna, Elisabethgrad und namentlich Odesse, wo unter der großen Zahl der Verwundeten verkleidete Polizisten erkannt wurden.

#### Der Leichenzug der zarischen „Verfassung“.

Reval, 2. November. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Eine Menge von ungefähr 30 000 Personen hielt sich heute mehrere Stunden lang an der Stelle auf, wo die von den Truppen erschossenen Teilnehmer an den Kundgebungen gefallen sind. 38 Särge waren dort aufgestellt. Die Menge sang Trauerlieder. Die Straßenlaternen und die Häuser waren schwarz verhängt und trugen unzählige Trauerkränze. An den Fenstern brannten Kerzen. Der Trauerzug erstreckte sich auf mehrere Kilometer. Die Stadtbehörden beteiligten sich daran. Die Läden und die öffentlichen Anstalten waren geschlossen.

Minsk, 1. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Fast händlich finden hier Beerdigungen von Leuten statt, die den letzten Unruhen zum Opfer gefallen sind. Die Leichen werden auf Droschken fortgeschafft. Auf dem israelitischen Friedhofe lagen 54 Leichname. Die Arbeiter haben für die Besteten eine dreitägige Trauer angelegt. In den öffentlichen Anstalten ist die Arbeit eingestellt.

#### In Polen.

Warschau, 3. November. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Die Zeitungen erscheinen ohne Zensur. Die Sozialdemokratie veranstaltet in allen Stadtteilen große Volksmeetings, wo sie zum Ausbrennen in Kampfe und im Generalstreik auffordert. Die Reden werden von der Bevölkerung mit ungeheurer Jubel aufgenommen. Die „Nationaldemokratischen“ und die „Plassen“ hegen gegen die Sozialdemokratie aus aller Kraft und ermahnen zur Ruhe und zum Aufgeben des Generalstreiks.

Gzyschow, 3. Novbr. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Generalstreik dauert fort. Die Sozialdemokratie läßt in einer legalen Druckerei ihre Flugblätter erscheinen. Gestern waren in der ganzen Stadt rote Plakate angeschlagen: „Die Sozialdemokratie Polens und Litauens ladet das arbeitende Volk zu einer großen Volksversammlung im städtischen Kaufmanns-Kasino ein.“ Die Polizei ließ die Plakate hängen. Die Versammlung fand statt, es nahmen über 2000 Personen teil. Die Redner fauden stürmischen Beifall. Auch in den Straßen fanden kolossale Volksversammlungen statt.

Sosnowice, 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die von den Sozialdemokraten okkupierte legale Druckerei arbeitet weiter für die Partei. Flugblätter werden ganz offen gedruckt und verbreitet. Der Generalstreik wird fortgesetzt. Waffeneetings finden offen statt, so im Zeichenhause der Grube „Graf Renard“. Die Sozialdemokratie hat die Lösung ausgegeben: Sofortige Bildung der Volksmiliz! Die Arbeiterklasse bewaffnet sich, so wie es irgend geht.

#### Im Kaukasus.

Petersburg, 3. November. Nach Meldungen aus Baku dauert im Kaukasus der Streit noch fort. Der Bahnkörper zwischen Tiflis und Peti ist von den Ausständigen zerstört und der Verkehr eingestellt worden.

#### In Finnland.

Helsingfors, 3. November. Die Stadtverwaltung bildete einen Wohlfahrtsausschuß und erklärte dem Streikkomitee, daß sie sich imstande sehe, die Aufrechterhaltung der Ordnung zu übernehmen, zu welchem Zwecke 10 000 Mark bewilligt wurden. Weiter wählte die Stadtverwaltung, die zweimal täglich zusammentritt, einen Ausschuß von 3 Mitgliedern, an den sich das Streikkomitee in wichtigen Fragen wenden soll.

Helsingfors, 2. November. In einer gestern abgehaltenen Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, den Ausstand bis zur Erfüllung aller politischen Forderungen fortzusetzen. Der Generalgouverneur teilte mit, daß er die Liste der Forderungen heute nach Petersburg senden werde und versprach, die Militärpatrouillen einzuziehen, da die Ordnung besser gewahrt ist als je und die Bürgermiliz starke Patrouillen auswendet. Der Polizeiminister reichte sein Abschiedsgesuch ein. Die Gendarmen in Hongd verliehen diesen Ort, nachdem sie entwaffnet worden waren. Die Gendarmen in Takastefus flüchteten in ihre Kaserne. Dasselbe war in Abo der Fall. Der Gouverneur in Abo sandte das Militär zurück und versprach, es nicht mehr verwenden zu wollen.

#### Kriegszustand.

Eine Privatdepesche der „Verl. Ztg.“ meldet: Ueber Rostow am Don wurde gestern der Kriegszustand verhängt. Die Maßregel erwies sich als glünftig, denn seither herrscht halbwegs Ruhe. Der Bahnverkehr konnte noch nicht aufgenommen werden.

#### Der Eisenbahnverkehr stockt.

Kattowitz, 3. November. (W. Z. B.) Amtliche Meldung. Jeder Eisenbahnverkehr nach Rußland stockt.

#### Der „Wostokischen Zeitung“ wird mitgeteilt:

Petersburg, 3. November. Das Arbeiterkomitee gibt täglich erscheinende „Mitteilungen des Arbeiterdeputiertenrates“ heraus, die im Umfange von vier Seiten im Format der „Wost.“ erscheinen. Die heutige Nr. 3 bringt folgenden Aufruf: „Da wir es für notwendig erachten, daß sich die Arbeiter auf Grundlage der erstellten Entschlüsse so gut als möglich organisieren und sich zum Kampfe um die Etablierung einer konstituierenden Versammlung bewaffnen, um eine demokratische Republik zu begründen, fordern wir die Einstellung des Ausstandes; er soll aufgenommen werden, sobald die Zeit dazu gekommen. Weiter werden die Leser aufgefordert, nur in den Blättern zu arbeiten, deren Redakteure sich verpflichten, die Zeitung ohne Rücksicht auf Befehle der Zensur erscheinen zu lassen.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November.

### Liberaler Meinungsfreiheits-Schüler.

Wie in einem Herenkessel brodelnd und schäumt es in der kapitalistischen Presse. Alle Blätter der bürgerlichen Presse von den Scharfmacherorganen, wie „Berliner N. Nachrichen“ und „Post“, angefangen bis zu den Blättern des Vorwärts-Liberalismus, entrisen sich gegen die angebliche schändliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit im „Vorwärts“ und speien Gift und Galle gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Vertreter der Berliner Arbeiterklasse. Dieselbe Presse, die es sonst als eine Frechheit, als eine unerschämte Annahme bezeichnet, wenn der Arbeiter eine andere Ansicht zu vertreten wagt als sein Brotherr, dieselbe Presse entrisst sich nun über die angeblich gefährdete Meinungsfreiheit in der sozialdemokratischen Partei. Wer allerdings das Wesen der kapitalistischen Presse, die Anschauungen und Wünsche kennt, die in den Kreisen der Liberalen und konservativen Politiker seit langem gehegt und gehätselt werden, dem erscheint dieses Gezeifer als etwas ganz Selbstverständliches. Die kapitalistische Presse folgt in diesem ihren Treiben nur der Theorie, daß die Klugheit verlohne, von zwei Uebeln stets das kleinere zu wählen. Als dieses kleinere Uebel erscheint ihr aber naturgemäß der sozialistische Revisionismus, nicht die sich konsequent auf den politischen Klassenkampf stützende radikale marxistische Richtung. Zwar betrachten die kapitalistischen Meinungsfreiheits-Schüler auch den Revisionismus als Uebel, vor allem ist er ihnen noch immer zu sozialreformerisch und in seiner Opposition gegen die marxistische Richtung nicht energisch genug; doch instinktiv fühlen sie, daß er ihrem politischen Denken und Empfinden näher steht. Und wie im täglichen Interessentkampf meist diejenigen für einander Partei ergreifen, die der Ansicht sind, daß sie in ihren Anschauungen und Interessen am wenigsten differieren; so auch auf dem Gebiete der Politik.

Judem rechnet man in den liberalen Kreisen zuversichtlich auf eine Zerlegung der sozialistischen Partei. Erst vor drei Monaten schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ in einem die politischen Aussichten der Sozialdemokratie behandelnden Artikel:

„Schon zeigen sich zwar, wie wir gesehen haben, in der heutigen Sozialdemokratie starke Strömungen, die diesen kulturgefährdenden Klassenkampfcharakter abgelegt haben, ihn sogar lebhaft beschänden und die somit eigentlich der heutigen offiziellen Sozialdemokratie entgegenwirken sollten. Allein, da diese Kreise nicht den Mut haben, ihre Anschauungen entweder in der Partei durchzusetzen oder der Partei, die die von ihnen beämpften Ziele vertritt, den Rücken zu kehren, so kann auch bei ihnen keine Rede von Verschönerung sein, solange ihre Kräfte dazu dienen, die Sozialdemokratie, so wie sie heute noch ist, zu stärken. Wohl aber zeigte sich schon am politischen Horizont der Hoffnungs-schimmer, daß alle jene Kreise, die teils ihrer wirtschaftlichen Stellung nach, teils wegen ihrer theoretischen Ueberzeugung niemals der Arbeiterklassenpartei angehören sollten, zu der Erkenntnis ihres Irrweges und zu dem Mut der offenen Betätigung ihrer Ueberzeugung kommen. Wie diese Entwicklung verläuft, und welche Stellung dann die bürgerlichen Kreise im politischen Kampfe einnehmen werden, das steht noch dahin. Das deutsche Volk aber hat ein großes Interesse daran, diesen Prozeß sich ruhig entwickeln zu lassen.“

Diese Argumentation zeugt sicherlich von einer höchst schiefen Beurteilung der Verhältnisse in der sozialdemokratischen Partei; aber diese Sicherheit hindert nicht, daß jene ein Dogma liberaler Politik bildet und die Stellungnahme der liberalen Presse zu den sozialdemokratischen Parteifragen bestimmt. Seit Jahren wird in der liberalen Presse von der unvermeidlichen Spaltung im roten Lager gefaselt. Bei jedem, auch dem nebensächlichsten Zwischenfall in unserer Partei taucht dieses Geschwätz in der kapitalistischen Presse aufs neue auf, besonders seit dem letzten Kölner Gewerkschaftskongreß. Doch anstatt zu einer Spaltung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat der Jenaer Parteitag zu einer Verständigung geführt. Der Streit zwischen dem „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ wurde in einer Kommission erledigt, und statt, wie der kapitalistische Pressklingel erhofft hatte, nach rechts, schwenkte der Jenaer Parteitag nach links. Betroffen stand die Rechte; dann aber folgte ein heiseres Aufbegehren über den Sieg des Radikalismus und über das Vertuschungssystem der Fünfzehner-Kommission. Man hatte so sicher auf einen schönen Skandal gerechnet. Im Aerger suchte man nach Entschädigung und konstruierte sich unter Beihilfe gefälliger Freunde verlogene Berichte über die Vorgänge in der Fünfzehner-Kommission; doch die Mache zog nicht. Da kam die demonstrative Kündigungsanzeige der sechs „Vorwärts“-Redakteure. Ein hämischer Rädeln hüllte über die Gesichter der meisten liberalen Volksfreunde. Jetzt ließ sich vielleicht doch noch die ersehnte Spaltung erringen. Ostentativ nahm die kapitalistische Presse die ausgeschiedenen Redakteure unter ihre ausgebreiteten Fittiche und schimpfte mit hysterischer Heftigkeit über die Abschließung der Meinungsfreiheit im „Vorwärts“, am lautesten jene Presse, in deren Redaktionen am allerwenigsten von irgend welcher Meinungsfreiheit die Rede sein kann: in der Moskowschen „Berliner Zeitung“, die einst die Genossen Mehring und Ledebour auf das Pflaster setzte, im Organ der Frankfurter Vörsendemokratie, die Quard hinausbeförderte, und in der volksfreundlichen „Morgenpost“, die im vorigen Jahre ihren Redakteur Buchwald entließ — nicht im Interesse ihrer Partei, nicht in Verfechtung irgend welcher politischen Grundsätze, sondern lediglich im Geschäftsinteresse, um es mit außenstehenden einflussreichen Leuten, denen die betreffenden Personen unbequem waren, nicht zu verderben.

Diese sich dem Geschäftsinteresse ihrer Verleger willig anpassenden Blätter, diese schönen Exemplare der sich selbst prostituirenden Zeitungsdemimonde, das sind die kühnen Freireiter im Kampfe um die angeblich bedrohte Meinungsfreiheit im „Vorwärts“. Den politisch denkenden Arbeiter vermag dieses Gefläß nicht zu irritieren; er kennt die Motive, er kennt den Ferkel und er kennt auch die Verfasser. Ihn macht vielmehr diese demonstrative Sympathie der liberalen Presse für die aus dem „Vorwärts“ ausgeschiedenen Redakteure nur noch mißtrauischer gegen letztere. Das sieht auch die „Kölnische Volkszeitung“ ein, die für die Gedanken- und Gefühlswelt des Arbeiters ein viel feineres Verständnis hat, als das gewöhnliche liberale Pressgeflücht. Sie mahnt deshalb echt jesuitisch die liberalen Nachher:

„Auch ist es zum mindesten unklug, wenn liberale Blätter so deutlich ihre Sympathie den „ethischen Keßheißern“ verraten; das kann diesen weder bei der Masse der Sozialdemokraten noch bei den rechtsstehenden Gegnern des Liberalismus von Nutzen sein.“

### Geistliche Schulaufsicht.

Der Prozeß, der in den letzten Tagen vor dem Landgericht in Stolp verhandelt wurde, enthüllt nicht minder interessante Schulaufsichtszustände, als es diejenigen waren, die durch den derzeitigen Trakehner Beleidigungsprozeß an das Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden. Diesmal war es kein Landstallmeister, der über den unglückseligen Schulfloden sein rüchichtsloses Szepter schwang, sondern ein geistlicher Schulinpektor. Dieser geistliche Herr betätigte seine unumschränkte Macht jedoch nicht weniger autokratisch, als der junkerliche Geblütsgehaltige von Trakehnen. Wir haben bereits im Berichtsteil die Verhandlungen ausführlich wiedergegeben und können uns deshalb auf eine kurze Zusammenfassung des Ergebnisses der Zeugenvernehmungen beschränken.

Angeklagt war der konservative Redakteur Hugo Röhl, weil er auf das Drängen des Lehrers Bodenfuß hin eine Schmäherung des unglücklichen Regiments des geistlichen Schulinpektors gebracht hatte. Es wurde als wahr erwiesen, daß der Schulinpektor Pastor Poetter ein „wahres Schreckensregiment“ etabliert hatte. Lehrer Bodenfuß selbst war eines schönen Tages von dem Pastor aus dem Bett geholt und einer endlosen Bibelvorlesung gewürdigt worden. Als der Lehrer nach dem Jwed dieser seltsamen Privatberaubung fragte, fuhr ihn der Herr Pastor mit den gräßlichsten Worten an: „Halten Sie den Mund!“ usw., dazu suchte er mit einem Stock in der Luft herum und sagte, den Stock habe er dazu, „um einem jeden aufs Lästermaul zu schlagen“. Lehrer Bodenfuß war durch die Schikanen des Pastors von einer derartig verzweifelter Stimmung befallen worden, daß ihm seine Frau nur mit Mühe Selbstmordgedanken ausreden konnte. Zahlreiche Lehrer gaben Bodenfuß das Zeugnis eines tüchtigen und ernstlichen Pädagogen, über den nicht das geringste vorliege.

Die Behandlungsweise, die Bodenfuß erfuhr, ist typisch für die Art der Schulaufsichtsführung des Pastors. Ein als Zeuge vernommener Lehrer nannte Poetter einen „Virtuosen in Lehrerkränkungen“. Einmal habe ihn der Pastor vor verammelter Klasse einen Narren genannt.

Es muß allerdings dem Pastor gelassen werden, daß er sein stallmeisterliches Gebahren nicht nur den Lehrern gegenüber zur Schau trug. So scheute er auch vor grimmiger Heßde gegen den Patronatsherrn der Schule, einem Grafen Schwerin-Schojow, nicht zurück. Seltsam berührt es allerdings, daß er seinem gräßlichen Widersacher durch einen Amtsbruder, den Pastor Weibauer, eine Duellforderung zustellen ließ! Nicht uninteressant war bei der Feststellung dieses Tatbestandes die Episode, daß Pastor Weibauer erit im Laufe des Verhörs die anfangs bestrittene Tatsache, daß er direkt als Kartellträger zum Grafen gekommen sei, zuzugeben sich genötigt sah.

Wie gemeldet wird, gab schließlich das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts Folge und erkannte gegen den Redakteur wegen Beleidigung auf 500 M. Geldstrafe. Diese Verurteilung erfolgte offenbar — eine Begründung des Urteils liegt uns zurzeit nicht vor — weil in dem betreffenden Artikel auch erwähnt worden war, daß Pastor Poetter außer-ehelicher Vater eines Kindes sei. Die Verhandlung ergab, daß das Kind nicht von Poetter, sondern von dessen Bruder, einem 19jährigen Gymnasiasten, stammt.

Es geht nicht wohl an, Pastor Poetter für den Typus eines geistlichen Schulaufsichtsbeamten zu bezeichnen. Immerhin bewies der Prozeß, in welcher trauriger Rolle sich die elend entlohnten Schulfloden auf dem Lande der geistlichen Aufsichtsbeförde gegenüber befinden. Erst die Flucht eines völlig Verzweifelter an die Öffentlichkeit vermochte dem Schreckensregiment des Pastors ein Ende zu bereiten, wenigstens nehmen wir an, daß Herr Poetter nunmehr seines Orts-Schulinpektorates entthronet wird. Ein Ausnahmefall ist ferner der Umstand, daß diesmal der geistliche Schulinpektor und der Patronatsherr nicht im holdelsten Einvernehmen gegenüber den mißhandelten Lehrern lebten. Wäre das der Fall gewesen, so würden sich die Zustände wahrscheinlich noch unerträglich gestaltet haben.

Auf alle Fälle bedeutet auch dieser Prozeß eine wichtige Klage gegen die leider noch so verbreitete nebenamtliche geistliche Schulaufsicht, die zu konjizieren und immer weiter auszudehnen das innigste Bestreben der Konservativen und des Zentrums ist.

### Deutsches Reich.

Die Reichstags-Wahl im zweiten weimarschen Reichstags-Wahlkreise Eisenach-Kaltenordheim-Dornbach findet nächsten Dienstag statt. Der Wahlkampf wird von allen Parteien mit größter Schärfe geführt. Die bürgerlichen Parteien kämpfen verzweifelt, um den von der Sozialdemokratie stark gefährdeten Kreis noch einmal zu retten. Für die Nationalliberalen ist der Reichstags-Abgeordnete Pagig wie auch der Kandidat Prof. Heg-Eisenach im Kreise tätig. Der Freisinn hat außer mehreren höheren Schulmännern die Abgg. Wiemer und Kopsch in den Kreis beordert, die vor allem gegen die Sozialdemokratie wettern. Daß „Rebels Erbschaft“, der Generalstreik“, als die neuesten Vorläufer in der entsetztesten Weise von diesen Herren weiblich ausgeschlachtet werden, war vorauszu sehen. Was aber jetzt in diesem Wahlkampfe von freisinniger Seite geleistet wird, um die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, das dürfte doch alles bisher dagewesene übertreffen. Für den Kandidaten der Antifemiten, den Herrn Schatz-Hamburg, tritt auch der Bund der Landwirte, dem der Herr Schad seit Besehen des Bundes angehört, ein. Die Abgeordneten Raab, Lattmann und Liebermann von Sonnenberg ziehen von Dorf zu Dorf und empfehlen den Herrn Schad, der alles verspricht, was gefordert wird. Ein Krieg nach drei Seiten sieht bevor, wenn der Sozialdemokrat gewählt wird. Auch die Revolution ist bereits im Anzuge. Den Leuten auf dem Lande wird versichert, daß die Sozialdemokraten ihnen ihren Herrgott rauben. Auch die Mär vom Teilen und Abschaffen der Ehe muß herhalten. Trotz alledem sind unsere Genossen guten Mutes und in der Agitation unermüdet. In den kleinsten Orten, wo noch nie Versammlungen stattgefunden haben, im entlegensten Teile des Kreises, auf der hohen Wödn, überall sind jetzt Versammlungen arrangiert, und überall werden unsere Genossen sympathisch aufgenommen. Außer den rednerisch tätigen Genossen im Großherzogtum sind bis jetzt die Abgeordneten Albrecht, Baudert, Grenz, Lipinski und Rolfenbühl tätig gewesen. Ein äußerst anstrengendes Still-Wahlarbeit ist noch in den letzten Tagen zu leisten, damit der Erfolg in Eisenach am 7. November sich würdig dem Erfolg in Eisenach anreihen kann.

### Kirche und Kohlenbarone.

Stinnes, der Mann, dem niemand was kann, der sogar den Behörden und der Regierung trotzt, der, als er die Fache Louise Tiefbau“ stüllegen wollte, die Einprüche mit den Worten ablat:



„Ich kann mit meinem Eigentum machen was ich will“, hat jetzt zum Bau der Lutherkirche in Langendreez 1000 M. gestiftet — in Langendreez, wo seine Leiche „Bruchstücke“ liegt, auf der im Januar der große Bergarbeiterstreik ausbrach. Man sieht, den Wert der Kirche weis ein Kohlenbaron recht sehr zu würdigen.

#### Künstliche Fälschung von Lehrerproletariat.

Die elenden Gehälter und das ganze traurige Los des Volksschullehrerproletariats bedingt es, daß die Zahl der Kandidaten auf diesen Beruf der Nachfrage nicht entspricht. Statt nun die Verhältnisse menschenwürdiger zu gestalten, versucht man durch allerhand fettliche Werbemittel Schüler in die Präparandenaufstellungen und Lehrerseminare zu locken. Welcher Teufel man sich dabei bedient, beweist, daß kürzlich, wie die „Pädagogische Zeitung“ berichtet, bei einer Abgangsprüfung an dem Königl. Seminar in Delitzsch (Provinz Sachsen) die Schüler der Anstalt zusammengerufen und eine frankierte Postkarte folgenden Inhalts an 14—15jährige Knaben ihrer Bekanntschaft zu schreiben veranlaßt wurden:

Lieber Freund! Hier in Delitzsch wird vermutlich Ostern noch ein zweiter Präparandenkursus eingerichtet. Wenn Du Lust hast, hierher zu kommen, so sende die nötigen Papiere sofort an Herrn Schultat Bohnstedt.

Mit Gruß! (Unterschrift.)

Dies eigenartige Reklamemittel hatte denn auch den gewünschten Erfolg. Alles sich Meldende fand Aufnahme, selbst solche, die kurz zuvor in der Aufnahmeprüfung für den Hauptkursus durchgefallen waren. Ob das Material, aus dem die künftigen Volksschullehrer nunmehr gebildet werden sollen, der hohen Kulturaufgabe des Volksschulwesens entspricht, ist allerdings eine andere Frage. Aber das ist ja auch gleichgültig. Ihre Pöhlunge zu brauchbaren Hütchen zu dressieren, dazu wird's schon reichen! —

Keine tschakische Landratsbeleidigung. Landrat Gerlach-Kattowitz ermächtigt, so meldet das Polische Bureau, die „Schlesische Zeitung“ zu der Mitteilung, daß die Zeitungsmeldungen über die angebliche Beleidigung seiner Person durch einen russischen Grenzposten an der Landesgrenze bei Schabelnia nicht den Tatsachen entsprechen.

Diese Beleidigung hat recht lange auf sich warten lassen. Nicht bestritten wird also die Meldung, daß die Feststellungen unter der Leitung des Landrats Gerlach die Richtigkeit der unrichtigen Grenzverletzung durch den Kosaken ergeben hätten. Darüber, daß irgend welche amtliche Sühneforderungen wegen dieser Unverschämtheit erhoben worden seien, verläutet bis jetzt noch nichts. Die deutsche Regierung hat offenbar jubelnd mit der Fürsorge für Väterchens Sicherheit zu tun! —

#### Reichstagswahl in Pr. Holland-Mohrungen.

Nach den bisherigen Ermittlungen sind bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Pr. Holland-Mohrungen 9471 gültige Stimmen abgegeben worden, davon für Rittergutsbesitzer Gläser-Gerghen (L.) 8280. Im Kreise Mohrungen erhielt Gläser 4028, Hermenan (fr. Sp.) 890, Braun (Soz.) 273 und Krebs (Z.) 83 Stimmen. Im Kreise Pr. Holland wurden für Gläser 4203 Stimmen abgegeben. Einige Bezirke stehen noch aus.

Bei der Hauptwahl 1903 wurden insgesamt 10458 gültige Stimmen abgegeben, davon 9176 konservative, 394 freisinnige und 706 sozialdemokratische Stimmen. —

Die hohen Fleischpreise und der Hamburger Staatsjüdel. In der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerchaft wurden für die Hamburger Staats-Krankenanstalten für diesjährige Staatsüberschreitungen insgesamt 116 830 M. nachbewilligt. In der Begründung der Senatsvorlage wird u. a. ausgeführt, daß die Verkauftwendungen hauptsächlich eine Folge der seit einiger Zeit bestehenden außerordentlich hohen Preise für Schlachtvieh und Fleisch seien. Und doch meinte der Oberbürgermeister Pod bei seiner neulichen Anwesenheit in Hamburg, als er die Mastvieh-Ausstellung besuchte, in Hamburg könne von einer Fleischnot keine Rede sein, denn in den Scharfenklern werde Wurst zu 80 Pf. pro Pfund angepriesen! Keiner von den Hamburger Würdenträgern, die sich in der Begleitung des Kaisernden Pod befanden, soll es der Mühe für wert gehalten haben, ihn über die Hamburger Fleischpreise aufzuklären. Das wäre auch nur ein nutzloser Versuch an einem untauglichen Objekt gewesen. Denn einem Mann, der sich gegenüber den hohen Lebensmittelpreisen mit den Worten abfindet: „Es kommt noch besser!“ imponiert so etwas nicht. —

Für die pfälzischen Eisenbahnbeamten. Im bayerischen Abgeordnetenhaus begann am Freitag die Spezialdiskussion über den Gesetzentwurf betreffend die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen. Eine längere Diskussion veranlaßten den Abgeordneten Ehrhart (Soz.), einen Antrag zu stellen, nach welchem sämtliche Angestellten der pfälzischen Bahnen sofort bei der Uebernahme der Bahnen den Angestellten der Staats-eisenbahnen gleichgestellt werden sollen, während in der Regierungsvorlage ausgesprochen ist, daß sämtliche Angestellten zunächst unter den bisherigen Bedingungen übernommen werden, bis ihre Gleichstellung mit dem Personal der Staatsbahnen erfolgt. Ehrhart begründet seinen Antrag und wirft der Regierung vor, für die Interessen des Personals nicht rechtzeitig gesorgt zu haben. Man solle sich jetzt nicht auf wohlwollende Erklärungen verlassen, sondern seine Wünsche gesetzlich festlegen. Wenn der Antrag nicht angenommen werde, könnten die Sozialdemokraten dem ganzen Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung begründet Reeb (Z.) eine Resolution, wonach Vorbildung und Vorprüfung bei den pfälzischen Bahnen mit der Vorbildung für die Staatsbahnen für gleichwertig erklärt werden sollen. Reichsminister v. Krausdorfer erwidert, das Personal der pfälzischen Bahnen brauche wegen seiner Zukunft nicht besorgt zu sein. Die Beamten würden sich innerhalb einer angemessenen Präzisionsfrist darüber schlüssig machen müssen, ob sie nach den bisherigen Normen oder nach denen für die Staatsbahn angestellt sein wollten. Es sei das Beste, ihnen die Wahl zu überlassen. Der Antrag Ehrhart würde dies ausschließen. —

Ein „schwerer Majestätsverbrecher“. Der Bergmann Gustav Schacht aus Dortmund hat am 8. Juli d. J. von der Dortmundmündung Straffmann wegen einer Majestätsbeleidigung, die er als Redner bei einer Kaiserfeier begangen haben soll, vier Monate Gefängnis zubilligt erhalten. Diese Strafe verdirbt er augenblicklich, jetzt ist er von der Essener Strafkammer abermals wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen einer Rede in einer Bergarbeiter-versammlung in Heisingen. Als Genosse Schacht erklärte, er habe die Strafe auf ungeschickliche Weise bekommen, wurde er in eine sofort zu vollziehende Ordnungstrafe von zwei Tagen Gefängnis genommen.

Volkshaus in Jena. An die Verwaltung des Volkshauses hat der sozialdemokratische Wahlverein in Jena folgende Beschwerde gerichtet: „Für Mittwoch, den 8. November, ist im kleinen Saale des Volkshauses ein öffentlicher Vortrag des Vorsitzenden des deutschen Reichsbundes Professor Lehmann-Hohenberg angefügt. In der Versammlungseinladung befindet sich der Passus: „Sozialdemokraten ist der Zutritt nicht gestattet“. In dieser Bemerkung ist eine öffentliche Beleidigung der sozialdemokratischen Partei zu erblicken. Die Versammlung beantragt daher den Vorstand, bei der Verwaltung des Volkshauses dahin vorstellig zu werden, daß der betreffende Passus aus der Einladung entfernt oder die Vergabe des Saales zurückgezogen wird. Die Versammlung glaubt sich darauf berufen zu können, daß die Ausschließung einer bestimmten politischen Gruppe aus öffentlichen Versammlungen, die im Volkshaus stattfinden, nicht im Geiste des Stifters des Volkshauses, Professor Abbe, liegt und die Reinheit seines Andenkens

durch die Verhinderung einer nichtbräuchlichen Benutzung des Volkshauses gewahrt werden muß.“

Bekanntlich hat in den Räumen des Volkshauses der diesjährige Parteitag stattgefunden. Es wird sich zeigen, ob die Nachfolger des Professors Abbe in Stande sind, dessen Traditionen aufrechtzuerhalten. —

#### Die Chinatruppen für Afrika?

Eine Korrespondenz meldet: „Die geplante Zurückziehung der europäischen Garnisonen aus China, zu welchem Ende der deutsche Kaiser die Anregung gegeben hat, dürfte für die deutschen Interessen in Ost- und Südwestafrika von großem Vorteile werden. Es ist in höheren Militärkreisen ein offenes Geheimnis, daß regierungsseitig geplant werde, die deutschen Besatzungsmannschaften in China nach Absperrung und Verwirklichung der Anregung Kaiser Wilhelms nach Afrika zu dirigieren und dort zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zu verwenden. Auch Zahlen werden genannt. So seien für die Kolonien in Afrika 1800 Mann bestimmt, der Rest von 600—800 Mann solle zur Heimat zurückbeordert werden, da eine derartig starke Kolonne von den nicht mehr wirklich Felddienstfähigen sich zusammenstellen lasse. Sollten diese Gerüchte zur Tat werden, so wäre für Afrika eine stattliche Kriegergarde effektiviert, ohne die Hälfte des Reichstages in Anspruch zu nehmen.“

Das also wäre des Pudels Kern! Das Ganze ließe darauf hinaus, die afrikanischen Säugetruppen zu verstärken! Es fielen dann nicht nur die bereits freudig gebuchte Ersparnis von 12 Millionen fort, sondern die Kosten würden im Gegenteil durch die neue Art der Verwendung noch ganz beträchtlich anschwellen! —

#### Huoland.

##### Die Polizei arbeitete!

Am Donnerstag konnten wir mitteilen, daß die Wiener Polizei tags zuvor bei der großartigen Wahlrechts-Demonstration keine Beschäftigung fand. Sie ist schnell anderen Sinnes geworden; denn 24 Stunden später hat sie „Arbeit“ gesucht und gefunden.

Als am Donnerstagsabend ein paar tausend Arbeiter nach Schluß einer großen Demonstrationsversammlung über die Ringstraße zogen, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der ihnen in den Weg tretenden „Schuhmannschaft“. Haben wie drüben gab es Verletzungen; denn die Menge war nicht in der Stimmung, sich wehrlos niederzuknien oder von den Pferden zertreten zu lassen.

So belam denn außer der Polizei auch die freiwillige Rettungsgesellschaft traurige Arbeit. Sie nahm in der Nacht 48 Verwundete in Behandlung und mußte eifrig von ihnen ins Krankenhaus schaffen lassen!

Wie die „Pöhlische Zeitung“ in einem eigenen Drahtbericht mitteilt, verurteilen die Wiener Zeitungen aller politischen Richtungen das brutale Verhalten der Polizei.

„Fast übereinstimmend wird mitgeteilt, daß die Polizei ohne ersichtlichen Grund einen Säbelangriff gegen die Menge erzwungen habe.“

Die liebe Wiener Polizei hat von der russischen Polizei gelernt. Sie bediente sich der infamen Taktik des 22. Januar: die Menge erst ruhig passieren zu lassen und sie dann in einer Seitengasse zu überfallen!

Einem Hörer der technischen Hochschule wurde von einem Polizisten ein Auge ausgestochen u. s. w. Es versteht sich von selbst, daß die Zahl der leicht und schwer Verwundeten bei weitem größer ist als 40—50; denn bekanntlich ruft bei derlei Zusammenstößen nur ein Teil der Betroffenen die Hilfe der öffentlichen Institute an.

Am Freitag hat Genosse Seitz sofort im niederösterreichischen Landtage den Statthalter Graf Nilmannsegg wegen der besprochenen Vorgänge interpelliert. Er behauptete, die Uebergriffe der Polizei seien vorher „geplant und wohlüberlegt gewesen“. Der Herr Graf verlas einen — Polizeibericht, der natürlich alle Schuld den Demonstranten in die Schuhe schiebt. — In Zukunft, so drohte Herr Nilmannsegg, soll den „terroristischen Ausschreitungen“ noch energischer entgegengetreten, sollen die Vereins- und Versammlungsgesetze noch schärfer „gehandhabt“ werden! — Natürlich ist das nicht das letzte Wort: Der Minister des Innern, Graf Szlyand-Hehedy, hat bereits nähere Erhebungen veranlaßt.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ fordert zu weiteren Demonstrationen auf. Es wäre auch noch schöner, wenn gerade die Arbeiter der Hauptstadt sich das Recht zu demonstrieren nehmen ließen, während zur selben Zeit, ja zur selben Stunde, in anderen Städten des Reiches, in Prag, Krakau, Graz, Wilm, Lemberg, Pardubitz u. a. m. gleiche Wahlrechts-Kundgebungen gebildet werden.

Dazu kommt noch ein: Von verschiedenen Seiten wird behauptet: Gausch habe vom Kaiser bereits die Zustimmung zu einer Vorlage bezüglich des Allgemeinen Stimmrechts erhalten! Der „Lokal-Anzeiger“ z. B. bringt Freitagabend ein Spezial-Telegramm des Inhalts: Aus Regierungskreisen verlautet mit voller Bestimmtheit, daß der Kaiser sich nach — langen, sorgfältigen Erwägungen im Ministerrate zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn und Oesterreich entschlossen habe. Und es heißt dann weiter:

„Das Motiv für diese Entscheidung soll einerseits das Drängen der sozialdemokratischen Partei sein, andererseits die Erwartung, daß diese Aktion in Oesterreich starken Einfluß auf die Haltung der Koalition in Ungarn ausüben werde.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom selben Tage munkelt sogar von — Abkündigungsabsichten des Kaisers Franz Josef, die dem alten Manne nur mit Mühe wieder entzerrt werden konnte.

Jedenfalls steht soviel fest: Unsere österrösischen Genossen haben schwere Tage vor sich, in denen ihnen alle guten Geister ihrer und der allgemeinen proletarischen Traditionen beistehen mögen.

Ueber die geschilderten Vorgänge geht uns in letzter Stunde noch folgende Privat-Depesche aus Wien zu:

##### Die gestrige Bluttat des Wahlrechtskampfes.

Wien, 8. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gestrige Bluttat des Wahlrechtskampfes hat die Arbeiterschaft aufs tiefste erregt. Als die aus der Mesen-versammlung nach dem Ring strömende friedliche, unbewaffnete Masse auf einen Polizeifordon traf, warfen sich Hunderte von Polizisten zu Fuß und zu Pferde mit gezückten Säbeln auf die Wehrlosen. Zugleich griff noch ein anderer Teil der Wache den Zug von rückwärts an. Die Koschetsake der Polizisten auf die derart eingeleitete Menge waren erhört. Auf die niedergerittenen, in Haufen übereinander-geworfenen Menschen, auf Frauen und Kinder wurde eingeschlagen und gestochen. Zwölf Schwerverletzte! Einem Techniker wurde das Auge ausgestochen, einer Arbeiterfrau die Nase abgeschlagen, andere wieder erhielten schwere Säbelwunden über den Kopf. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein Polizist, der von Kameraden in der Hitze des Muthabes eine schwere Säbelwunde über den Kopf erhielt. Das Redaktionslokal der „Arbeiterzeitung“ ist in ein Lazarett verwandelt; hier wurden allein 28 Verwundete durch fünf Aerzte verbunden. In fünf Minuten war der Zug gesprengt

und in die Nebenstraßen getrieben. Dort wurden von der wahnsinnig aufgeregten Masse viele Fensterheben zertrümmert. Der Oberarzt der freiwilligen Rettungsgesellschaft, kaiserlicher Rat Dr. Charas, gibt eine Darstellung der Samaritertätigkeit und sagt darin: „Die Verletzungen waren meist scharfe Siebwunden — ein Beweis dafür, daß die Wachen mit scharfer Klinge losgegangen sind. Nur wenige hatten flache Hiebe; ferner gab es auch Kontusionen und Quetschungen, die im Gebränge und durch Pferde erlitten wurden! Unter den 39 Verletzten befanden sich 36 Männer und 3 Frauen; zu den 3 Schwerverletzten zählten wir noch 10 schwächer Verletzte, die anderen waren leichter verletzt. Am stärksten wurden wir im Cafe Kaisergarten in Anspruch genommen; dort waren die Türen des Lokals abgesperrt worden, die Menge geriet dadurch in Wut und drückte einige Spiegelscheiben ein; man konnte im Übrigen bemerken, daß die Arbeiter sich sehr diszipliniert zeigten; sie lasen zu-meist die Verwundeten auf der Straße selbst auf und halfen eifrig beim Verbinden mit. Der Zusammenstoß ist, wie uns von verschiedenen Seiten berichtet wird, auf die Weise geschehen, daß die rückwärts Befindlichen auf die vorderen Reihen drückten; diese waren daher gezwungen, auf den Polizeifordon einzudringen, und als zu befürchten stand, daß dadurch die Reite der Wache gesprengt werde, zogen die Wachen vom Leder. Die Menge zeigte sich nach dem Zusammenstoß furchtbar erbittert. Die Verwundeten, die wir aus den Lokalen auf die Gasse brachten, um sie in die Rettungswagen zu bringen, drohten, als sie der Wachen anständig wurden, mit den Fäusten. Im Landtage interpellierte heute Seitz wegen der Vorgänge. Die Christlich-Sozialen hatten Gegeninterpellationen voller Beschimpfungen der Arbeiter eingebracht. Die Zusammenstöße zwischen dem einen Sozialisten und den Uebergerenteten waren so heftig, daß die Sitzung unterbrochen wurde. Die Interpellation wurde sofort vom Statthalter beantwortet, der scharfste Maßregeln gegen weitere Demonstrationen ankündigte! Die Sozialdemokratie antwortete darauf mit der Ankündigung einer erneuten Demonstration am nächsten Sonntagvormittag auf der Ringstraße. Heute vormittag und nachmittag war Ministerrat, in dem über die gestrigen Vorgänge und über das Wahlrecht beraten wurde, das also auf dem Marste ist! Aus Böhmen wird berichtet, daß die Obstruktion der Eisenbahnen, die bisher rein wirtschaftliche Forderungen vertrat und lokaler Natur war, sich in ganz Böhmen ausbreitet und politischen Charakter annimmt.“

#### Frankreich.

Paris, 8. November. (V. S.) Man erwartet für heute in der Kammer eine erregte Sitzung. Es wird die Interpellation über den Ausstand in Longwy beraten, wobei ein belgischer Arbeiter durch den Vanzensich eines Mannes getötet worden war. Der Kriegsminister wird die Interpellation beantworten. Wie verlautet, wird Rouvier ihm nicht zu Hilfe kommen, falls die Debatte für den Minister einen unbefriedigenden Ausgang nehmen sollte.

Paris, 8. November. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. Das Haus ist nicht besetzt. Vaillant (Soz.) interpelliert über die Haltung der Regierung während der Ausstände in Longwy und wirft ihr vor, den Arbeitgebern Truppen zur Verfügung gestellt und deutsche, belgische und italienische Arbeiter ausgewiesen zu haben.

Paris, 8. November. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Lebrun einschaltete die Haltung der Regierung und erklart, die fremden Arbeiter hätten unrecht sich zu beklagen, sie würden behandelt wie die französischen Arbeiter und verdienen durch-schnittlich 7 Fr. täglich. Redner tadelt die ausländischen Agitatoren, die nach Frankreich kämen, um Politik zu machen. Wenn die fremden Arbeiter glaubten, daß sie ausgebeutet würden, sollten sie doch nach Hause zurückkehren. Die Regierung habe recht gehabt, wenn sie die Freiheit der Arbeit respektiert habe, umso mehr als die Ereignisse sich in der Nähe der Grenze abspielten haben! Lebrun bespricht dann die Reise Vertaus nach Longwy und tadelt die Umstände, unter denen sie unternommen wurde. Die Ausständigen hätten die Anwesenheit ihres früheren Agitators Roldes, welcher den Minister begleitete, als Ermittlung zum Ausstand auf-laffen können. (Zuscherufe.)

Kriegsminister Vertaus führt aus, er habe sich nach Longwy begeben, um zu sehen, wie seine Befehle von den Truppen ausgeführt würden. Was Roldes betreffe, so sei dieser niemals seinem Kabinett attached gewesen, er habe nur den Auftrag gehabt, ihm Mitteilungen über die Lage in den Arbeiterkreisen zu liefern. Der Minister rethorisiert dann die Bestrafung, die er über einen Dragoneroffizier verhängt hat, und erzählt dann, während er die Kantonmenten der Truppen besichtigt habe, seien die Ausständigen an ihm vorbeigezogen, aber nicht mit einer roten Fahne, sondern mit ihrem Syndikatsbanner, und sie hätten nicht die Internationale, sondern ein auf die damaligen Umstände bezügliches Lied gesungen. Er habe ihre Größe erwidert; denn wenn sie auch Ausständigen waren, seien sie doch nichtbedeutenderer Bürger. (Weißfall links.) Vertaus kommt hierauf auf die Bestrafung des Offiziers zurück, der einen Arbeiter, welcher sein Pferd am Zügel ergriffen, mit einem wahren Totschlägerstoß geschlagen habe. Die Untersuchung über die Tötung des Arbeiters nehme ihren Fortgang. Redner betont schließlich, er wolle nicht, daß so unglück-selige Vorkommnisse wie in Limoges und Longwy sich wiederholen. (Weißfall links.)

Sebat (Soz.) kritisiert die Haltung der Regierung während der Ausstände in Longwy. Der Minister des Innern, Etienne, rechtfertigt die Ausweisung des fremden Agitators Cavalozzi, der Gewalttaten gepredigt und an ihnen teilgenommen habe. Was man vielmehr predigen müsse, sei die Einigung zwischen dem Proletariat und den Arbeitgebern. (Lebhafte Beifall.) Sodann wird die Diskussion geschlossen. Die Kammer nimmt mit 444 gegen 55 Stimmen den von Rouvier gebilligten Antrag auf einfache Tagesordnung an. Damit schließt die Sitzung.

Paris, 8. November. (W. Z. V.) Der Senat setzte die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Trennung von Staat und Kirche auf den 9. November fest.

#### Unsere Parteipresse über die „Vorwärts“-Affäre.

Seit gestern hat eine Reihe weiterer Parteiblätter Stellung zu den Vorgängen im „Vorwärts“ und der gemeinsamen Denkschrift des Parteivorstandes und der Preskommission genommen.

Die „Bielefelder Volkswacht“ tadelt, daß viele Parteiblätter ihre Ansicht über die Denkschrift einfach aus der Berliner Parteimeinungsfabrik von Friede, Stämpfer bezögen; nicht um Richtigkeit handele es sich, sondern um Richtigkeit. Ihr eigenes Urteil sagt die „Volkswacht“ in folgenden Sätzen zusammen:

„Daß die Zustände in der Redaktion des „Vorwärts“ un-haltbar waren, darüber scheint allgemeine Uebereinstimmung geherrscht zu haben, auch in der Mehrheit der Redaktion. Nur wer bleiben, wer gehen sollte, darüber gingen die Meinungen auseinander. Da sind wir nun der Ansicht, daß der Parteivorstand mit seinem Vorschlag, Wuttner und Kallist zu kündigen, den gerechtesten und gangbarsten Weg einschlug. Den gerechtesten, denn diese beiden waren in die Redaktion gewählt worden, um deren linken Flügel zu verstärken, und hatten, wie Rebel preislich in Jena sagte, vom rechten sich umgarnen lassen. Sie hätten, als ihr Besinnungswechsel eintrat, eigentlich



die Pflicht gehabt, ihren Redakteurposten niederzulegen und den Berliner Genossen zur Verfügung zu stellen. Den gangbarsten, weil sowohl Wütner als auch Kritiker ohne weiteres volle Entschädigung an anderer Stelle erhalten konnten. Nun fand dies nicht den Beifall der Berliner. Sie wollten Gradnauer aus der Redaktion entfernt haben. Wir sind überzeugt, daß auch bei Kündigung Gradnauer für eine seinem Können entsprechende Verwendung in der Partei gesorgt worden wäre.

Die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ findet die Weisung des Vorstandes „recht mager“, doch eine andere Lösung als die, einem Teil der Redaktion zu kündigen, hätte es, meinet unfer Dortmunder Parteiorgan, nicht mehr gegeben:

„Das Recht, Redakteure des „Vorwärts“ zu kündigen, kann dem Parteivorstand und der Preßkommission nicht bestritten werden, die Frage ist nur, ob die fraglichen Instanzen formell recht gehandelt haben, als sie zu den Verhandlungen keinen Vertreter der Redaktion hinzugesogen haben. Darüber also läßt sich streiten. Nun haben die sechs zusammenstehenden Genossen selbst gekündigt. Dieser Schritt war übereilt, denn es blieb noch als Beschwerde-Instanz die Kontrollkommission. Ob man zu ihr Vertrauen hatte oder nicht, gleichviel, ihre Intervention mußte angerufen werden. So aber kam die Kündigung und die Partei-Instanzen nahmen diese Kündigung an. Gatten die sechs Genossen etwas anderes erwartet, dann stellte die Kündigung eben nur eine Demonstration dar, zu dem Zweck, die anderen drei Redakteure zu entfernen. Diese Handlungsweise war vom Parteivorstand aus mindestens taktlos. Sind somit Fehler gemacht worden — und dies ist unbestritten der Fall — dann wurden sie haben und drüben gemacht und es könnte sich höchstens darum handeln, auf welcher Seite das Maß von Schuld ein größerer ist.“

Die „Meinische Zeitung“ in Köln findet im ganzen die „Aufklärung“ Eisners durch die Denkschrift bestätigt:

„Die Hauptsache besteht in der Art, wie von Parteivorstand und Preßkommission Genossen in die Redaktion eingestellt und wieder abgehoben wurden, lediglich um eine gewünschte Redaktionsmehrheit zu schaffen; besteht in der Art, wie wider alle Gewohnheit, wider alle Billigkeit die Redaktion von den Beratungen, die Sachen der Redaktion betrafen, ausgeschlossen wurde; besteht in der allem parteigenösslichen Empfinden widersprechenden Art der Heimlichkeit des Verfahrens den zunächst Beteiligten, den Redakteuren gegenüber. Die Redakteure hätten weder Parteigenossen, noch Kollegen, noch Verursacher sein müssen, wenn sie anders gehandelt hätten, als sie gehandelt haben. Die „Denkschrift“ des Vorstandes, auf die im einzelnen noch zurückzukommen sein wird, bestätigt unsere Auffassung, daß hier Dinge geschehen sind, die den schärfsten Protest der Parteigenossen rechtfertigen — im Interesse der Partei!“

Der hannoversche „Volkswille“ hält das Vorgehen des Parteivorstandes für verfehlt. Der Vorstand hätte nach seiner Ansicht dem Willen der Berliner Genossen nicht nachgeben dürfen:

„Was die Groß-Berliner beschließen, führen Parteivorstand und Preßkommission getreulich aus. Wenn dann alles hübsch nach Wunsch der „Groß-Berliner“ geregelt ist, erfährt auch endlich die Partei offiziell von den Vorgängen. Seit wann haben denn die „Vertreter von Groß-Berlin“ in Angelegenheiten des Zentralorgans was hinzuzusetzen? Statutarisch steht dieses Recht doch ausschließlich Parteivorstand und Preßkommission, bezw. der Kontrollkommission zu. Und lediglich diese drei Körperschaften sind auch der Partei gegenüber verantwortlich. Die „Vertreter von Groß-Berlin“ scheiden dabei völlig aus.“

Ein weiterer und völlig unverständlicher Fehler des Parteivorstandes war es, daß er eben die Gesamtkommission kündigen und dann eine neue Redaktion zusammensetzen wollte. Zu einer solchen Maßnahme lag auch nicht der geringste Anlaß vor. Daß die sechs Redakteure wegen der ihnen zuteil gewordenen Behandlung und der beabsichtigten Kündigung dreier Kollegen sich solidarisch verbanden, war ihr gutes Recht, ja sogar ihre verdammte Pflicht, und tief zu beklagen ist nur, daß nicht alle Redakteure des „Vorwärts“ die gleiche Solidarität beklundeten.“

Auch das Harburger „Volkblatt“ tadelt die Nachgiebigkeit des Parteivorstandes gegenüber den Forderungen der Berliner Genossen. Die Berliner Preßkommission hätte über die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ nicht zu bestimmen:

„So lange der „Vorwärts“ Zentralorgan ist, entscheidet die Gesamtpartei über die Haltung des „Vorwärts“. Da wäre also Jena der rechte Ort gewesen, um das letzte entscheidende Wort über die prinzipielle und taktische Haltung des „Vorwärts“, die, das betonen wir hier ausdrücklich, allerdings recht viel, ja, namentlich im letzten Jahre fast alles zu wünschen übrig ließ, zu sprechen. Allerdings muß zugegeben werden, daß sich auch in Jena die Angelegenheit des „Vorwärts“ nicht so glatt abgewickelt hätte. Besser jedoch als der Ausgang, den die Angelegenheit jetzt genommen hat, wäre es in Jena immerhin gegangen.“

Das „Norddeutsche Volksblatt“ in Bant vermag das Vorgehen des Parteivorstandes nicht zu billigen, findet aber, daß er seine Kompetenzen formell nicht überschritten habe:

„Preßkommission und Parteivorstand haben in Gemeinschaft über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition zu entscheiden. Das ist ihnen auch von den entlassenen Redakteuren selbstverständlich nicht strittig gemacht worden; diese haben sich vielmehr nur gegen die Form, gegen das geheime Hergeheiß, gewandt. Wir müssen indessen auch hier etwas weiter gehen und meinen mit dem Parteivorstand, daß im vorliegenden Falle unabweisbar eine außerordentliche Situation vorlag, in der auch außerordentliche Mittel anzuwenden waren. Aber gerade deshalb hätte die „Vorwärts“-Frage nicht diktatorisch oder oligarchisch, sondern so demokratisch wie möglich gelöst werden müssen.“

Zu alle dem kommt noch, daß der Zeitpunkt für die Aktion so schlecht wie nur möglich gewählt war, daß man sich gerade jetzt, wo die Fleischhaken, die kommenden Handelsverträge, die russische Revolution usw. unsere Agitation so außerordentlich begünstigen, wieder diesen häßlichen Mitteln zwischen die Weine wirft. Unschädlich kann er nur dadurch gemacht werden, daß sich die Parteigenossen einmütig gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und gegen jede Bevormundung durch ihre Beauftragten erklären. Dabei wollen wir gern anerkennen, daß der Parteivorstand nur im Parteinteresse zu handeln glaube und sich auch ein wenig in der Schwämmel befand, aber um so höher hätte er das demokratische Prinzip halten und um so entschiedener jede diktatorische Maßnahme vermeiden sollen.“

Der „Volkfreund“ in Karlsruhe erklärt:

„Diese Denkschrift gibt schreiebig zu denken. Ihr „aufklärerischer“ Inhalt steht in direkt umgekehrtem Verhältnis zu der Länge der Denkschrift. Wir werden morgen zunächst den so gemäßigten Redakteuren das Wort geben, um dann unsere Meinung zu diesem unerhörten Vorgang zu sagen. Darüber muß jetzt volle Klarheit herrschen, daß an diesen Dingen nicht mit Stillständeigen vorübergegangen werden kann. Wir haben es hier mit Erscheinungen zu tun, die mit einem Male wie mit einer heulenden Fackel in die inneren Parteizustände hineinleuchtet, wie sie sich seit Dresden bedauerlicherweise entwickelt haben. Unsere elementarsten Parteiprinzipien, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Demokratie stehen auf dem Spiele. In dieser Situation schweigen, hiße Verrat an der Partei über.“

Die Bremer Bürgerzeitung ist der Ansicht, daß zwar die

Redaktionsverhältnisse im „Vorwärts“ unbedingt hätten geändert werden müssen, daß aber die Art und Weise, wie der Parteivorstand vorgegangen sei, als verfehlt gelten müsse:

„Wenn die bisherigen Zustände im „Vorwärts“ „unhaltbar“ waren, wie Weibel sich ausdrückt, so war es die Pflicht des Parteivorstandes und der übrigen für den „Vorwärts“ maßgebenden Instanzen, im Sinne der Jener Beschlüsse die „unhaltbaren“ Zustände zu beseitigen. In dieser Beziehung stehen wir im strikten Gegensatz zu der Auffassung der früheren „Vorwärts“-Redakteure, die da glauben, durch die Resolution der Preßkommission sei alles in Ordnung gebracht worden. Es ist geradezu unverständlich, wie man bei genauer Prüfung der Jener Beschlüsse zu einer derartigen Ansicht kommen kann. Der Jener Parteitag hat sich durchaus auf den Boden des Dresdener Parteitages gestellt. Er hat die Dresdener Resolution als Richtschnur für die Tätigkeit der Parteipresse aufgestellt. Damit hat er der bisherigen Haltung des „Vorwärts“ ein deutliches Mißtrauensvotum ausgesprochen, denn der „Vorwärts“ hat über Dresden eigentlich immer mit einem gewissen Mißbehagen geurteilt, für die Dresdener Resolution hatte er stets eine gewisse spöttisch-überlegene Miene bereit.“

Die „Vergische Arbeiterstimme“ in Solingen ist der Meinung, daß überhaupt kein Anlaß zu einer Änderung der „Vorwärts“-Redaktion vorhanden gewesen sei:

„Wir haben schon früher gesagt, daß den Berliner Genossen und dem Parteivorstande unabweisbar das Recht zusteht, die Redaktion des Zentralorgans der Partei nach ihren Anschauungen und Wünschen zu besetzen. Daß sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß einige Redakteure in prinzipiellen und politischen Fragen nicht mehr die Meinung und Auffassung der Partei vertreten, so haben die beteiligten Instanzen nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, diese Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich einen anderen Wirkungskreis suchen müßten. Nun haben wir aber noch nicht herausfinden können, daß einer der in Frage kommenden Redakteure die Partei und ihre Aufgaben so lässlich verkannt habe, daß er aus dem Hause gejagt werden mußte. Meinungsverschiedenheiten über die Taktik bei politischen und wirtschaftlichen Kämpfen werden schließlich auch in einer homogen zusammengesetzten Redaktion vorhanden sein. Aber nichtsdestoweniger waren die Berliner Genossen der Meinung, daß ein Zusammenarbeiten einer sogenannten radikalen Minderheit und einer reaktionär gefärbten Mehrheit innerhalb einer Redaktion zum Unheil des Blattes ausschlagen kann, wenn sogar „Erklärungen“ der Minderheit publiziert wurden, die sich mit der Tendenz dieses oder jenes Artikels nicht einverstanden erklärten, was selbstverständlich den denkbar schlechtesten Eindruck auf den Leser machen muß, so mußte Wandel geschaffen werden! Aber Mann gegen Mann! Wir können die Klagen der sechs Redakteure, die in Jena die verbindliche Erklärung erhielten, daß an dem Zustand nichts geändert werde, nicht als unbedeutend anerkennen. Es mußte ihnen Gelegenheit gegeben werden, Rede und Antwort zu stehen und die Gründe ihrer Handlungsweise zu verfechten.“

Die „Münchener Post“ geistert sich einen heftigen Ausfall gegen die nicht ausgeschiedenen 6 Redakteure, die anstatt sich ihren 8 Kollegen anzuschließen und dadurch das Weiterbestehen des „Vorwärts“ zu verhindern, im Parteidiens verblieben wären. Das Münchener Blatt verweist sich sogar in seiner Wut dazu, diese 4 Redakteure „Streikbrecher“ zu schimpfen. Als Milderungsgrund kann gelten, daß die Notiz wahrheitsgemäß nicht in München geschrieben ist, sondern, wie so viele andere Urteile des Blattes über Parteifragen, aus der berüchtigten Stämpferischen Anstalt für die Präparation von Parteimeinungen in Groß-Lichterfelde stammt:

„Der „Vorwärts“ vom 1. November enthält auch eine Art neuen Redaktionsprogramms. Mit einer erheblichen Aufwindung überheblicher Redensarten verkünden nämlich die Herren „Streikbrecher“ in der Redaktion, daß sie sich „fest und sicher auf den Boden der Marx'schen Theorie“ stellen. Außerdem wollen sie die gewerkschaftlichen Interessen besser pflegen. Die Werkzeuge des Unternehmertums — als Förderer der Gewerkschaftsbewegung, das ist auch gut.“

Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart will ihre Ansicht demnächst ausführlicher begründen, vorläufig faßt sie ihr Urteil in folgenden Sätzen zusammen:

„Die Kündigung der sechs „Vorwärts“-Redakteure, deren Austritt inzwischen vorzeitig erfolgt ist, hat sich zu einem Skandal entwickelt, der in der Geschichte der Partei seinesgleichen sucht. Jeder der beiden Teile scheint ein Teil Schuld zu tragen. Die bürgerliche Presse wälzt sich vor Entzücken, daß ihr dies Schauspiel gebohen worden ist. Und wird es schwer gemacht, unsere Meinung zur Sache zu sagen und zu begründen durch die ununterbrochene briefliche Zufuhr von „Informationsmaterial“ aus Berlin, das zum Teil aus einer Quelle stammt, die sich unseres Erachtens ein wenig reservierter verhalten dürfte. Die Bearbeitung der ganzen Parteipresse von bestimmten Berliner Parteigenossen, die bereits den Erfolg zu verzeichnen hat, daß eine starke Voreingenommenheit gegen den Parteivorstand erzeugt wurde, ist eine höchst einseitige. Einzelne Personen sind bestrebt, den Skandal noch zu vergrößern. Diesem Zwecke dient auch der Plan, den Verein „Arbeiterpresse“ zu einer Generalversammlung einzuberufen. Wir hoffen, daß es dazu nicht kommt, denn eine solche Versammlung würde genau so wie die seitherige einseitige Stimmungsmache nur verwirrend wirken.“

Unser Stuttgarter Bruderblatt vertritt sich also die Zufuhr aus Groß-Lichterfelde.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Stuttgarter.** Der Stand unserer Bewegung für Gesundheitschutz in der Fenster- und Kollatorfrage ist zur Zeit noch nicht überichtlich genug, um ein genaues Bild über die Teilnahme aller Berufsstände festzustellen. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß alle arbeitenden Kollegen auf einem extra dazu bereitgestellten Formular zu melden haben, bei welchem Arbeitgeber und auf welchem Bau, wieviel Kollegen, namhaft aufgeführt, beschäftigt sind. Es sind der Ortsverwaltung bis jetzt von 1300 organisierten Kollegen nur 1078 teilnehmende gemeldet, welche sich wie folgt verteilen: Werkstattarbeiter circa 350, arbeitslos gemeldet 134, auf verlassenen Bauten arbeitend gemeldet 447 und Streikende 106 Kollegen.

Da in nächster Woche eine allgemeine Bautenkontrolle stattfindet, so werden nochmals alle organisierten Kollegen ersucht, in obigem Sinne der Ortsverwaltung Meldung bei Frank, Sebastianstr. 39, zu machen.

**Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.**

**Zentralverband der Konditoren.** Die Differenzen bei der Firma Kurz, Kuyner u. Co., Reinickendorferstr. 28, sind zugunsten der Arbeiter erledigt und der Betrieb nach einem Ausstande von vier Stunden wieder aufgenommen. Der Tarif wurde von der Firma anerkannt und die Löhne überhaupt erhöht. Außerdem wurden die gänzliche Befreiung der Akkordarbeit und der Lohnstrafen bewilligt und dafür feste Löhne vereinbart. Die Arbeitszeit beträgt 57 Stunden pro Woche. Der Erfolg ist der Solidarität und Geschlossenheit der dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen zu danken.

Zu dem Bericht über den Streik in der Berliner Buchbinderei Wäbden u. Co. in Nr. 257 des „Vorwärts“ wird uns folgendes mit-

geteilt: Da irrige Auffassungen über den Schlußsatz betreffs der Buchbinder aus Sachsen unter den bei anderen Firmen organisierten Kollegen der Buchbinder entstanden sind, sei hiermit erklärt, daß die Firma bei Bedarf wiederholt Buchbindergehäusen aus Leipzig resp. Sachsen eingestellt hat. Betreffs der Verrichtung der Streikarbeit ist festzustellen, daß die Firma zu verschiedenen Zeiten und wiederholten Malen zur Erledigung eiliger Kommissionen jüngere Buchbindergehäusen zu Arbeiten, die im eigentlichen Sinne Paderarbeiten sind, herangezogen hat. Dieses geschah auch jetzt! In der am Donnerstagabend abgehaltenen Versammlung des gesamten Geschäftspersonals wurde nach längerer Aussprache festgestellt, daß die Arbeiten von den Gehäusen ohne Kenntnis der Sachlage ausgeführt worden sind. In der Versammlung wurde sodann eine Resolution angenommen, in der die weitere Verrichtung jeglicher Hausdiener resp. Paderarbeit verweigert wird. Des weiteren wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, neue Verhandlungen anzubahnen und schweben zur Zeit Verhandlungen.

**Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.**

#### Deutsches Reich.

##### Gärung bei Krupp.

Auf dem Kruppischen Werke zu Essen scheinen die uralten Flottenpläne sowie Ameerüstungen ihre Schatten vorauszuwerfen. Nicht allein daß auf das Ueberstundenwesen hingearbeitet wird, versucht man auch wieder die Sonntagsarbeit einzuführen, wovon man in den Kreisen der organisierten Arbeitererschaft nicht sehr erbaulich ist. Trotzdem können eilige Beamte, die sich als Herrenmenschen fühlen, es nicht übers Herz bringen, organisierte Arbeiter zu bußen. So ist ein Arbeiter entlassen, der dem Deutschen Metallarbeiter-Verein angehört, obwohl der Betriebsführer ihm mündlich ein lobendes Zeugnis ausgestellt hat. Doch hat sich ein Teil seiner Kollegen solidarisch erklärt und verleiht seinerseits die Kündigung ein. Der Betriebsführer hat nun durch Anschlag bekanntgegeben, die Arbeiter müßten Freunde und Bekannte animieren, nach Essen zu ziehen. Die Arbeiter werden sich bestens dafür bedanken, Leute nach Essen zu ziehen, damit sie selbst auf das Strafenpflaster geworfen werden. Der Arbeitermangel ist groß, aber er wird sich vergrößern, daß kann der Firma Krupp schon jetzt verraten werden, wenn sie dieses Herrenmenschen nicht ausmerzt.

Eine aus 153 verschiedenen Werkstätten der Firma Krupp bestehende Vertrauensmännerchaft befahte sich mit diesen Angelegenheiten und schickte eine Resolution an die Direktion des Werkes, in der die Vorkommnisse getadelt werden und in der es am Schluß heißt, daß der § 152 der Gewerbeordnung auch für die Kruppischen Arbeiter gelte und daß diese von ihrem Recht vollen Gebrauch machen würden.

##### Zu einer imposanten Demonstration gegen die Aussperrung der Unternehmer

gestaltete sich die Versammlung der ausgesperrten Weber und Weberinnen, die am Mittwochnachmittag in „Grimms Lokal“ zu Greiz stattfand. Gegen 1500 Personen hatten sich in den beiden Sälen schon lange vor Beginn der Versammlung eingefunden und viele Hunderte mußten wieder umkehren, da sie keinen Einlaß mehr finden konnten. Der Referent Drossel beleuchtete zunächst die Taktik der Fabrikanten in vernichtender Kritik und charakterisierte das Verhalten des christlichen Arbeitervereins und die erbärmliche Rolle, welche die Namenschriften in diesem Kampfe bisher spielten. Der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter, Häbich-Verlin, wies die Behauptung, daß die Bewegung von den „Führern“ aus Berlin eingeleitet sei und die Arbeiter an Direktoren der Berliner Leitung gebunden seien, entschieden zurück. Die Bewegung sei von den Kollegen am Orte selbst eingeleitet worden und erst jetzt, nachdem die Bewegung in das Stadium des Kampfes eingetreten sei, greife die Leitung aus Berlin zum erstenmal ein. Die Massen brauchen sich nicht von den Führern aus Berlin am Gängelbände führen zu lassen, sondern die Beamten der Arbeitererschaft führen nur die Beschlüsse der Gesamtheit aus. — An die Referate schloß sich eine längere Diskussion, in welcher sich nicht eine einzige Stimme für Wiederaufnahme der Arbeit am 6. November ohne weitere Zugeständnisse der Unternehmer meldete. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, in welcher die Aussperrung der Unternehmer als ein Akt begehnet wird, der um so brutaler wäre, als selbst von Seiten der Unternehmer anerkannt worden sei, daß die Löhne ausbesserungsbedürftig seien.

Zur Fensterfrage beschlossen die Selbiger Stukkateure, vom 1. November an auf den Bauten, auf denen der behördlichen Bestimmung entgegen die Räume nicht durch Fenster und Türen gegen Zugluft geschützt sind, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis den Vorschriften nachgekommen wird. Die Behörde soll ersucht werden, die Vorschriften nicht nur für die Räume, in denen gearbeitet wird, gelten zu lassen, sondern sie auf die ganze betreffende Etage ausdehnen.

Eine Lohnbewegung der Hafnarbeiter ist in Königsberg schnell und erfolgreich durchgeführt worden. Seit Jahren haben die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hafnarbeiter in Königsberg viel zu wünschen übrig gelassen. Frächtige Verhältnisse bestanden, dabei war bald eine, bald war keine Organisation vorhanden. In der letzten Zeit sind die Hafnarbeiter emsig an dem Ausbau der Organisation tätig gewesen und sie stellten auch Forderungen auf. Als diese nicht beachtet wurden, sperrten sie am Donnerstag sämtliche im Königsberger Hafen liegenden Dampfer. Und mit einer seltenen Einmütigkeit wurde die Sperre durchgeführt, so daß noch an demselben Tage sich die Steuer genötigt sahen, die Lohnforderung der Hafnarbeiter (50 Pf. Stundenlohn) zu bewilligen. Bis her wurden 40 Pf. gezahlt. Es soll auch versucht werden, die Bewilligung tariflich festzulegen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Grabenproben!

**Essen a. Ruhr.** In später Nachstunde geht uns durch B. L. B. die Antwort des „Vereins für die bergbauischen Interessen“ auf die Eingabe der Siebener-Kommission an den Handelsminister. Bei dem Umfange des Schriftstücks ist uns eine ausführliche Wiedergabe für heute nicht möglich. Unseren Lesern, die den düsteren Probenstandpunkt der Grabenbarone kennen, werden wir ja nichts Neues verraten, wenn wir sagen, daß die Antwort sich würdig den bisherigen Prinzipien dieser Millionärsgruppe anreicht. Es ist also eine glatte Ableugnung aller vorgebrachten Beschwerden.

#### Opfer des Kapitals.

**Steinw. 3. November.** (B. L. B.) Auf dem Ostfelde der „Königin Louisegrube“ wurden vier Daut durch Kohleneinbruch beim Pfeilerabbau verschüttet. Einer wurde tot, zwei schwer und einer leicht verletzt geborgen.

#### Sie wollen nicht gegen den inneren Feind.

**Kopenhagen, 3. November.** „Alkua-Bureau“ meldet aus Helsingfors folgendes Telegramm: Der Senat ist aufgehoben und die Senatoren sowie der Generalgouverneur sind verabschiedet. Von Zudby, einer Station bei Helsingfors, kamen gestern 100 Mann Kosaken, 100 Mann Infanterie mit 8 Kanonen an. Die Soldaten weigerten sich aber zu schließen.



Rechenschaft.

Am 31. Oktober 1905 ist nunmehr im „Vorwärts“ die angekündigte „Denkschrift“ des Parteivorstandes und der Prekominmission erschienen, die bestimmt sein soll, das gegen uns angeordnete Verfahren zu rechtfertigen und nebenbei die ältesten Redakteure des „Vorwärts“, die dem Zentralorgan 13, 10, 7 Jahre ihre Kraft gewidmet haben, als Leute hinzustellen, die eigentlich niemals vertrauenswürdig gewesen seien. In derselben Nummer treibt in noch plumperer Weise die neue Redaktion des Blattes das gleiche Spiel.

Wir begreifen nach dieser Denkschrift, die hinsichtlich der Geschichtlichkeit und Wahrhaftigkeit nach dem Muster der berühmten Denkschrift zur Buchhausbörse gearbeitet zu sein scheint, daß man uns während des ganzen Konflikts von Beginn bis Schluß ausgesperrt hat. Denn es wäre andersfalls sofort offenbar geworden, daß die ganze Darlegung unhaltbar ist. Wir begreifen es auch, daß man sich schäute, diese Denkschrift noch während unserer Redaktionsstätigkeit zu veröffentlichen; denn es hätten wenige Bemerkungen genügt, um die Geschichtserzählung als einen Versuch mit wahrhaft tragisch untauglichen Mitteln zu charakterisieren. Wir besaßen es aber auch im Parteinteresse aufzudecken, daß man uns gewaltsam verhindert hat, noch in der Redaktion zu verbleiben; denn es wäre unserer persönlichen Ueberredung vielleicht doch noch gelungen, den Parteivorstand von der Veröffentlichung eines solchen Schriftstückes abzuhalten, das die Autorität der für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß.

Die Denkschrift ist, soweit sie mit unserer Auffassung übereinstimmt, durchaus richtig, soweit sie aber von unserer Darstellung abweicht oder Dinge berührt, die wir bisher nicht öffentlich erörtert haben, durchaus unrichtig. Es zeigt sich sogar, daß wir sorgfältiger über die Vorgänge und Tendenzen der letzten Geheimnissitzungen unterrichtet sind, als der Parteivorstand unterrichtet zu sein sich den Anschein gibt.

Von allen in der Denkschrift angebotenen Grundfragen ist nur eine sozialdemokratisch: daß in einer außergewöhnlichen Situation außerordentliche Mittel angewendet werden müssen. Das war ganz unsere Auffassung als wir am Sonntag, den 22. Oktober, unsere Kländigung veröffentlichten, dazu in freier und bewegener Weise an der Spitze des politischen Teils, nachdem wir von der Absicht der unerbittlichen Veröffentlichung den Parteivorstand rechtzeitig unterrichtet hatten; auch der Genosse Bebel erhielt noch zeitig genug für einen etwaigen Einspruch Kenntnis.

Wir waren uns in jenem Augenblicke, da wir uns entschlossen, die Partei über die hinter ihrem Rücken — die Masse der Parteigenossen ist ebenso wenig eingeweiht worden, wie die Redakteure — geschmiedeten Pläne zu alarmieren, vollständig bewußt, daß wir die Schwächeren waren, daß wir unterliegen, vielleicht zugrunde gehen würden. Aber gerade deshalb, weil wir die Ueberzeugung hatten, daß wir mit unserem Vorgehen die Entrüstung der geselligen ununterrichtet gelassenen Genossen gegen uns wecken würden, weil wir uns klar waren, daß unsere persönlichen Interessen durch unsere Aktion nur geschädigt werden könnten, hatten wir das gute Gewissen, daß wir, ohne jede persönliche Rücksicht in deutlicher Erkenntnis der persönlichen Gefahr, im Interesse der gedeihlichen Entwicklung der Partei über Zustände ein offenes Wort sprechen mußten, die längst bedrohlich, nunmehr aber ganz und gar unhaltbar geworden waren. Unsere Mitteilung an der Spitze des politischen Teils sollte ein Alarmschrei für die Partei sein. Wir wollten in der Tat „Sensation“ erregen, sofern man darunter versteht, daß wir nach gewissenhafter sorgfältiger Prüfung von dem Entschluß gekommen sind, wir hätten die heilige Pflicht, die Parteigenossen aufzurütteln, und blieben wir dabei, wie wir nach bisherigen Erfahrungen voraussehen mußten, selbst auf der Straße. Wir fühlten uns ganz als Werkzeug der Partei, der wir dienten, nachdem uns die neuesten Vorgänge die Gewißheit verschafft hatten, daß in das gesunde und kräftig pulsierende Blut der Partei ein Tropfen Gift eingedrungen sei. (Von uns gesperrt. P. B. u. Fr. A.)

Wir verfolgen auch im Fortgange des Kampfes keinerlei persönliche Interessen. Wir sind nicht Illusionisten genug, um anzunehmen, daß wir irgendwelche persönliche Vorteile von unserem Vorgehen haben könnten. Wir sind vielmehr vom Gegenteil überzeugt. Aber wir haben es einmal auf uns genommen, den Kampf für die innere Redlichkeit und Klarheit der deutschen Sozialdemokratie weiter zu führen, von deren Gesundheit auch die gedeihliche Entwicklung der gesamten Kulturverhältnisse wesentlich abhängt. Die deutsche Sozialdemokratie hat die höchste Mission zu erfüllen, die jemals eine Bewegung, eine Partei zu leisten hatte. Die Mission kann nicht ohne innere Wahrheit zum Siege geführt werden. Wir bekämpfen das System der Persönlichkeiten in der Partei, die so sehr mit sich selbst die Partei identifizieren, daß sie alles, was gegen sie gesagt wird, als eine Schädigung der Partei denunczieren. Wir bekämpfen die armselige Methode elenderster persönlicher Rivalitäten, die sich prinzipiell modifizieren. Wir bekämpfen den Geist des Mißtrauens und der Intrige, der unser Parteileben zerrütet. Wir bekämpfen, kurz gesagt, alle die Schäden, die mit jeder Art persönlichen Regiments verbunden sind, die aber zehnfach verhängnisvoll wirken müssen in der Demokratie. Wir sollen endlich lernen, die kleine Person in der Sache vollständig aufgehen zu lassen. Wir sollen den Mut haben, offen auszusprechen, was wir denken, unbedünnt um die Rücksichten des Erfolges und diplomatischer Klugheit. (Von uns gesperrt. P. B. u. Fr. A.)

Wer auch nur einen Schritt von der Wahrheit und Vernunft abweicht, wird immer tiefer in Widersprüche, Irrnisse, Sinnlosigkeiten hineingezogen. Den Beweis für dieses Gesetz bleibt die Denkschrift des Vorstandes, der es trotz aller Bemühung nicht gelingt, den trostlosen Zustand notwendig zu verschleiern. Warum hat der Vorstand nicht, was die erste Voraussetzung einer wirklichen Aufklärung gewesen wäre, das gesamte Aktenmaterial veröffentlicht? Man hat uns nicht vor den Entscheidungen hören wollen! Will man der Partei nun etwa auch die schriftlichen Dokumente vorenthalten?

Die Partei tappt vollkommen im Dunkeln, so lange sie den wahren und dem Parteivorstand gepflogenen Schriftwechsel nicht kennt. Deshalb schließen wir uns dem von der Generalversammlung des Kreises Teltow-Deersow mit Bierhäusel-Mehrheit angenommenen Antrag an, das gesamte Aktenmaterial ohne Änderungen und Auszüge im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

Und nun zur Sache.

1. Das Verfahren der Prinzipien.

Die Denkschrift des Parteivorstandes beginnt mit einer eben so langen wie inhaltlosen prinzipiellen Erörterung, die insofern völlig überflüssig ist, als sie mit dem Streitfall, mit unserer Anklage ganz und gar nichts zu tun hat. Unsere Vorwürfe richten sich ausschließlich gegen das unerbittliche Verfahren, das man gegen die tätigen Parteigenossen und gegen uns angewandt hat. Diese ganze „prinzipielle“ Argumentation ist ebendeshalb hinsichtlich und löst sich in sich selbst auf, weil der Vorstand ja gerade die heben „O. u. p. s. u. d. n.“ nicht hinanzustellen wollte, und die Meinung zu umgestülpen war, den namentlich für die letzten Parteipolemiken verantwortlichen Kollegen unter allen Umständen zu behalten, daß man

in der ersten Geheimnissitzung von Vorstand und Prekominmission die Frage der Kländigung einzelner Kollegen gerade unter dem Gesichtspunkt erörterte, ob sich wohl der schwerste Verbrecher mit dem einen oder anderen solidarisch erklären würde. Was sind das für seltsame, unhaltbare Zustände, deren Urheber man durchaus nicht entbehren will?

Indessen obwohl die ganze prinzipielle Auseinandersetzung nur ablenkender Ausweg ist, nehmen wir auch diese Frage bereitwillig auf, um in aller Kürze den ganzen Wust von Legenden, der hier zusammengelchert ist, zu zerstreuen.

Alles was einleitend über die höchst mangelhafte prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen durch den „Vorwärts“, aber keine, zu späte oder hinundhergeschwankende Stellungnahme gesagt ist, stand bereits am 23. Dezember 1904 in der „Leipziger Volkszeitung“. Darauf wurde unter dem 11. Januar 1905 im „Vorwärts“ geantwortet:

„Die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipiellste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Parteivorstand und die Prekominmission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergeßlichkeit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ in einigen Fragen der Parteitalität Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der untergeordneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich ausprägten. Niemals aber hat der „Vorwärts“ zu einer ehrwürdigen und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Wehring in den oben zitierten Äußerungen geschehen ist.“

Unter dieser Kundgebung stehen die Unterschriften: „Der Parteivorstand.“ Die Prekominmission. Es sind dieselben Körperschaften, ja sogar dieselben Personen, die vor zehn Monaten gegen dieselbe „ehrwürdige und beleidigende Beurteilung“ des „Vorwärts“ aufschärft protestiert haben, die sie jetzt selbst erheben. Sie beschuldigen sich also jetzt selbst jener „Pflichtvergeßlichkeit der schlimmsten Art“, die sie damals entriest zurückgewiesen haben. Aus dieser Lausche erhellt schon allein, daß die Vorwürfe der schwankenden Haltung, die gegen uns erhoben werden, nur eine Spiegelung der eigenen Verfassung sind. In Wirklichkeit hat die Mehrheit der Redaktion ohne jedes Schwanken mit der Ueberzeugung, die ihr die Denkschrift vorwirft, mit jenem „Selbstbewußtsein“ — eine Anklage, die so unglücklich klingt aus dem Munde kämpfender Sozialdemokraten! — seit Jahren den „Vorwärts“ einheitlich geführt. Wir haben nicht den Lidzadurs mitgemacht, den das persönliche Regiment neuerdings auch bei uns veranlaßt hat, wir waren nicht die willfährigen Kreaturen für jede Stimmung und Laune einiger führender und schreibender Parteigenossen. Darum wurden wir gewissen Freunden unangenehm: nicht weil wir mißschwanken wie sie selbst, sondern weil wir aufrecht standen, den geraden Weg gingen. Läßt sich denn ein unverständlicheres Schwanken erdenken, als zwischen jenem Protest der Aufsichtsinstanzen vom Januar dieses Jahres und der jetzigen Denkschrift? Alles ist dort schwankend, alles Widersprüchlich und Unklarheit, alles prinzipielle Verwirrung! (Von uns gesperrt. P. B. u. Fr. A.)

Die Mehrheit des „Vorwärts“ hat seit jeher zäh und entschlossen die tatsächliche Haltung jenes großen Zentrums der Partei vertreten, von dem lediglich rechts und links ein paar Parteischriftsteller abwichen, jenes Zentrums, das durch die Beschlässe der Parteitage gebildet ist und dessen Führer August Bebel bisher war. Wir entnahmen uns kaum eines einzigen prinzipiellen oder tatsächlichen Falles, wo wir nicht mit dieser großen, geschlossenen Parteimeinung sochlich übereinstimmten, oder wo Bebel nicht selbst, wenn er anfänglich individuell abgeirrt, wieder in die Richtung des großen Blocks der Partei eingeschwenkt wäre. So waren wir beispielsweise gegen die von Bebel beauftragte Stimmhaltung bei den Generalkongressen. Es ist bekannt, daß auch in dieser Frage bald wieder Uebereinstimmung herrschte. Wir haben stets die allerdings sehr uneinheitliche Gruppe der sogenannten Revisionisten bekämpft, aber ebenso auch jene Wiederbelebungversuche der Unabhängigenbewegung, die von Leipzig und Friedebau ausgeht, und in der gegen den „Vorwärts“ mit genau denselben Allgemeinheiten gekämpft wird, wie einst die Parteileitung selbst beschiedet wurde. Unterschieden haben wir uns von Bebel im wesentlichen nur durch die Bewertung der Wichtigkeit gewisser Parteifragen und durch die Methode parteigenössischer Polemik, die in den letzten Jahren — unter Führung Franz Wehrings — die deutsche Sozialdemokratie zerschandert und sinnlos verwirrt hat.

Die Denkschrift unterläßt es, auch nur einen einzigen Fall anzuführen, wo wir gar nicht, verspätet oder schwankend Stellung genommen haben. Ans ist aus der letzten Zeit nur ein Fall verspäteter Stellungnahme bekannt — gelegentlich des Kölner Gewerkschaftskongresses. Das war aber nicht die Schuld der Mehrheit, sondern des Degenerenten der Minderheit, der trotz der eindringlichen Aufforderung der Mehrheit erklärte, nichts mehr sagen zu können. Derselbe Vertreter der prinzipiellsten Minderheit, die ja wohl jetzt die Mehrheit geworden ist, hat dann auch jenen Artikel über den Elektrizitätsstreik ohne Kenntnis der Mehrheit ins Blatt gegeben, der den schwersten Anstoß bei den Gewerkschaften und beim Parteivorstande erregt hat.

Noch unrichtiger ist es, daß wir in irgendwelchen wesentlichen konkreten Fragen in Konflikt mit den Berliner Parteigenossen geraten sind. Daß sich gerade unter der Leitung der bisherigen Mehrheit in vorher kaum erhoffter Weise die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ mehr als verdoppelt hat, beweist ja auch gerade nicht die Unzufriedenheit Berlins. Im Gegenteil, wir sind in bestimmten wichtigen Partikularien mit den Berlinern gegen Anschauungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel gegangen, so beim Freudentag, so bei den Anregungen für die Tagesordnung des Bremer und Jenaer Parteitages. In der Prekominmission ist, abgesehen von den Vorgängen unmittelbar vor Jena, niemals in den letzten Jahren eine ernsthafte Beschwerde über die prinzipielle und tatsächliche Haltung des „Vorwärts“ laut geworden. Nur ein einzelnes Mißgeschick hat gelegentlich angeregt, einmal über unsere Stellungnahme zur Liebermannscheidung der französischen Offiziere unter André zu diskutieren. Dazu kam es aber nicht, und übrigens war in dieser Hinsicht der den Auslandsstreik redigierende Kollege der damaligen Minderheit der Auffassung der Mehrheit, weil er sich unglücklich, seltener und leichtsinnigerweise schon vor der unvermeidlichen Polemik Skandals gegen uns festgelegt hatte. Eine solche Differenz ernster Natur in einer konkreten Angelegenheit zwischen uns und den Berlinern bestand überhaupt nur einmal in der zurückliegenden Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Man weiß, wie die Berliner sich schließlich so entschlossen zu der Ansicht der bisherigen Redaktionsmehrheit bekehrt haben, daß gerade sie mit betriebsmäßigster Energie die Landtagswahlkampagne geführt haben. Der eine Fall zeigt, ein wie schwieriger Begriff die „Meinung der Berliner“ ist. Im übrigen hat die Prekominmission die ganzen tatsächlichen und prinzipiellen Fragen für recht wenig dringend gehalten; denn sie ist bis zum September dieses Jahres nie über die gelegentlichen Klagen hinaus gekommen, daß derartige Debatten nicht gepflogen werden.

Ueberhaupt ist es das Gegenteil der Wahrheit, wenn die Denkschrift den Anschein zu erwecken sucht, als ob unter der bisherigen

Redaktion die Angriffe auf den „Vorwärts“ häufiger, schärfer und allgemeiner geworden wären als früher. Der „Vorwärts“ ist, so lange er lebt, immer angegriffen worden, unter Leitung der bisherigen Mehrheit aber in viel geringerem Maße als früher. Die Protokolle unserer Parteitage und die Berliner Versammlungsberichte ergeben diesen Sachverhalt unzweifelhaft. Ja es gab Zeiten, wo der „Vorwärts“ höchlichst gelobt wurde, und gerade in den Perioden, wo er die schärfste und reichste Arbeit hatte, wo er Gelegenheit hatte, die prinzipielle Aufklärung am allerbedeutendsten und intensivsten zu betreiben: in den Wahlzeiten. Es ist charakteristisch, daß z. B. die vielgerühmte Agitation vor dem Dreimillionensteg im „Vorwärts“ ausschließlich von den Kollegen der Mehrheit geleitet wurde, in erster Linie durch den Kollegen Wehring, gegen den der jetzige Feldzug mit besonderer Behäufigkeit geführt wurde.

Wichtig an den Auseinandersetzungen der Denkschrift über die prinzipielle und tatsächliche Haltung ist lediglich die nicht überraschende Entscheidung, daß Bebel und die übrigen auf Parteitag angegriffen hat, womit aber noch längst nicht gesagt ist, daß er mit seinen Angriffen recht hatte. Zutreffend ist ferner, daß genau zwei Jahre nach dem Dreimillionensteg, am 17. Juni 1905, auf Antrag des Kreises Niederbarnim — diesen aufschlußreichen Umstand verschweigt die Denkschrift — des Kreises also, dessen Abgeordneter Stadthagen ist — eine Sitzung der Funktionäre Berlins stattfand, die ihre Unzufriedenheit mit uns zu äußern schienen, wie, das wird noch ausgeführt werden. Unmittelbar darauf erkreuten wir uns wieder der vollen Uebereinstimmung mit den Berliner Funktionären, bis dann Anfangs September dieses Jahres, abermals unter der sichtbaren Regie Stadthagens und seines Kreises, abermals eine Demonstration gegen die „Vorwärts“-Mehrheit geplant war, die aber vollständig scheiterte, weil man damals noch so unvorsichtig war, die beschuldigten Redakteure hinzuzuziehen.

Die Angriffe gegen den „Vorwärts“ sind stets nur von einem kleinen Kreis von Personen ausgegangen, die es distinkten verstanden, auch weitere Kreise von Parteigenossen unzufrieden zu machen, weil es leider bei der bisherigen dezentralisierten Organisation Groß-Berlins es den Redakteuren unmöglich gemacht war, mit den Parteigenossen die unumgängliche Verbindung zu unterhalten, die notwendig ist, um dem dunklen Treiben von persönlichen Feinden, dem Klatsch und der Verleumdung entgegenzuwirken. Wir hofften, daß die bevorstehende Umgestaltung der Organisation diesen von uns oft beklagten Uebelständen beseitigen würde. Vielleicht aber haben manche Leute es gerade deshalb so eilig gehabt, uns schleunig im heimlichen Verfahren hinauszudrängen.

(Sätze sind von uns gesperrt. P. B. u. Fr. A.) Wir hatten schließlich von Anfang an die Erfahrung gemacht, daß es zweckmäßig sei, gewisse Angriffe, mochten sie sich noch so „prinzipiell“ freizeigen, nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Methode unserer Gegner in der Partei entlarvte sich gleich zu Beginn der inneren Parteidebatten in der lustigsten Weise. Es war vor dem Parteitag in Hannover, als der „Vorwärts“ über den beginnenden Bernstein-Streit einen ruhigen und besonnen abwägenden Leitartikel brachte, der die aufgeregten „Parteiretter“ höchlichst ärgerte. Es war die Genossin Luzemburg, die bereits damals auf Grund dieses Artikels erwiderte, daß die „Vorwärts“-Redakteure samt und sonderb — damals war die Gruppe der ökonomisch-historischen Reicherschaft noch nicht erfunden — Leute ohne Talent, Vergangenheit und Charakter seien, die mit eisernem Wesen auszuweichen unser Chefredakteur Liebnecht dringend erlucht wurde. Liebnecht aber setzte sich hin und schrieb das große Wort von den Kapitolswächterinnen nieder; er hatte den Artikel, um desentwillen er den eisernen Wesen nehmen sollte, selber geschrieben. Die gleiche Erfahrung machten wir im Laufe der Jahre des öfteren. Die verheerende Epidemie fraß uns sich, die Anschauung nicht mehr danach zu beurteilen, was sie in sich bedeutet, sondern nach dem vermuteten Urheber. Da aber auch die prinzipiellste Festigkeit und die schönste Marx-Zitate nicht vor elementaren Reinfällen schützen, so konnten wir von den fröhlichen Tagen der Kapitolswächterinnen bis zur Jenaer Kommission immer wieder derlei große Mißverständnisse gestehen, deren ernste Reizeite allerdings war, daß jede Parteipolemik vergiftet wurde. Wegen dieser Verwüstung Jahre hindurch gekämpft zu haben, trotz aller Widerwärtigkeiten, rechnen wir uns als Verdienst an.

Es ist wahr, daß Bebel uns in Lübeck, ohne uns vorher zu unterrichten, plötzlich angriff. Auf den Protest des Kollegen Götner aber ermächtigte ihn Bebel sofort aus freien Stücken, öffentlich zu erklären, daß seine Kritik sich nur auf die Haltung des „Vorwärts“ in der Frage Bernstein (Vortrag im sozialwissenschaftlichen Studentenverein) und Millerand bezogen habe. Die Haltung des „Vorwärts“ in der inneren und äußeren Politik billigte er vollständig, er habe nichts daran auszuweichen. Bebel hielt die öffentliche Feststellung dieser seiner Auffassung für geboten, um die Differenzen nach außen hin auf das richtige Maß zu beschränken. Auch die anderen Teile des „Vorwärts“ mißfielen ihm keineswegs, sodas er gegen die Gesamthaltung des „Vorwärts“ nicht das geringste einzuwenden habe. Heute beruft sich Bebel, der doch wohl an der Denkschrift beteiligt ist, auch auf Lübeck!

Auf die Dresden er Vorgänge möchten wir einstweilen nicht eingehen. Sie waren ein Symptom derselben schweren Parteileidens, aus dem der jetzige ungeheuerliche und zugleich sinnlose Konflikt entstanden ist, von dem wir aber immer noch erwarten, daß er durch gründliche, rückhaltlose und ehrliche Aussprache dessen was ist, den Beginn der Heilung bedeutet. In dieser Richtung muß die Gesamtpartei, müssen alle ihre Organe arbeiten. Geht die Partei aus dieser Krise gekräftigt hervor, so wird uns diese Verneinung über das bittere Gefühl hinweghelfen, daß wir durch den uns aufgedrungenen Kampf einen Wirkungskreis verloren haben, an dem trotz allem unser Herz hing.

Das Gleichgewicht der bürgerlichen Presse über Revisionismus und Radikalismus soll ganz auf sich beruhen bleiben. Ueber diese Unwissenheit lohnt es sich nicht ein Wort zu verlieren. Hier steht mehr auf dem Spiel, als die Nuance der Meinung oder die Identität des revolutionären Temperaments. Hier handelt es sich um die Gesundheit des gesamten Parteikörpers. Wir wissen, daß die große Masse der Parteigenossen einig und geschlossen, klar und weggreifend ist, aber wir können uns nicht mehr der Einsicht verschließen, daß einzelne Führer Fehler auf Fehler häufen, um schließlich im Eigensinn recht zu behalten, die unerbittlichen Grundzüge unseres Parteilebens preiszugeben. Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder gegen diese Erscheinungen aufgelehnt, mit der gebotenen Rücksicht. Trotz dieser Rücksicht zogen wir uns deshalb Feindschaften zu, die jetzt zu triumphieren scheinen, die aber auch das erfreuliche Ergebnis endlich gehabt haben, daß weitere Rücksichtnahme Verrat an der Partei ist. (Von uns gesperrt. P. B. u. Fr. A.)

Wir werden in unserem zweiten Artikel auf die Einzelbehauptungen der Denkschrift, auf die Prinzipien des Verfahrens ausführlicher eingehen, auf diese Politik des Schweigebots, die als fundamentale Aenderung in unsere Partei eingeführt worden ist.

Die bisherige „Vorwärts“-Mehrheit.

Unserer Antwort müssen wir eine kurze Bemerkung voraussenden. Die ehemaligen sechs Redakteure des „Vorwärts“ überschätzten die Parteipresse mit Erklärungen, Entgegnungen, Rechenschaftsberichten etc., sie können das, weil ihnen die Zeit dazu zur Verfügung steht.

Wir sind gezwungen, die Verwaltungsgeschäfte der Partei zu erledigen und Sitzungen abzuhalten, die unsere Zeit ungemein in



Anspruch nehmen. Die Preskominmission besteht in ihrer großen Mehrheit aus Arbeitern; ihre Mitglieder haben auch sonstige Dienste für Partei und Gewerkschaft zu verrichten, für dies alles stehen ihnen aber nur die Abende zur Verfügung. Wir können also nicht mit der Maßigkeit antworten, die mehrfach gewünscht worden ist. Zu welchen Mitteln aber die Sechse glauben uns gegenüber greifen zu dürfen, um uns zu rascheren Antworten zu zwingen, dafür spricht folgender, in Form eines Klages, an uns gelangter Brief, den wir ohne Vermerkung abdrucken.

Derselbe lautet:

Berlin, den 1. November 1905.

An die Redaktion des „Vorwärts“.  
Der „Vorwärts“ teilt heute mit, daß er unsere Erwiderung gegen die Denkschrift mit der Antwort des Parteivorstandes und der Preskominmission zu veröffentlichen gedenke. So wenig wir die beabsichtigten Gegenbemerkungen für verwirrend halten, so wenig sind wir aber auch geneigt, eine Verzögerung des Abdrucks durch diesen Umstand zu dulden. Wir fordern unverzüglich und ohne jede Änderung die Aufnahme des gestrigen Ihnen zugegangenen ersten Teiles unserer Entgegnung in der Donnerstag früh erscheinenden Nummer des „Vorwärts“. Wir halten es ferner für die Pflicht der Redaktion, unserer Entgegnung diejenige Stelle des Blattes anzuweisen, auf die sie selbst nach dem § 11 des Presgesetzes Anspruch hat.

J. A.: Kurt Eisner.

### Antwort!

Die Entgegnung von Eisner und Genossen unterscheidet sich von unserer Denkschrift, die nach ihnen die Autorität der für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß — eine „Vernichtung“, die der Parteivorstand selbst auf sich nimmt, — dadurch, daß unsere Denkschrift eine sachliche Darstellung der Vorgänge ist, um deren Klarstellung es sich handelt, dagegen die Ausführungen der Eisner und Genossen an Habilität und schwülstiger Phrasologie nicht zu wünschen übrig lassen. Damit die Leser diese Phrasologie richtig genießen können, haben wir die bezüglichen Sätze gesperrt zum Abdruck gebracht.

Für die Objektivität unserer Denkschrift spricht vielleicht mehr als lange Auseinandersetzungen folgende Episode aus unseren Beratungen: Als am Montag, den 30. Oktober abends nach gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes mit der Preskominmission die Denkschrift in ihrem Wortlaut endgültig festgesetzt — wobei jeder der Anwesenden ein gedrucktes Exemplar des Entwurfs in seinen Händen hatte — und darauf einigt worden war, nahm das Mitglied der Preskominmission Genosse Busch das Wort und erklärte dem Sinne nach folgendes: Er sei, wie der Kommissions- und dem Parteivorstand bekannt sei, mit den Maßnahmen gegen die sechs Redakteure nicht einverstanden gewesen und sei es auch jetzt noch nicht. Er habe aber dennoch für die Denkschrift gestimmt, weil er anerkennen müsse, daß sie den Gang der Angelegenheit in allen Einzelheiten sach- und wahrheitsgemäß darstelle.

So ein Gegner unserer Maßnahmen, der von allen, was vorgeht, genau unterrichtet ist und unseren Verhandlungen beiwohnte. Wenn in der Einleitung von Eisner und Genossen angegeben wird, Bebel sei von der Kündigung der sechs Redakteure Sonnabend, den 22. Oktober abends, noch so rechtzeitig unterrichtet worden, daß er gegen die Veröffentlichung Einspruch hätte erheben können, so ist das richtig. Genosse Bebel erklärt darauf, daß Genosse Busch ihn allerdings an jenem Abend durch Rohpostbrief unterrichtet habe — den er gegen 9 Uhr erhielt, damit er am nächsten Morgen nicht durch die Erklärung der sechs überlistet werde, oder sie gar zu lesen übersehe. Er habe aber ebenso wenig, wie die zwei Vorstandsmitglieder, die noch auf dem Parteibureau anwesend waren, als die Kündigung mit der Ankündigung ihrer Veröffentlichung im „Vorwärts“ einließ, sich berechtigt erachtet, auf eigene Faust den Versuch zu machen, die Ankündigung zu verhindern.

Oder sollten die Mitglieder des Parteivorstandes von allen Enden Berlins für eine späte Nachtstunde zusammengetrommelt werden, weil die sechs es so eilig hatten, der Welt ihren Beschluß, aus der Redaktion auszutreten, in sensationellster Weise zu verkünden, und es nicht über sich gewinnen konnten, bis zum nächsten Dienstag zu warten, nachdem auch die Berliner Parteifunktionäre in der Sache gesprochen hätten?

Hätte Bebel es versucht, so hätten die sechs seinen Einspruch als von einem einzelnen Vorstandsmitglied ausgehend, wahrscheinlich mit Hohnlachen zurückgewiesen und es wäre außerdem von denselben ein solcher Versuch als eine Annäherung eines einzelnen, der das „persönliche Regime“ zu etablieren unternehme, dargestellt worden.

Wenn sich Eisner und Genossen in schwülstigen Darlegungen ergeben, die eines erheblichen Verstandesbedarfes nicht entbehren, über die Mission, welche die sechs zu erfüllen beabsichtigen, und die Partei vor den bösen Einflüssen zu retten, die der Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder geltend zu machen versucht hätten, so fordern wir statt unbestimmter zweideutiger Behauptungen und Verdächtigungen Beweise. Solange diese Beweise nicht erbracht werden, bezeichnen wir diese Anschuldigungen und Verdächtigungen als Verleumdungen.

Die Forderung, den zwischen Eisner und Genossen und dem Parteivorstandes gepflogenen Schriftwechsel in unverkürztem Wortlaut zu veröffentlichen, werden wir in dem uns dazu geeignet scheinenden Augenblick mit großem Vergnügen erfüllen. Ist doch unter anderem durch diesen Schriftwechsel der Kanal aufgedeckt worden, durch den die falschen Darstellungen über die Verhältnisse in der fünfzehner-Kommission des Jenaer Parteitages in die „Berliner Volks-Zeitung“ gelangten. Bekanntlich behauptete die „Berliner Volks-Zeitung“, ihre Enthüllungen von einem hervorragenden Sozialdemokraten empfangen zu haben. Wir sind also bereit, die Aufklärung nach jeder Richtung zu fördern.

Finden Eisner und Genossen die Denkschrift des Parteivorstandes, die, wie die Leser derselben wissen, die Denkschrift des Parteivorstandes und der Preskominmission ist — wir machen die Parteigenossen auf diesen fortgesetzt angewandten Kniff der sechs aufmerksam — als lang und inhaltslos, die mit dem Streitfall nichts zu tun habe (111), so antworten wir: Den Genossen waren wir schuldig, darzulegen, wie der in Frage stehende Streitfall allmählich entstanden ist und warum wir in diesem so handelt, wie von und gehandelt worden ist. Für die sechs haben wir diese Darlegungen nicht geschrieben, denn sie belehren zu wollen, wäre zwecklos.

Zu dem Abschnitt „Das Verfahren der Prinzipien“ — wir haben diese Ueberschrift nicht verwendet — sei folgendes bemerkt:

Allerdings hat der Parteivorstand anfangs den Versuch machen wollen, zu vermitteln, indem er vorschlug, durch eine Umgestaltung der früheren Redaktionsmehrheit zunächst die sichtbarsten Uebelstände zu beseitigen. Das ist auch in unserer Denkschrift ausführlich dargestellt worden, es ist alles keine Neuigkeit, welche erst Eisner und Genossen der stammenden Welt verhängen mußten.

Es ist auch nicht richtig, daß der Parteivorstand, die Hauptschuldigen nicht ohne weiteres hinanzusetzen wollte, um im Stille von Eisner und Genossen zu reden. Der Vorstand bekam aber heute, daß er sich in dieser Beziehung einer unverzeihlichen Schwäche schuldig gemacht hat.

Wie nimmt sich aber diese Anschuldigung, der Vorstand habe Halbheit und Unentschlossenheit gezeigt, mit der anderen Behauptung zusammen aus, daß dieser selbe Vorstand die Ursache alles Bösen sei und die großen Prinzipien der Meinungsfreiheit und wie all die schwülstigen vorgetragenen Anklagen lauten, mit ihnen trete? Wollen die sechs als Ankläger auftreten, warum so inkonsequent? Warum nennen sie nicht nur die Namen, sondern bezeichnen auch die Taten der Schuldigen, um sie zu fassen? Die sechs machen sich mit ihrer sonderbaren Anklage und Verdächtigungstaktik nur lächerlich.

Wir können nur wiederhol fordern, die Beweise für die unqualifizierbaren Verdächtigungen zu bringen, sonst müßten wir diese immer wiederkehrende Methode als schamlos und niederträchtig bezeichnen.

Soweit Genosse Bebel wiederholt durch Nennung seines Namens in die Entgegnung der sechs verwickelt worden ist, wird dieser selbst an anderer Stelle das Wort ergreifen, um darauf zu dienen. Im weiteren lehnen wir es ab, hier auf die Vorgänge im einzelnen einzugehen, die, wie schon in unserer Denkschrift ausgeführt wurde, sich über Jahre erstrecken und uns schließlich zu dem Entschluß kommen ließen, eine neue Ordnung im „Vorwärts“ einzuführen. Die sechs wünschen offenbar diese Darlegung nur weit ausführlicher, um die Polemik ins Unendliche fortführen zu können.

Es ist weiter ein Versuch mit untauglichen Mitteln, aus der Tatsache, daß die Abonnenten des „Vorwärts“ sich in den letzten Jahren sehr erheblich vermehrt, zu schließen, das komme auf das Konto der Zufriedenheit oder des Mangels an Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen mit der Redaktion des „Vorwärts“. Die rasche Steigerung der Abonnenten ist in erster Linie und hauptsächlich auf die unausgesetzte Agitation der Berliner Genossen für den „Vorwärts“ und namentlich auf eine verbesserte Organisation der Kolportage zurückzuführen. Die Berliner Genossen betrachteten eben den „Vorwärts“ trotz häufiger Mißstimmung über seine Haltung in einer Reihe Fragen immer doch als ihr Blatt.

Eine Unwissenheit ist es auch, welche die sechs aussprechen, daß, so lange der „Vorwärts“ lebt, er stets, manchmal sogar sehr heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die auch schon früher wesentlich dem Umstand geschuldet waren, daß die Redaktion eine geschlossene Einheitlichkeit — die erste Bedingung für ein Parteiblatt und eine gute Redaktion — vernichten ließ. Diese Uebelstände haben sich aber nach unserer Ansicht nicht vermindert, sondern gesteigert und insbesondere sind sie mit ihrer längeren Dauer immer fühlbarer geworden. Namentlich aber erforderte gerade die Rücksicht auf die außerordentlich gewachsene Partei und den damit auch außerordentlich gewachsenen Leserkreis des „Vorwärts“ in weit höherem Grade als jemals eine geschlossene Stellungnahme in den wichtigeren die Partei berührenden Fragen und eine intensive Auffklärung der Leser vom Standpunkt des historischen Materialismus, auf dem die Weltanschauung unserer Partei beruht.

Die Behauptung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ wiederholt Parteifunktionen mit den Berliner Genossen gegen Anschauungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel begonnen habe, so beim Preuentag, so bei den Anregungen für die Tagesordnung des Bremer und Jenaer Parteitages, ist richtig.

Konstatiert sei aber, daß der Parteivorstand mit dem Genossen Bebel sich nicht prinzipiell gegen die Verurteilung eines Parteitages der preussischen Genossen erklärte, sondern nur Differenzen über den passendsten Zeitpunkt der Einberufung bestanden. Der Parteivorstand vertrat die Ansicht, diesen Parteitag nicht eher einzuberufen, als bis die Schulvorlage — gegen die Stellung zu nehmen eine der Hauptaufgaben des preussischen Parteitages sein sollte — dem preussischen Landtag vorliege, damit man ihren Inhalt lenne und nun um so sachgemäßer gegen sie Stellung nehmen könne.

Was aber die Geheimdienstleistungen der Redaktion für Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung der Parteitage zu Bremen und Jena betrifft, so sei konstatiert, daß die Berliner Vertrauensleute sicher nicht der Anregung der Redaktion, auf die Tagesordnung des Jenaer Parteitages die Handlungen in der deutschen Welpolitik zu setzen gefolgt wären, wenn die Redaktion ihnen mitgeteilt hätte, was lokalweise ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit war, daß die Redaktion den Parteivorstand mit keinem Wort davon unterrichtete, daß sie die Absicht habe, die Berliner Vertrauensleute zu bestimmen, die von der Parteileitung (Vorstand und Kontrollkommission) abgelehnten Anträge des Genossen Gradnauer für die Tagesordnung des Parteitages einzubringen.

Heute ist uns vollständig klar, was für Absichten mit diesem Verhalten der Redaktion bezweckt wurde. Die Redaktion, richtiger gesagt gewisse Redakteure, wollten die Vertrauenspersonen Groß-Berlins gegen den Parteivorstand auspielen, als eines Faktors, der seiner Aufgabe nicht gewachsen sei.

Es ist ferner eine Unwahrheit, wenn Eisner und Genossen erklären, daß der jetzige Feldzug gegen den Genossen Wegler mit besonderer Gehässigkeit geführt wurde. Er bekommt nur, was ihm gebührt. Es kommt niemand unter uns bei — das sei hier ein für allemal konstatiert — behaupten zu wollen, daß die ausgeschiedenen sechs nicht nach bestem Wissen und Können ihre Schuldigkeit getan hätten oder die Partei hätten schädigen wollen. Wir erkennen auch an, daß die Wahlkampagne im Jahre 1903, soweit sie der „Vorwärts“ führte, wie die Führung der Wahlkampagne im Jahre 1902 allen Ansprüchen entsprach, die gestellt werden konnten. Das ist aber kein Grund, darauhin zu dem Schluß zu kommen, daß nunmehr alle Gegenstände in Wohlgefallen sich aufgelöst hätten.

Die sechs berufen sich mit besonderer Genugtuung auf die Erklärung, die der Parteivorstand und die Preskominmission unter dem 11. Januar 1905 gegen einen in der „Leipziger Volkszeitung“ am 23. Dezember 1904 erschienenen Artikel veröffentlichten.

Hier sei zunächst auf die Situation aufmerksam gemacht, die zu jener Erklärung nötigte. Der in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienene Artikel erging sich in den heftigsten und schärfsten Angriffen gegen die Redaktion des „Vorwärts“ und damit auch bis zu einem gewissen Grade gegen uns als Aufsichtsorgane desselben. Die Redaktion fühlte sich mit Recht durch diesen Artikel schwer beleidigt und rief unsere Intervention an. Wir teilten die Auffassung der Redaktion über jenen Artikel und veröffentlichten eine Erklärung, welche die sechs tendenziös abgefaßt und zugestuft in die Öffentlichkeit bringen, die wir nunmehr des Verständnisses wegen und um der Wahrheit zu dienen im Wortlaut folgen lassen. Derselbe lautet:

In Nr. 298 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Dezember 1904 ist unter der Aufschrift „Eine Abwehr“ ein Artikel, unterzeichnet H. M., das ist Franz Mehring, erschienen, der sich gegen Äußerungen des „Vorwärts“ über einen unserer Parteipresse angemessenen Ton der Polemik richtet. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat mit Recht Abstand genommen, in eine Erwiderung auf die Beschuldigungen einzutreten, die Genosse Mehring gegen sie erhoben hat. Sie hat im Interesse der Partei geschwiegen und die Angelegenheit den unterzeichneten beiden Körperschaften überlassen, welche durch das Organisationsstatut der Partei zur Aufsicht über das Zentralorgan gestellt sind. Auch ohne den Wunsch der Redaktion des „Vorwärts“ standen die Unterzeichneten im Begriff, sich mit dem Artikel Mehrings zu beschäftigen.

Von den Anschuldigungen, die Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ erhebt, seien nur die schwersten in Erinnerung gebracht. Der „Vorwärts“ soll „wissentlich unwahr“ über vorhergehende Auseinandersetzungen in der Parteipresse berichtet haben. Er soll durch seine Meinungsäußerung über den Ton der Parteipresse „eine Tat begangen haben, die sich würdig neben die Tat stellt, die der Minister Hammerstein an Janina Person vollbracht hat“. Dies sei eine Tat, die durch das Dichtwort gekennzeichnet wird: „Seht hier das Trauerspiel der kalten Vöste“. Der „Vorwärts“ soll ein Blatt sein, „das trotz seiner ungeheuren Mittel und seines weiten Verbreitungsbezirkes ziffermäßig nicht einmal soviel propagandistische Weckkraft zu entfalten vermag, wie die meisten, minderen und selbst kleinen Parteiblätter trotz ihrer winzigen Mittel entfalten“.

Der „Vorwärts“ soll „durch seine blöden Sensationen a la Krupp und Kaiserin die Partei aufs äußerste bloßstellen“ haben. Der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienlose Rückgrat seiner Partei zu sein, in jeder prinzipiellen

Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“.

Wir haben keinen Anlaß, die Redaktion des „Vorwärts“ gegen Anschuldigungen zu verteidigen, deren Gehässigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist. Nur die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienlose Rückgrat der Partei zu sein in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Vorstand und die Preskominmission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ in einigen Fragen der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich ausgesprochen. Niemand aber hat der „Vorwärts“ zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Äußerungen geschehen ist.

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Gerächwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ beliebt. Eine derartige Kampfesweise gegen ein Parteiorgan muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Zerrüttung der Partei führen.

Berlin, den 11. Januar 1905.

Der Parteivorstand. Die Preskominmission des „Vorwärts“.

Die sechs haben aber sehr ungenügend begriffen, daß seit jenen Januartagen die Gegenstände zwischen Redaktion und uns sich weiter zuspitzten, und daß unter anderem die Verhandlungen am 17. Juni notwendig wurden, auf die wir bereits in unserer Denkschrift eingegangen sind, daß endlich die Verhandlungen am 1. und 8. September sich abspielten, in denen abermals die Meinungsverschiedenheiten in aller Schärfe zum Ausdruck kamen. Die sechs machen in ihrer Entgegnung gemäß ihrer Gewohnheit dunkle Andeutungen über ein mißglücktes Pronunciamento gegen die Redaktion, das Städtigen geleitet haben soll. Was die sechs dunkel anzudeuten liebten, wollen wir offen mitteilen. Am 1. und 8. September fanden gemeinsame Sitzungen des Parteivorstandes, der Preskominmission und der Redaktion statt. Die Sitzung am 8. war die Fortsetzung derjenigen am 1. September. In diesen beiden Sitzungen war Städtigen als Mitglied der Redaktion anwesend, nahm aber nur zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Zunächst wurde verhandelt über die öffentlich bekannt gewordene Korrespondenz Weglers mit der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ wegen Aufnahmen von Berichten über Berliner Parteiverfassungen. Das Verfahren Weglers wurde bei diesen Verhandlungen als grobe Unachtsamkeit beurteilt. Auf seine Erklärung, in einem ähnlichen Fall wieder so handeln zu wollen, wurde die Stimmung gegen ihn in der Preskominmission so erregt, daß diese gegen Wegler ein Mißtrauensvotum beantragte und beschloß, ihm die Redaktion der Parteinaudrichten zu nehmen, die er nach Ansicht von Vorstand und Preskominmission parteiisch redigiert hatte.

In der darauffolgenden Sitzung am 8. September erklärte Wegler die Beurteilung des von ihm an die Redaktion der Bremer „Bürger-Zg.“ gerichteten Briefes als ein der Preskominmission zustehendes Recht, bestritt seine Verantwortlichkeit, auf die Redaktion der Parteinaudrichten zu verzichten, hat jedoch, von dem allgemeinen Mißtrauensvotum Abstand zu nehmen.

Hierauf wurde beschlossen, das Mißtrauensvotum nicht auszusprechen.

Im weiteren Verlauf jener Sitzung kam aber auch wieder die allgemeine Haltung des „Vorwärts“ zur Sprache. Hierüber waren die Urteile so stark, daß Eisner sich zu der Äußerung verließ, die Mehrheit wolle der Minderheit ihre Ressorts überlassen, damit diese zeige, ob sie es besser machen könnte.

In jener Sitzung wurde ferner der Beschluß gefaßt, und zwar zum Schutze der Minorität, daß, wenn drei Redakteure gegen die Aufnahme eines Artikels Einspruch erheben würden, sofort Parteivorstand und Preskominmission berufen werden müßten, um über die Aufnahme zu entscheiden. Wie man diese Vorgänge zu einem „Sieg“ der Redaktionsmehrheit, um — dichten kann, überlassen wir dem Scharfsinn der Leser zu beurteilen.

Wenn die sechs behaupten, daß der Artikel über den Elektrizitätsstreik ohne Kenntnis der Mehrheit im Blatt gegeben wurde, so sei festgestellt, daß die sechs es unterließen, von einem Artikel Kenntnis zu nehmen, der als Leitartikel in das Blatt kam und damit als Meinungsäußerung der Gesamtkommission angesehen wurde. Dieser Vorgang zeigt wieder, daß die Zustände in der Redaktion unmöglich geworden waren.

Höchst merkwürdig ist es auch, daß die sechs es so darstellen, als hätten in der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen die Berliner Parteigenossen sich der Ansicht der sechs angeschlossen. Jeder Parteigenosse weiß aber, daß die Berliner Genossen sich erst zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen bereit erklärten, nachdem wiederholt auf Parteitagen ein solcher Beschluß gegen den Willen der Berliner Genossen angenommen worden war.

Der Zorn der sechs, die Angriffe gegen den „Vorwärts“ seien stets nur aus einem kleinen Kreise von Personen hervorgegangen, und weiter die Äußerung der sechs gegen die Genossen Luxemburg wegen ihres Konfliktes mit Liebknecht im Jahre 1893 geben uns keine Veranlassung, auf diese Ausführungen ausführlicher einzugehen.

Nachdem die gesamte Parteivertretung von Groß-Berlin am 23. Oktober nach langer, erfrischer Debatte mit allen gegen einige Stimmen unser Vorgehen billigte und sich mit uns solidarisch erklärte, können wir uns auf das Besagte beschränken. Wir verstehen auch nicht, was die Polemik der sechs gegen die Genossen Luxemburg bedeuten soll, die in den Verhandlungen der letzten Wochen nur eine passive Rolle spielte, insofern als wir darüber verhandelten, ob sie als Mitredakteurin am „Vorwärts“ tätig sein sollte. Ebenso lassen wir das Hereinziehen der Genossen Kauffach und Mehring in diese Erörterung auf sich beruhen. Die sechs verfolgten mit ihrer Taktik nur die Polemik möglichst weit und dreifachzeitig zu gestalten. Das liegt nicht im Interesse der Partei. Wir haben Besseres zu tun, als unfruchtbar gewordene Polemiken ohne zwingende Gründe weiter zu spinnen, als unumgänglich notwendig ist. Der Schluß der Erklärung der sechs schließt sich würdig ihrem Anfang an. Beweislose Verdächtigungen und Anschuldigungen gegen nicht genannte Personen, phrasenhafte Versicherungen, daß man endlich alle Rücksichten allen Freundschaften zum Trotz fallen lasse, weil weitere Rücksichtnahme Verrat an der Partei sei.

Wir gestatten und hierauf die einfache Frage: Wenn es Personen in der Parteileitung gibt, deren unheilvolles Wirken seit Jahren all die von den sechs in den schwarzesten Farben dargestellten Gefahren für die Partei hat, warum haben die tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten sechs nicht schon längst die Rücksichten fallen lassen und sind als Ankläger aufgetreten, um die Partei von diesen Schandbuben zu befreien?

Und warum wagen sie auch jetzt noch nicht, wo sie alle Rücksichten fallen zu lassen erklären, die Namen dieser Schandbuben zu nennen?

Auch das wäre ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen. Jetzt bekommen ihre Anklagen und ihre dunklen, zweideutigen Verdächtigungen den Charakter, daß sie nicht aus edlen Motiven im



Interesse der Partei handeln, sondern nur, um niedrige persönliche Nachgefühle zu befriedigen.

Berlin, den 3. November 1905.

Der Parteivorstand. Die Pressekommision.

### Aus der Partei.

#### Erklärung!

Von der mir seitens des Parteivorstandes und der Pressekommision gegebenen Freiheit, auf die mich persönlich betreffenden Anzeigen der edlen Sechse zu antworten, werde ich erst in einem späteren Stadium der Polemik Gebrauch machen. Ich fasse alsdann alles hübsch zusammen, um meinen Gegnern die verdiente Antwort zu geben.

H. Bebel.

Genosse Wehler sendet uns eine Verichtigung, die wir nach Streichung einiger Bemerkungen, die Angriffe gegen Dritte enthielten, also in eine „Verichtigung“ nicht gehören, zum Abdruck bringen; sie lautet:

Berlin, den 1. November 1905. W. G.! Durch das Dementi des Genossen Bebel in der Nr. 256 unter Parteinachrichten werde ich darauf aufmerksam, daß mich der Bericht über die Generalversammlung für den Kreis Zelow-Weeslow jagt. Bebel und Singer hätten nach Jena erklärt, es sollten keine Veränderungen in der Redaktion vorgenommen werden. Ich habe jedoch in der Versammlung gesagt, Bebel und Singer hätten in Jena entsprechende beruhigende Zusicherungen gegeben und dadurch die in Jena anwesenden Redakteure Eisner und Gradnauer bestimmt, darauf zu verzichten, vor dem versammelten Parteitag die Redaktionsführung der bisherigen Redaktionsmehrheit zu rechtfertigen. Das wird der Genosse Bebel nicht in Abrede stellen können, denn: soweit es den Genossen Singer betrifft, hat es dieser selbst in einem Briefe an uns zugegeben, und soweit es den Genossen Bebel betrifft, ist es ja bereits durch sein Dementi zugegeben, indem er den Ton auf das Wortchen „nach“ legt. Ich wäre auf diese Unrichtigkeit in dem Bericht nicht nochmals zurückgekommen, auch wenn ich sie nachträglich bemerkt hätte, die Dementierung Bebel's zwingt mich jedoch dazu.

Da man außerdem die Gelegenheit benutzte, mir „bewußte Unwahrheit“ vorzuwerfen, weil ich gesagt habe, „der Vorstand“ habe den Genossen Düwels ange stellt, so muß ich auch darauf ein Wort erwidern. Zunächst mache ich dem Vorstand aus der Anstellung Düwels gar keinen Vorwurf; ich habe nur auf den eigentümlichen Umstand hingewiesen, daß man in dem Augenblicke, wo man uns angeblich wegen sachlicher Meinungsverdrehungen entläßt, an uniere Stelle einen Redakteur setzt, mit dem man in einer so wichtigen Frage wie die Taktik beim Bergarbeiterstreik vollkommen auseinandergesetzt.

Daß der Vorstand Düwels „auf eigene Faust“ angestellt habe, habe ich natürlich nicht gesagt, aber daß er ihn angestellt hat, bestreite ich ja Genosse Bebel nicht, und es wäre auch Torheit, es bestreiten zu wollen. Wollte der Vorstand die Mitverantwortung für diese Anstellung ablehnen, dann hätte er, wie der zitierte § 26 des Statuts sagt, die Kontrollkommission anrufen müssen.

Heinrich Wehler.

Darauf antwortet Genosse Bebel, daß er weder nach noch in Jena eine Äußerung gegen Eisner und Gradnauer oder gegen einen derselben getan, wie sie Wehler ihm unterstellt. Also auch jetzt behauptet Wehler eine große Unwahrheit!

Daß Genosse Singer in einem Briefe an Eisner und Genossen zugegeben haben sollte, eine Äußerung wie die ihm (Bebel) unterstellte, zugegeben zu haben, höre er zum erstenmal; er glaube dieses nicht, doch möge Genosse Singer darauf antworten, wenn er es der Mühe wert erachtet.

Auch der zweite Teil der Wehler'schen „Verichtigung“ ist genau so viel wert wie ihr erster. Wehler wurde in Nr. 256 des „Vorwärts“ vorgehalten, daß er in der Generalversammlung des Wahlvereins für Weeslow-Storow-Charlottenburg glatt behauptete, der Vorstand habe Düwels als Redakteur angestellt. Gegenüber dieser Behauptung wurde ihm von uns mit Zug und Recht vorgehalten, daß er wider besseres Wissen verschwiegen habe, daß der Vorstand auf eigene Faust keinen Redakteur anstellen könne, sondern nur mit Zustimmung der Pressekommision.

Statt einfach die Unwahrhaftigkeit seiner Behauptung zuzugeben, drückt er sich um eine klare und bündige Antwort. Die Wehler'sche Nabulistik bestätigt sich wie jede Nabulistik selbst. Was weiter Wehler über die Stellung Düwels zum Bergarbeiterstreik behauptet, hat mittlerweile dieser klargestellt und Wehler gebührend durchgeschickt. Ein weiteres Wort darüber ist unnötig. (Aum. d. Red. Durch ein redaktionelles Versehen ist der Abdruck dieser Erklärung um einen Tag verzögert worden.)

#### Ritter der Wahrhaftigkeit.

„Wir haben es einmal auf uns genommen, den Kampf für die innere Redlichkeit und Klarheit der deutschen Sozialdemokratie weiterzuführen.“ (Aus der Einigung der Sechse auf die Denkschrift des Parteivorstandes und der Pressekommision.)

Die „Münchener Post“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

An einer Polemik gegen meinen Artikel: Zur prinzipiellen Auffklärung (siehe „Münch. Post“ Nr. 244) schreibt der „Vorwärts“:

„Stamper hält es also für möglich, daß es in der Parteipresse Lumpen gibt — anders kann man solche Leute nicht nennen, die die Redaktionsstellen als Brotstellen betrachten, die fähig wären, zur Erhaltung dieser Brotstellen ihre wirkliche Meinung zu unterdrücken. Wir haben eine bessere Meinung von der Parteipresse. Wir meinen, Parteijournalisten sind Leute, die den Ruf haben, um ihrer Ueberzeugung willen, jeder Gefahr, jeder Verfolgung zu trotzen, nicht Leute, die sich bloß dann zu ihrer Ueberzeugung bekennen, wenn sie dafür bezahlt werden.“

Daß es unter den Parteijournalisten Lumpen gibt, die sich scheuen, ihre Meinung frei heraus zu sagen, habe ich bisher nicht für möglich gehalten; wie erklärt es aber die Redaktion des „Vorwärts“, daß der Redakteur Ströbel in einer nicht öffentlichen Sitzung des Vereins Arbeiterpresse am 31. Oktober das Vorgehen des Parteivorstandes getadelt hat und es am 2. November im „Vorwärts“ öffentlich verteidigt?

Friedrich Stampfer.

Es ist eine perfide Verdrehung der Tatsachen, daß ich in der Sitzung des Vereins Arbeiterpresse etwas getadelt habe, was mit meiner Einwilligung im „Vorwärts“ vom 2. November verteidigt worden sei. Ich habe in jener Sitzung nur erklärt, daß es vielleicht besser gewesen sei, wenn Parteivorstand und Pressekommision schon zu Beginn ihrer Beratungen die Redaktion zu einer Aussprache zugezogen hätten, weil dadurch vermutlich den Sechse jede Möglichkeit genommen gewesen sei, sich an einen „formalen Strohhalm“ (diesem Ausdruck gebrauchte ich wörtlich) zu klammern. Ich zog aber sofort in Zweifel, daß dadurch an den Entschlüssen der Ausschüsse irgend etwas geändert worden wäre. Von einer heimlichen Abwägung der Redakteure könne schon deshalb keine Rede sein, da Parteivorstand und Pressekommision durch zahllose Aussprachen Gelegenheit gehabt hätten, den Standpunkt der Redakteure und ihre Rechtfertigungsgründe kennen zu lernen. Das Recht der betreffenden Anzeigen, ihre definitiven Beschlüsse in Abwesenheit der Redaktion zu fassen, könne nicht im geringsten angezweifelt werden. Gewiß sei es sehr schön, wenn jedermann rückwärts keine Meinung jedem Genossen ins Gesicht sage, allein gerade das Vorgehen der Sechse (resp. für, denn Genosse Würtner hatte ja keine Kenntnis von dem betreffenden Beschuß der Erklärung) beweise ja, daß Parteifunktionäre, die so handelten, der Sache der sich Verleztführenden ausgesetzt seien, wie die ganz unmotivierten Attade gegen das ehemalige Pressekommisionsmitglied und jetzigen Korrektionsgenossen Fülle zur Evidenz beweise.

Es ist mir also gar nicht eingefallen, mir das zur Entfesselung des ersten Literatenkandals vorgezeichnete „Prinzip“ der Sechse und ihrer Parteigänger zu eigen zu machen, und mich in irgend welchen Widerspruch zu der in der Nummer des „Vorwärts“ vom 2. November kundgegebenen Redaktionsmeinung zu setzen.

Daß es lumpenhaft ist, seine wirkliche Meinung zu verläugnen, ist seit jeher meine Meinung gewesen, nach der ich stets und überall zu handeln bemüht war. Nicht minder lumpenhaft ist es aber, durch unerschämte Verdrehungen und Entstellungen jemand in der ehrenrührigsten Weise zu verdächtigen.

Heinrich Ströbel.

#### Noch eine Wahrhaftigkeitsprobe.

Die Frankfurter „Volkstimme“ vom 2. November berichtet über eine Versammlung der Berliner Mitglieder des Vereins „Arbeiterpresse“, die sich am 30. Oktober mit der Affäre der sechs „Vorwärts“-Redakteure beschäftigte. Der Bericht erwähnt auch Ausführungen, die ich gemacht haben soll. Ich bedauere jedoch, außerstande zu sein, die Echtheit dieser meiner angeblichen Geistesfinden anzuerkennen.

In dem Bericht wird mit gesperrtem Satz mitgeteilt: „Er (Kautsch) halte das Vorgehen des Vorstandes ja auch nicht für richtig, aber die Absicht war gut.“ (Später erklärte Kautsch durch einen Zwischenruf, daß er das Vorgehen des Vorstandes doch billige.)

In Wirklichkeit habe ich mich dieser Lächerlichkeit in keiner Weise schuldig gemacht. Der Berichterstatter gehörte offenbar zu jenem Häuflein, das fast jeden meiner Sätze mit einem lärmenden Zwischenruf unterbrach und daher nicht in der Lage war, auf den Sinn dessen, was ich sagte, zu achten.

Es ist mir nie eingefallen, das Vorgehen des Vorstandes zu mißbilligen. Ich führte bloß aus, daß ich kein blinder Bewunderer des Parteivorstandes sei und seinen Schritten sehr kritisch gegenüberstehe. So hätte ich auch das lange Ausschleichen seiner Denkschrift schmerzhaft empfunden. Aber wer die Motive des Vorstandes kenne, werde ihn begreifen. Wenn manches in dem Vorgehen des Vorstandes ungewöhnlich erscheine, so sei das aus altem andern eher zurückzuführen, als auf seinen „Herrenstandpunkt“. Wenn er auf dem gestanden hätte, wäre er ohne alle langen Konferenzen rasch zum Ziele gekommen. Diese dienten bloß dem Zweck, eine Lösung zu finden, wie die notwendige Reform des „Vorwärts“ ohne Beeinträchtigung der Beteiligten vollzogen werden könnte. Deshalb und nicht aus irgend welcher schwarzen Heintüde habe der Vorstand zunächst nur beabsichtigt, Würtner und Kautsch auf andere Parteiposten zu versetzen. Seine Absichten waren die besten.

Dies der ungefähre Inhalt dieses Teiles meiner Ausführungen, dem mein späterer Zwischenruf in keiner Weise widerspricht. So bedeutungslos der Vorgang ist, so bitte ich doch, ihn zur Kenntnis der Genossen zu bringen, da unsere jüngsten Erfahrungen lehren, daß jede unwahre Mitteilung über einen von uns sofort als unwiderlegbare Wahrheit festgelegt, kolportiert und gegen uns ausgebeutet wird.

H. Kautsch.

Gegen das vorerwähnte, einseitige Urteil und die Angriffe auf den Parteivorstand seitens der „Volkstimme“ in Magdeburg veröffentlicht der Vorsitzende des dortigen sozialdemokratischen Vereins die Erklärung:

In Sachen der früheren „Vorwärts“-Redaktion und Parteivorstand hat die Parteileitung in Magdeburg wiederholt Beschlüsse gefaßt, wonach das Vorgehen der Redaktion der „Volkstimme“ gegen den Parteivorstand in Berlin nicht gebilligt wird. Trotzdem setzt die Redaktion der „Volkstimme“, entgegen den Beschlüssen der Parteileitung, ihre Polemik gegen den Parteivorstand mit noch größerem Eifer fort und erregt dadurch die Magdeburger Parteigenossen immer mehr.

Zur Verhütung der Parteigenossen erkläre ich, daß eine Stellungnahme der Parteileitung zu dieser Angelegenheit erfolgen wird, sobald der Genosse Vater von einer notwendig gewordenen Reise zurückgekehrt ist.

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg Albert Vater.

Dazu sagt die Redaktion der „Volkstimme“: Wir bemerken zu dieser Erklärung, daß uns von wiederholten Beschlüssen der Parteileitung in dieser Angelegenheit nichts bekannt geworden ist. Nur einmal, am Donnerstag voriger Woche, sind Vorstand, Pressekommision und Ausschuß auf Veranlassung der Redaktion zusammengetreten, um sich schlüssig zu werden, welche Haltung die Redaktion der „Volkstimme“ zu dem leidigen Streite einzunehmen hat. Diese Konferenz beschloß, die Kritik an der Haltung des Parteivorstandes habe zu ruhen, bis die vom Parteivorstand angeforderte Aufklärungsschrift erschienen sei, ein Beschluß, den die Redaktion der „Volkstimme“ strikte befolgt hat.

Die Hamburger Genossen und die Organisation für die Provinz Schleswig-Holstein. Wie schon einige Male mitgeteilt, ist laut Beschluß einer kombinierten Versammlung der drei Hamburger Parteivereine Hamburg aus dem seitherigen Verhältnis zur Provinz ausgetreten. Alle verfügbaren Gelder müßten an die Zentrale abgeführt und von dieser dürften nur Geldmittel an die notleidenden Landesstellen bewilligt werden, damit der Ueberblick über die tatsächliche für die Agitation veranschlagten Gelder nicht verloren gehe. Auf dem vor einigen Wochen stattgehabten Provinzialparteitag wurde ein Beschluß gefaßt, den Versuch zu machen, das alte harmonische Verhältnis mit Hamburg wieder herzustellen. Im zweiten Hamburger Wahlkreis wurde eine Resolution angenommen, wonach empfohlen wird, der Provinz einen bestimmten Jahreszuschuß zu bewilligen, während im ersten Hamburger Wahlkreis kein Beschluß in dieser Richtung zustande kam.

Rieser Stadtverordnetenwahl. Bei der Wahl am Donnerstag, wo noch zwei Stadtverordnete zu wählen waren, erhielten die bürgerlichen Wismarsch-Randbaten 3034 resp. 3084, unsere Genossen Rindfleisch und Lewien 2200 resp. 2188 Stimmen.

Bei der Stadtratwahl in Hühlselid wurde Genosse Aug. Bahre mit 152 Stimmen wiedergewählt; die bürgerlichen Parteien sparten sich unnütze Kosten und verzichteten auf Eintritt in einen Wahlkampf — oder hat man etwa keinen Durchfallskandidaten aufstreifen können?

Zwischen den Zeilen! Genosse Petroses, verantwortlicher Redakteur der „Freien Presse“ in Strahburg, der zurzeit eine viermonatliche Festungsstrafe wegen Verleumdung des Königs von Sachsen verbüßt, ist am Montag von dem Schöffengericht Strahburg wegen Verleumdung einer Firma zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. In der scharf-sinnigen Begründung des Urteils wird ausgeführt, die Verleumdung läge nicht in, sondern zwischen den Zeilen des inkriminierten Artikels. Für strebame Staatsanwälte eine neue Perspektive.

Eine Generalsammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg beschäftigte sich u. a. mit dem Parteitag in Jena. Die Magdeburger „Volkstimme“ hatte dazu zwei absäglich äußernde Artikel gebracht. Das veranlaßte die Pressekommision, folgende Erklärung abzugeben:

„Die Pressekommision erklärt sich mit den beiden in Frage kommenden Artikeln nicht einverstanden. Sie ist aber im übrigen mit der Tätigkeit der Redaktion zufrieden und kann deshalb die Äußerungen des Genossen Vater zu der fraglichen Angelegenheit in der Form nicht billigen.“

Nach längerer Debatte gelangte zur Sache selbst sodann ohne Widerspruch folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 1. November 1905 im „Dreikaiserbund“ tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgebung erklärt sich mit dem Verlauf und den Beschlüssen des Jenaer Parteitages einverstanden und spricht ausdrücklich ihre volle Verurteilung über das Ergebnis dieses Parteitages aus.“

### Stehen Bauernfänger unter dem Schutze der Klassenjustiz?

Auf einem Bau in der Vichterfelderstraße erschien eines Tages der Maurer Paul Schulze, um dort in Arbeit zu treten. Die auf dem Bau beschäftigten Maurer wurden sich sogleich nach dem Eintritt Schulzes darüber einig, daß sie mit ihm nicht zusammenarbeiten wollten. Der Grund dieser Stellungnahme gegen den Neuzutretenden war der, daß mehrere der auf dem Bau Beschäftigten in Schulze einen alten Bekannten sahen, der seiner Gewerkschaft angehört und sich auch schon früher als ein moralisch anrüchlicher Mensch bemerkbar gemacht haben soll. Ihm wurde nachgesagt, er habe Kollegen angepömpelt und sich vor der Bezahlung seiner Schulden zu drücken gesucht. Einem, der den Schulze um Bezahlung mahnte, soll Schulze mit einem Messer bedroht haben. Auch wurde von Schulze behauptet, er habe auf einem Bau Werkzeug gestohlen. Aus all diesen Gründen wollte niemand mit Schulze zusammenarbeiten. Auch nachdem derselbe sich bereit erklärt hatte, innerhalb einer Woche der Organisation beizutreten, bestanden die beteiligten Maurer auf ihrem Verlangen. Sie verteidigten das Zusammenarbeiten mit ihm weniger deshalb weil er nicht organisiert war, als weil er bei ihnen als unmoralischer Mensch galt, vor dem man sich in acht nehmen müsse. Der Beschluß der Maurer wurde dem Polier vorgelesen, der darauf den Schulze entließ. Schulze lief nun eilfertig zur Polizei, um, wie er sagte, den auf dem Bau arbeitenden Maurern „die Sache zu besorgen“. Anfangs wollte man, wie Schulze einem an der Sache nicht beteiligten Zeugen erzählte, auf der Polizei von seiner Denunziation nichts wissen. Der Beamte, der ihn vernahm, sagte mit Recht, es gebe keinen Paragraphen, auf Grund dessen sich ein Verfahren gegen die Maurer einleiten ließe. Schulze hat den Beamten, er möge doch einen Paragraphen suchen. Der Herr fand denn auch einen solchen, von dem er meinte, damit könne die Sache angefaßt werden, aber viel werde es wohl nicht geben. Schulzes Bemühungen hatten democh Erfolg. Die Staatsanwaltschaft nahm sich seiner Denunziation an und die Angelegenheit veränderte sich zu einer Anklage wegen Erpressung. Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und Verleumdung. Die Anklage, die am Freitag vor der dritten Strafkammer verhandelt wurde, richtete sich gegen die Maurer Koffmache, Müller, Bulla, Schmidt und Friede.

Durch die Beweisaufnahme wurde im wesentlichen der vorstehend dargestellte Sachverhalt festgestellt, außerdem aber auch auf die Persönlichkeit des Schulze, zu dessen Schutz die Staatsanwaltschaft das Gericht anrufen hatte, ein bezichtigendes Licht geworfen. Schulze, der bereits wegen Diebstahl, Unterschlagung und Körperverletzung verurteilt ist, hat sich einem Logisologen gegenüber als ein Angehöriger der Kunst der Bauernfänger zu erkennen gegeben und seine Kunst im Kalkspiel demonstriert. Er hat dem Zeugen ein Spiel mit Kennzeichen verschiedener Karten gezeigt und ihm erzählt, daß er mit einem Stumpen in Schankwirtschaften gehe, wo sie beide zuerst mit den Karten des Wirtes spielen, die dann, wenn sie einen Dummen gefunden haben, der geneppt werden soll, mit den gezeichneten Karten, welche Schulze in der Tasche trägt, verwechselt werden. Ferner hat Schulze seinen Kollegen gefragt, wann in dessen Heimat die Jahrmärkte stattfinden und dazu bemerkt, er werde mal mit seinen Karten eine Kunststunde dorthin machen.

Das also ist der Mann, auf dessen Veranlassung fünf Arbeiter auf die Anklagebank wandern müssen, weil sie den Schulze durch Drohung zu bewegen versucht haben sollen, der Organisation beizutreten, wodurch „sie sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen wollten“. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Koffmache, Schmidt und Friede je eine Woche, gegen Bulla, der noch das besondere Vergehen auf dem Herdholze hat, dem Schulze auf dem Bau einige Schimpfworte zugehen zu haben, zwei Wochen Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Müller, gegen den nichts bewiesen werden konnte, beantragte der Staatsanwalt Freisprechung.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine führte aus, daß hier weder ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, noch der Versuch einer Erpressung angenommen werden könne. Letzteres schon deshalb nicht, weil ja die Angeklagten den Schulze gar nicht veranlassen wollten, der Organisation beizutreten. Sie hätten klar zum Ausdruck gebracht, daß sie mit Schulze unter keinen Umständen zusammen arbeiten wollten, ob nun deshalb, weil er keiner Organisation angehörte oder weil er ein unmoralischer Mensch ist, sei gleichgültig. Wäre es den Angeklagten darauf angekommen, den Schulze in die Organisation zu bekommen, dann hätten sie ihm die nachgesuchte Zeit gewährt, damit er seinen Eintritt bewerkstelligen konnte. Das geschah aber nicht, man erklärte vielmehr von vornherein: Wit den arbeiten wir nicht zusammen. Wenn der Staatsanwalt meinte: schon die bloße Aufforderung, einer Organisation beizutreten, sei als eine Drohung anzusehen, dann sollte man doch so ehrlich sein und den Gesetzgeber zur völligen Beseitigung des Koalitionsrechtes aufordern. Des eingehenderen führte dann der Verteidiger aus, daß auch im übrigen die Voraussetzungen des Erpressungsparagraphen nicht zuträfen. — Sollte das Gericht bezüglich des Angeklagten Bulla eine Verleumdung annehmen, so würde eine geringe Geldstrafe ausreichend sein, denn es seien schon Verleumdungen ganz anderer Leute als wie Herr Schulze mit Geldstrafen gesühnt worden.

Rechtsanwalt Goldberg, der den Angeklagten Friede verteidigte, schloß sich den Ausführungen Heines an.

Das Gericht gab dem Antrage des Staatsanwalts statt. Es sprach Müller frei, verurteilte Koffmache, Schmidt und Müller zu je acht Tagen, Bulla dagegen zu zwei Wochen Gefängnis. Gestrichelt auf die Anklage des Poliers, dem der Landdeputierte gesagt hatte, die Maurer wollten nicht mit Schulze zusammenarbeiten, weil er keiner Organisation angehöre, nahm das Gericht an, die Angeklagten hätten versucht, den Schulze durch Drohung zum Eintritt in die Organisation zu veranlassen. Ferner hielt das Gericht für erwiesen, daß Bulla, als auf dem Bau über Schulze gesprochen wurde, gesagt habe: Das ist ein Strohh, der gehört nie einer Organisation an; entweder er läßt sich sogleich aufnehmen oder er geht vom Bau. — Daraufhin kam das Gericht zu der Annahme, daß ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung sowie ein Erpressungsversuch vorliege.

Daß Bulla doppelt so schwer wie die anderen drei Angeklagten bestraft worden ist, das ist die „Sühne“ dafür, daß er den Schulze als Strohh bezeichnete. Die Ehre dieses Mannes ist also recht hoch bewertet worden.

Ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung oder gar einen Erpressungsversuch in dem Vorgehen der Angeklagten zu finden, ist in der Tat, wie der Verteidiger zutreffend andeutete, nur für den möglich, der in der Annahme besungen ist, die Ausübung des Koalitionsrechtes und des Vereinigungsrechtes seitens Arbeiter sei etwas Rechtswidrigen. Dem Verstreben der herrschenden Klasse nach Eroberung der Rechte der Arbeiter entspricht das Urteil in demselben Maße, wie es dem gefundenen Rechteempfinden jedes sozial empfindenden Menschen widerspricht.

### Eingegangene Druckschriften.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Bandes für das Jahr 1906. Taschenrechner für die Verwaltungen und Mitglieder des Bundes. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Reipart. 7. Jahrgang. Preis für Verbandsmitglieder 50 Pf., durch den Buchhandel 1 M. pro Exemplar.  
Neueste Armeekarte. Bearbeitet nach amtlichen Quellen. Preis 50 Pf. — Neueste Armeekarte. Bearbeitet nach amtlichen Quellen. 156. Ausgabe nach dem Stande vom 1. Oktober 1905. Berlin, Richard Schöpper (vorm. Ed. Dörings Erben). Preis 40 Pf.



# Kaufhaus Max Mannheim

Sonntags geschlossen.

Frankfurter Allee 109-112.

Sonntags geschlossen.

## Vorzugs-Preise soweit der Vorrat reicht.

### Seidenstoffe

Louisine u. Taffet, reine Seide, in allen Farben Mtr. **1.35** Wert **1.95 M.** | Louisine, Chinés, ganz schwere Qual. reine Seide Mtr. **1.90** Wert **3.50 M.**  
 Louisine u. Taffet, Schott. m. Atlasstr., blau-grün u. helle Streif. Mtr. **1.90** Wert **3.50 M.** | Echte gewebte Sammete in den allern. Chang-Farb. Mtr. **1.15** Wert **3.00 M.**

### Kleiderstoffe

**Moderne Kleiderstoffe** im Preise bedeutend herabgesetzt

Serie I Mtr. <b>75 Pf.</b> Wert <b>1.25 M.</b>	<b>Zibeline</b> in hochmodernen Karos u. Streifen, 90 u. 110 cm breit Mtr. <b>1.50, 1.20 u. 95 Pf.</b>
Serie II Mtr. <b>95 Pf.</b> Wert <b>1.45 M.</b>	<b>Zibeline-Neuheiten</b> für elegante Kleider und Kostüme, Mtr. <b>3.00, 2.50 u. 2.00 M.</b>
Serie III Mtr. <b>1.25</b> Wert <b>1.75 M.</b>	<b>Kostümstoffe</b> in engl. Geschmack und gezwirnt Mtr. <b>2.75, 2.50 u. 1.45 M.</b>

**Cheviot**, reine Wolle, in allen Farben, 90 u. 110 cm breit Mtr. **1.25, 1.00 u. 75 Pf.** | **Blusenstoffe**, hochmodern, kariert und gestreift Mtr. **1.20, 95 u. 75 Pf.**

**Crêpe**, reine Wolle, in allen Farben, 90 u. 110 cm breit Mtr. **1.25, 1.00 u. 78 Pf.** | **Sammetflanelle u. -Velours** für Matinees, Morgenröcke, Blusen und Kinderkleider in entzückenden Mustern Mtr. **60, 45 u. 35 Pf.**

**Satin-Tuche** Reine Wolle, mattgl. Gew., in viel. Farb., 110 cm br., Mtr. **3.00, 2.50 u. 1.45 M.**

**RESTE**, zu Kleidern, Blusen, Kinderkleidern geeignet, auffallend billig.

### Damen-Konfektion

**Japon-Bluse**, reine Seide, mit Einsatz-Garnierung **3.95 M.** | **Satin-Bluse**, reine Wolle mit Madeira-Stickerel : : : **8.50 M.**  
**Japon-Bluse**, reine Seide, ganz auf Futter, mit eleganter Chiffon-Garnitur **8.75 M.** | **Voile-Bluse**, reine Wolle, ganz auf Futter, mit eleganter Zierstichgarnierung **4.45 M.**  
**Louisine-Bluse**, reine Seide, ganz auf Futter, mit reichen Spitzen-Einsätzen **8.75 M.** | **Kostüm-Rock** ganz in Falten, blau und schwarz Cheviot **10.50 M.**

## Gelegenheits-Posten

ca. 20000 Meter echter **Schweizer Wäsche-Stickerei** in Satin und Mull **Serie I 12 Serie II 25 Serie III 38** Pf. Meter

Abgabe nur in Stücken von 410 bis 420 Meter

Der reguläre Wert beträgt sonst weit mehr als das Doppelte!

**Extra-Angebot!** ca. **1000** Stück

**Makko-Hemden und Hosen** Stück **110** Mark

So lange der Vorrat reicht! Wert sonst a 225 Mark.

**Herren- u. Knaben-Konfektion** Fertige Anzüge, wie nach Maß  
 Eigenes Maß-Atelier. — Akademisch gebildeter Zuschneider.

Neu aufgenommen:

**Schuhwaren** Eigene Reparatur-Werkstätte im Hause.  
 Die Abteilung steht unter Leitung eines bewährten Fachmannes.

**Möbel, Zimmer- u. Küchen-Einrichtungen** Uebernahme von Innendekorationen jeder Art.

Photographisches Atelier.

Erfrischungsraum.

Man verlange **Rabattmarken.**



Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Wien, 1. November 1905.

Dritter Verhandlungstag.

Tomskil eröffnet die Verhandlungen: Die Wiener Arbeiter sind dem Rufe des Parteitag's gefolgt. Der Parteitag des Wahlrecht's hat gestern vor dem Parlament gelagt. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 187 Mandate aus 75 Wahlkreisen vorgelegt worden, darunter 12 für weibliche Delegierte. Alle Mandate werden für gültig erklärt. Vertreter sind die Deutschen durch 79 Delegierte, die Tschechen durch 61, die Polen durch 30, die Ruthenen durch 4, die Slowenen durch 9 und die Italiener durch 4 Delegierte.

Der Parteitag gelangt nunmehr zum nächsten und letzten Punkt seiner Tagesordnung:

Der Generalstreik.

Berichterstatter ist

Dr. Victor Adler: Unter wesentlich anderen Umständen haben wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, als die Umstände sind, unter denen ich über ihn spreche. Vor einem Jahre war der Massenstreik für die österreichischen sowie für alle anderen Sozialdemokraten ein Gegenstand erster, aber wesentlich akademischer Erörterung. Seit 5 Jahren hat sich um diesen Gegenstand nicht nur eine umfangreiche Literatur, sondern auch eine rege, zum Teil aufgeregte Diskussion entwickelt. Die Idee, daß das Proletariat im Massenstreik die Waffe benutzen soll und kann, die ihm die natürlichste ist: daß es die Arbeit niederlegen kann, ist nicht von Theoretikern ausgeht und nicht philosophisch begründet worden, sondern sie liegt dem Proletariat in Fleisch und Blut. Das große Wort: „Alle Mäher stehen still, wenn dein starker Arm es will“ ist nicht von einzelnen Denkern des Proletariats in das Bewußtsein der Masse hineingetragen worden, sondern dieser Gehalt entspricht und entspringt der ökonomischen Funktion des Proletariats in der heutigen Gesellschaft. Es gibt keinen internationalen Kongress, auf dem dieses Kampfmittel nicht erörtert und durch Resolutionen erlegt werden mußte.

Wenn wir vom „Generalstreik“ reden, so ist das eigentlich ein falscher Jungenschlag. Wir meinen immer den „Massenstreik“, nicht als letztes Mittel zur Aenderung der Gesellschaftsordnung, sondern als ein heutiges Mittel für den heutigen Kampf in bestimmten Momenten des Klassenkampfes, mag er sich nun auf politische oder auf wirtschaftliche Forderungen beziehen.

Der Begriff des Massenstreiks hat Wandlungen durchgemacht nicht durch Nachdenken am Schreibtisch, sondern durch die Tatsachen, die wir erlebt haben. Wir haben den Massenstreik in Belgien gehabt und haben 1893 gerufen: Man wird belgisch reden, so wie wir jetzt rufen: Wir werden russisch reden. Wir haben ihn in Belgien mit wechselndem Erfolge erlebt, wir haben ihn in Italien, Holland und Schweden gesehen, er hat sich als Tatsache entwickelt, er ist als Tatsache etwas anderes geworden, er ist von der Absicht, alle Mäher still stehen zu lassen, zu der Tatsache geworden: große Streiks zu veranlassen und durchzuführen an den Stellen, wo sie dem Staat und den öffentlichen Gevälden am empfindlichsten sind.

Man hat darüber gestritten, was aus dem Massenstreik werden kann, man hat die Grenze zwischen Massenstreik und Revolution zu ziehen versucht und behauptet, sie seien dasselbe. Auf dem Papier lassen sich beide Dinge vereinen und auseinanderlegen je nach Bedarf. Aber mit allgemeinen Urteilen kommt man nicht aus. Wir haben den Massenstreik in Italien aus Anlaß der Arbeitermassen gesehen: er wurde mit italienischem Feuer geführt, und doch ist keine Revolution daraus geworden. Wir haben erlebt, wie die Massenstreiks in Rußland und Polen begannen: Zunächst in rein ökonomischer Form um die Regelung der Lohnverhältnisse. Aber die Zeit war reif, das Proletariat konnte seine persönlichen Forderungen von dem allgemeinen politischen Bedürfnis nicht mehr trennen, und die Streiks, die in beschränkter Form begannen, wurden zu großen politischen Streiks, die gewiß in erster Linie zu dem glorreichen Resultat beizutragen, das wir alle jauchend miterlebt haben.

Und nun zu Oesterreich: 1894 hat eine wichtige Bedingung für den Massenstreik gefehlt. Er wäre damals gekommen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache schon vorüber war, er wäre in die Arbeiter hineingetragen worden in einer Zeit, wo ihre großen Massen weder von der politischen, noch von der gewerkschaftlichen Organisation genügend ergriffen waren. Die Massen waren erregt, aber nachhaltige Dauer und Wirkung konnte man dieser Erregung nicht zutrauen. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Seit 12 Jahren sind wir stärker und unsere Gegner sind schwächer geworden. (Lebhafter Beifall.) Und wenn der Erfolg des Massenstreiks davon abhängt, daß das Ziel, das im Augenblick beabsichtigt ist, auch wirklich erreichbar, daß die Erfüllung der Forderung reif ist, so müssen wir sagen: War unser Ziel 1894 reif, so ist es heut überreif. (Stürmischer Beifall.)

Bei alledem gilt es einen nachliegenden, aber mißverständlichen Gedanken zu bekämpfen. Man sagt: Wenn ich den Massenstreik machen kann fürs Wahlrecht, fürs Koalitionsrecht, für den Achtundzest, ja, zum Teufel auch, warum kämpfe ich da für diese Kleinigkeiten, warum kämpfe ich da nicht um Ganze? Dieser Gedanke, der in allen steckt, ist das schwerste Hindernis für die gleichere Anwendung des Massenstreiks. Es sollte aber klar sein: Wenn wir auch eine bestimmte Macht errungen haben, so haben wir doch nicht die Allmacht, und wenn unsere Gegner auch schwächer geworden sind, so ist doch noch ein weiter Weg bis zu ihrer Ohnmacht. (Sehr wichtig!) Wir dürfen nicht vergessen, daß die herrschenden Gevälden anders kämpfen, wenn sie ihr Leben verteidigen, als wenn sie sich gegen die Erfüllung von Forderungen wehren, die sie längst hätten erfüllen können.

Ich sage, der Massenstreik ist aktuell geworden (Stürmischer Beifall.), ich sage das im vollen Bewußtsein, damit auszusprechen, daß die Arbeiterklasse im Begriff ist, eine Summe schwerer Opfer auf sich zu nehmen. Nicht leichtfertig, sondern nach erster Prüfung unserer Gevälden nehmen wir alle diese Verantwortung auf uns. (Lebhafter Beifall.) Der Massenstreik ist ein äußerstes Mittel, aber nur für unseren Entschluß, weil wir dem Proletariat auferlegen müssen zu hungern für sein gutes Recht! Aber der Massenstreik ist nicht das äußerste Mittel in dem Sinne, daß er das letzte Mittel ist! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Geben wir uns darüber keiner Täuschung hin, und wollen wir über die Lehren der Geschichte, der allerältesten wie der allerneuesten, nicht hinwegsehen. Wir wollen uns nicht täuschen, wir haben auch keinen Grund, andere zu täuschen. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir der Arbeiterklasse zurufen, sich bereit zu halten, so tun wir es nicht, weil wir den Massenstreik gern auf uns nehmen. Jeder von uns weiß, welche Gefahr für den Einzelnen, welche Gefahr für die Organisation er sein kann. Aber es gibt Zeiten im Leben der Völker, Momente im Klassenkampf des Proletariats wie jeder anderen Klasse, wo ein Zustand unerträglich geworden ist. Sollten wir in die Lage kommen, nicht nur unser Leben täglich dem Dienste des Proletariats zu widmen, sondern unser Leben auch zu beenden im Dienste dieses Proletariats — nun, ich sage es Ihnen ganz ruhig und ganz nüchtern — in diesem Oesterreich hat sich der Wert des Lebens so sehr vermindert (Stürmischer Zustimmung.), unser Leben ist so vergällt, ist uns so zum Ekel geworden, weil jede Möglichkeit fehlt, menschlich zu leben, daß dieses Leben keine bessere Widmung erfahren kann, als geopfert zu werden, um dem Volke neues Leben, das des

Lebens würdig ist, zu bereiten! (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Sie hören von mir sonst nicht solche Worte. Ich bin ein nüchtern, vielleicht allzu nüchterner Mensch. Aber ich habe eine feste Maxime: In jedem Moment das zu tun, was der Moment notwendig macht — nicht mehr, aber auch nicht weniger! Und wir stehen in einem Moment, wo es nötig ist, alles mit allem durchzugehen. (Erneuter Beifall.) Komme ich aber jetzt zu dem, warum wir eigentlich kämpfen müssen, so ergreift mich ein Gefühl tiefster Beschämung. Warum kämpfen wir? Um das jämmerliche bürgerliche Wahlrecht, um das Wahlrecht, das, wenn wir es haben, nicht mehr ist als die Luft, um darin zu leben, aber auch so notwendig ist wie die Luft, weil wir nur in dieser Lebensluft kämpfen können. Gaben wir nicht in Oesterreich endlich nationale Ordnung zu schaffen, seine Arbeiterklasse kulturell zu entwickeln, die verrottete soziale Gesehung vorwärts zu treiben? Aber wir können nichts machen, ohne über diesen ersten Ball zu stolpern, an diese Mauer zu stoßen. Deshalb müssen wir über diese Mauer! Das Wichtigste ist, daß die Arbeiterklasse weiß, was vorgeht. Gehen Sie zu den Deutschen, den Tschechen, den Italienern, den Slowenen und den Polen, die ja die Nachbarn der russischen Revolution sind, überall werden Sie sehen, die Arbeiter wissen: Es geht etwas vor, was wir nicht gehofft haben zu erleben, es geht etwas vor, was geschichtlich ist, was es uns unmöglich macht, weiter zu leben in der Schande. (Stürmischer Beifall.) Und darum werden wir den Massenstreik machen können, jetzt oder nie! Zwar ist das österreichische Proletariat wohl ein opferfähiges, aber auch ein armes Proletariat. Allein so arm wie wir, sind die Proletarier Rußlands auch. (Stürmischer Beifall.)

Was wir verhindern müssen, ist, daß vorzeitig und überflüssig Kraft vergeudet wird, daß die Leidenschaft an einzelnen Orten überhäuft und die Kraft für den Hauptkampf schwächt. Die Kräfte müssen konzentriert werden mit derjenigen Disziplin, die dem Kampfe die größte Wirkung bringt und den stärksten die geringsten Opfer auferlegt. Und dafür können wir sorgen, weil wir die Erziehung der Arbeitermassen durch die Gewerkschaften haben.

In Deutschland sind Auseinandersetzungen gewesen, ob die Gewerkschaften sich für den Massenstreik entscheiden sollen. Bei uns wird es solche Kämpfe nicht geben. Bei uns sind die Gewerkschaftler Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten Gewerkschaftler, ganz wie in Deutschland, nur mit dem kleinen Unterschied, daß dasselbe gewerkschaftliche und sozialdemokratische Gehirn die gesamte Aktion leitet. Das Proletariat Oesterreichs hat nur eine Maschine, nur ein Organ, wenn es gilt, Lebensnotwendigkeiten für die politische und für die gewerkschaftliche Organisation zu erkämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Die Vorbereitung für den Massenstreik — soll er gelingen — ist, daß gewerkschaftliche und politische Organisationen vorhanden sind. Aber in diesem Sinne sind wir nicht mehr bei der Vorbereitung, sondern bei der Ausübung der Kräfte, die schon angesammelt sind. Wenn wir nächst wieder zusammenkommen, werden wir uns überlegen, wie wir für den nächsten Kampf die Organisation stärker machen. Unsere Organisationen werden jetzt zeigen, was sie können. In zwei Stunden hatten wir in Wien gestern abend die Probemobilisierung. Wird Alarm gelassen, so tut Wien seine Schuldigkeit. Und so wie gestern am Franzensring, wird es auf allen Kampfplätzen ausfallen, die Oesterreich hat. (Lebhafter Zustimmung.)

Nedner verliest folgende Resolution:

Resolution von Punkt 5: Der Massenstreik.

Der Gesamtparteitag stellt auf dem Boden des Beschlusses des Amsterdamer Sozialistenkongresses. Er weist daher phantastische Projekte eines nationalen oder internationalen Generalstreiks zum Zwecke der Aenderung der Gesellschaftsordnung ab, mögen diese Projekte von anarchistischer, „anarcho-sozialistischer“ oder „fundamentalistischer“ Seite ausgehen.

Hingegen erkennt der Parteitag an, daß der Massenstreik in einzelnen großen Betriebszweigen ein äußerstes, aber wirksames politisches Kampfmittel sein kann, das in bestimmten entscheidenden Augenblicken zu klar bestimmten und unangrenzten Zwecken die ganze Kraft der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen vermag, um entweder einen reaktionären Anschlag der Nachhaber auf das politische und ökonomische Recht des Proletariats abzuwehren oder um ihren letzten Widerstand gegen die endliche Gewährung eines längst fällig gewordenen Rechtes des Proletariats endgültig zu überwinden.

In diesem Sinne ist die Bereitschaft zum Massenstreik nicht die Gefährdung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft, sondern eines der schärfsten Mittel, um die Möglichkeit und Sicherheit jeder Art der proletarischen Organisation dauernd zu schützen.

Der Erfolg dieses Kampfmittels hängt von denselben Bedingungen ab wie der jedes proletarischen Kampfes überhaupt: von dem Grade und der Verbreitung des Massenbewußtseins, von der Stärke, der Festigkeit und Einheitslichkeit jeder Form, insbesondere der gewerkschaftlichen Form, der Organisation der Arbeiterschaft und schließlich von der einhelligen, energischen und opferbereiten Durchführung.

Der Parteitag fordert darum die Arbeiter Oesterreichs auf, gerade in diesen Tagen der politischen Krise, die zu jeder Stunde die Notwendigkeit einer einschneidenden Aktion herbeiführen kann, mit verdoppeltem Eifer an dem Ausbau ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu arbeiten, die in der Zeit des Kampfes um so leistungsfähiger sein und ihre Gefahren um so sicherer überdauern wird, je gefesteter und größer sie ist.

Der Parteitag legt die Entscheidung, ob und in welchem Augenblick in den Kampf ums Wahlrecht, dessen Erregung eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat geworden ist, auch mit der Anwendung des politischen Massenstreiks eingezogen werden muß, in die Hände der Vertrauensmänner der Organisationen des Proletariats und weiß, daß sie sich ebenso des vollen Gewichtes der Verantwortung für eine Aktion bewußt sind, die dem Proletariat schwere Opfer auferlegt, als auch der Verantwortung dafür, daß nichts unterlassen werde, was geeignet ist, den Sieg des guten Rechtes der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Dr. Adler schließt: Parteigenossen! Diese Resolution legt Ihren Vertrauensmännern eine große Pflicht auf. Ich vertraue mich in ihrem Namen zu geloben, daß sie diese Pflicht erfüllen werden. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie dafür sorgen, daß das Proletariat in Oesterreich seine Pflicht tut, seine Pflicht tut in diesem Kampfe um unser aller Leben! (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Stein-Wien (Tscheche) empfiehlt in begeisterten Worten, als zweiter Referent, die Resolution für den Massenstreik.

In der Debatte erklärt

Heintich Beer (Metallarbeiter, Wien), daß der Streik gemacht werden muß, weil die Zustände unerträglich geworden sind, in politischer, wie in gewerkschaftlicher Hinsicht. Die Erringung des allgemeinen Wahlrechts ist ein wichtiges Instrument, um weitere Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. In den ausschlaggebenden Industrien (Bergbau, Transportmittel und Lebensmittelindustrie) muß der Hauptschlag geführt werden; in der Metall- und Textilindustrie muß der Streik den Kapitalisten so fühlbar werden, daß sie auf die schwache Regierung drücken. Gehen wir an die Arbeit, bereiten wir den Streik vor. (Lebhafter Beifall.)

Sosnov-Prag (Metallarbeiter, Tscheche) gibt dieselbe Erklärung ab.

Im Namen der Transportarbeiter versichert Jostner-Wien,

daß sich seine Kollegen ausnahmslos dem Generalstreik anschließen werden. (Bravo!)

Für die Bergarbeiter des Reviers Madno gibt Aust (Tscheche) die gleiche Erklärung ab.

Für die Eisenbahner spricht Rudolf Müller-Wien: Auch bei uns gibt es keine besondere gewerkschaftliche, sondern nur eine sozialdemokratische Politik. (Bravo!) Auf uns Eisenbahner laftet eine ungeheure Verantwortlichkeit. Ich kann deshalb nicht so präzisere Versprechungen abgeben wie meine Vorredner. Aber ich kann Ihnen sagen, daß unsere große Organisation im gegebenen Augenblick das geeignete Mittel in Anwendung bringen wird, das dem Mittel, das Sie ausgesprochen haben, wahrscheinlich gleichkommen wird. (Stürmischer Beifall.) Unsere Organisation ist immer mit Ihnen gegangen. In einigen Orten stellen wir direkt die Cadres für die politische Organisation. Kein Beruf hat ein so großes Interesse an der Erringung des allgemeinen Wahlrechts wie gerade wir. Seit vielen Jahren tut die soziale Gesehung für die Eisenbahner absolut nichts. Die Erbitterung unserer Leute ist außerordentlich groß, sie warten nur auf das Signal. (Lebhafter Beifall.) Die Organisation wird alles aufbieten, um die Blinden sehend, die Tauben hörend, die Jaghaften mutig zu machen. Verlassen Sie sich darauf: Wir werden bereit sein. (Stürmischer Beifall.)

Abelheid Bopp: Wir Frauen werden es als unsere Aufgabe betrachten, nicht nur die Arbeiterinnen und den Fabrikanten zu nehmen, sondern auch die Frauen, die in der Heimarbeit und in der Hauswirtschaft tätig sind, aus Hemnissen in begeisterte Mitstreiterinnen der Männer zu verwandeln. (Stürmischer Beifall.)

In gleichem Sinne spricht Genossin Mack aus Prag.

Für die Wiener Holzarbeiter spricht Richter: Wir wissen, daß wir, die wir in Kleinbetrieben arbeiten, keine entscheidende Rolle spielen können. Aber am entscheidenden Tage werden die Wiener Holzarbeiter bis auf den letzten Mann die Werkstätten verlassen. (Stürmischer Beifall.)

Diamant-Lemberg: Wir sind mehr als die Nachbarn der Revolution. Ihre Schlachtfelder sind mit den Knochen unserer Brüder besät. In den russischen Merkern sitzen Genossen aus unserer Organisation. Wir sind ein industriell zurückgebliebenes Land dank unserer Usurpatoren und unserem Adel. Deshalb können wir das industrielle Leben nicht so unterbinden, wie es Ihnen gelingen wird. Aber wir werden diesen Mangel durch unsere Begeisterung und unsere Energie ausgleichen. (Lebhafter Beifall.)

Wühl-Lemberg (Ruthene): Auch mein Volk stellt seine Märtyrer für die russische Revolution. In der Ukraine sind wir tätig, und in Charlow, Pultawa und Zelaerimostlaw ist ruthenisches Blut geflossen. Wir haben dort großen Einfluß, wo ihn die Genossen sonst nicht haben: bei den Landarbeitern und Bauern. Vor zwei Jahren hatten wir einen großen Landarbeiter- und Bauernstreik, der die polnische Schladha auf das empfindlichste traf. Große Agrarstreiks werden wieder ausbrechen, sie fürchten die Schladhagen am meisten. Für den Augenblick werden wir noch andere Mittel anzuwenden, die ich hier nicht nennen will. (Stürmischer Beifall.) Nur so viel: Wir werden die Schladhagen in ihren Häusern zu finden wissen! (Erneuter Beifall.)

Gingr-Währisch-Ostrow, Dolinsel-Trifail (für die slowenischen Bergarbeiter) und Habermann-Pilfen (für die tschechischen Landarbeiter), Pleitner-Germowich, Kristan-Wien (Slovenc), Zitton-Trifail erklären die Bereitschaft ihrer Organisationen für den Massenstreik.

Damit schließt die Debatte.

In seinem Schlußwort bezeichnet Dr. Adler als Zweck der Debatte den Nachweis, daß nicht aus einer plötzlichen Stimmung heraus, sondern nach ruhigen, langjährigen Erwägungen ein Plan beschlossen wird, der bis in alle Einzelheiten durchdacht ist und innerhalb der Grenzen der Kraft des österreichischen Proletariats liegt. Das haben die Worte bewiesen, die wir von den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft der größten Industriezweige und von den Vertretern der Arbeiterschaft aller Provinzen und Nationen gehört haben. Gestern abend haben 600 Vertrauensmänner Wiens einstimmig beschlossen, daß am Tage des Zusammentritts des Parlaments die Arbeit in Großwien ruhen wird. (Stürmischer Beifall.) Und Wien wird an diesem Tage nicht allein bleiben. (Erneuter Beifall.) Sagt jetzt den Genossen im Rande: Der Parteitag hat ernsthaft geprüft, hat mutig beschlossen. An Euch ist es nun, mutig und aufopfernd zu handeln und dafür zu sorgen, daß diese Schlacht für unser Recht zum vollen Siege führe. Den Freunden und den Feinden rufen wir zu, daß wir nicht weichen werden, koste es, was es wolle! (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution für den Massenstreik wird hierauf unter lautem Jubel einstimmig angenommen.

In die Kontrolle der Gesamtparteiüberleitung werden gewählt: Kammann, Kubalek und Frau Schlegelinger-Wien.

Auf Vorschlag der Gesamterleitung werden die Punkte der Tagesordnung: Alters-, Invaliden- und Witwen- und Waisen-Versicherung sowie Militarismus von der Tagesordnung abgesetzt.

Im Namen der Gesamterleitung schlägt Fernerstorfer eine Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht, die der Parteitag an die Völker Oesterreichs erlassen soll, vor.

Das Manifest lautet:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs an das arbeitende Volk aller Jungen Oesterreichs.

Der Jarrismus hat sich vor der Revolution gebeugt. Die Völker Rußlands haben die Despotie besiegt. Die Freiheit ist in Rußland auf dem Marsche. Der Zar hat sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Rußland hat Oesterreich überflügelt.

Aber auch der König von Ungarn hat das allgemeine Wahlrecht in sein Programm aufgenommen. So stehen die Völker Oesterreichs zwischen dem schon erkämpften allgemeinen Wahlrecht in Rußland und dem versprochenen allgemeinen Wahlrecht in Ungarn auf der einen Seite und dem allgemeinen Wahlrecht des Deutschen Reiches auf der anderen Seite mittendrin, besetzt mit einem Parlamente, dessen Grundanlage die Kurienstände, eine unenträglich Form der politischen Ungerechtigkeit ist. Dieser Zustand ist nicht mehr zu ertragen. Wir fragen: Ist das arbeitende Volk Oesterreichs mindwertiger als das Proletariat Rußlands und Ungarns? Soll das bittere Unrecht, das die Völker Oesterreichs nun 38 Jahre lang gedrückt hat, noch weiterbestehen? Sollen wir nicht allein den Völkern des Westens, sondern sogar denen des Ostens zum Gespötte dienen? Haben wir nicht so viel Kraft in uns, den Schweiß nach Recht, den wir unablässig erhoben haben seit Jahrzehnten, nun endlich in die Tat umzusetzen? Sollen wir uns noch länger den Uebermut der kopflösen Staatsmänner und hülflosen Parteiführer einer unfähigen Bourgeoisie gefallen lassen?

Nein, arbeitendes Volk in Oesterreich, Deine Geduld ist zu Ende. Wir wollen nichts mehr von Verströngungen und Hinhalten wissen. Wir verlangen unser primitivstes Recht in kürzester Zeit. Wir wollen anerkannt werden als gleichwertige Staatsbürger, der Kurienwahlrecht darf kein neues Parlament mehr gebären. Wir fordern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von der Regierung und dem Parlamente. Wir fordern es als unser Recht und als die erste Lebensnotwendigkeit Oesterreichs und seines geistigen und wirtschaftlichen Fortschrittes.

Arbeitendes Volk! In dem großen weltgeschichtlichen Augenblick, den wir eben mit erleben, eröffnen wir den neuem den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.



Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner. Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbittlichen Krieg an. Arbeitendes Volk, auf zum Kampfe! Auf zum entschlossenen Kampfe, der nicht früher beendet werden kann, bis wir im Siege nach Hause tragen

### Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!

Dieses Manifest wird vom Parteitag mit Begeisterung angenommen und einstimmig gutgeheißen.

Bernerkerker gedenkt der Opfer der russischen Revolution, zumal der namenlosen Helden aus dem Volke, deren Menschlichkeit verborgen unter Plündern war. Unser treuestes Andenken gilt diesen unseren großen, lieben Vorkämpfern im Kampfe um Freiheit und Recht!

Der Parteitag hat sich von den Plätzen erhoben und bricht in minutenlangen Weisfall aus.

Nach einer Rede **Senkups**, die gleichfalls den Märtyrern gilt, singen die Tschechen ein altslawisches Freiheitslied.

Vorsitzender **Tomshid** schließt den Parteitag mit dem Rufe: Genossen auf zum Kampfe! Die Deutschen singen den ersten Vers des Sozialistenmarsches, die Slawen die „Nöte Fahne!“ Dann schließt ein dreimaliges Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht die Verhandlungen.

## Der französische Parteitag.

Chälön-sur-Saône, 31. Oktober.

Dritter Tag, Vormittags 9 1/2 Uhr.

Vorsitzender **Delory** teilt mit, daß vor der Sitzung eine Konferenz der leitenden Genossen, Guesde, Jaurès, Bailant u. a., stattgefunden habe, die sich über die Streitfrage geeinigt hat. In ihrem Namen macht **Delory** folgenden Vorschlag: Nach Erledigung der Debatte ist eine Kommission von 33 Mitgliedern zu ernennen auf der Grundlage von 1 Vertreter pro 10 Mandate. Die Kommission wird zur Aufgabe haben, eine Resolution abzufassen, die geeignet wäre, vom Kongreß einstimmig angenommen zu werden. Um aber doch die zahlenmäßige Stärke der beiden gegenläufigen Meinungen kennen zu lernen, soll die Kommission nach Anhörung der Föderationsvertreter ein vollständiges Resümee der Meinungen der Föderationen im Plenum vorbringen. Dieses Verfahren könne beide Seiten befriedigen. Man werde die Stärke der verschiedenen Meinungen kennen, wie es unsere Freunde (Guesdisten) wünschen, ohne aber ein Votum des Kongresses für und wider die Resolution **Cachin** herbeizuführen.

**Delorys** Vorschlag wird angenommen.

In Fortsetzung der Debatte über die Wahlaktive sprechen noch zahlreiche Vertreter der Föderationen, die sich noch nicht geäußert haben.

Nachmittags-Sitzung, 3 1/2 Uhr.

Die Wahlaktive-Kommission hat ihre Arbeiten noch nicht beendet. Man schreitet daher zunächst zur Beratung „verschiedener Anträge“. Es werden u. a. angenommen: 1. Ein Antrag „Veröffentlichung der Enquete über die Repeleien von Limoges“. 2. Veranstaltung einer Geldsammlung zugunsten der russischen Revolution. 3. Ein Protest gegen die Verfolgung der Arbeitssörben und der „Konföderation der Arbeit“. 4. Ein Antrag zugunsten der organisatorischen Annäherung zwischen der sozialistischen Partei, der gewerkschaftlichen Konföderation der Arbeit und der Genossenschaftsorganisation wird nach längerer Debatte teils dem Nationalrat zur Durchführung des sofort Durchführbaren, teils dem nächsten Parteitag zur Beratung überwiesen. 5. Ein Protest gegen die willkürliche Inhaftierung und gerichtliche Verfolgung des Anarchisten **Malato** wird ohne Debatte unter Weisfall beschlossen. 6. Ein Antrag zugunsten der künstlichen „Esperanto“-Sprache (im Interesse der Pflege internationaler Beziehungen) erregt die Heiterkeit des Kongresses. Die Kommission beantragt und erlangt Uebergang zur Tagesordnung. 7. Ein Antrag zugunsten der Gewährung von Alterspensionen an die ländlichen Arbeiter in der gleichen Höhe wie an die städtischen, ferner zugunsten der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die ländlichen Arbeiter, wird nach kurzem Meinungsaustausch angenommen. 8. Ein Antrag zugunsten der Durchsetzung des Eisenbahnerstreichgesetzes im Senat wird angenommen.

Ein Begrüßungsschreiben ist von den sozialistischen Briefträgern der Stadt **Rimes** eingelaufen. (Weisfall.) Da der Wahlaktive-Kommission ihre Arbeiten noch immer nicht beendet hat, wird zur Beratung der

Achtstundensfrage und Maifeier

geschritten. Berichterstatter **Bron**, Sekretär der Arbeitssörbe von **Cette**, bemerkt kurz, daß die Frage keinerlei Meinungsverschiedenheiten erregen könnte. Die Resolution der Kommission brauche nicht weiter begründet zu werden. Die Resolution erinnert daran, daß die sozialistische Partei von jeher, schon seit der ersten Internationale den Achtstundentag nicht einem Lohnminimum verlangt und zu diesem Zweck die Maifeier eingeführt hat. Weiter heißt es in der Resolution: „Die sozialistische Partei bezeichnet mit Genugtuung die große gewerkschaftliche Bewegung zugunsten jenes Teiles des Parteiprogramms und denkt, daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich nach den Beschlüssen der Gewerkschaften ihres Berufs und der „Konföderation der Arbeit“ richten werden. Angesichts der Verfolgungen, die gegen die Arbeitssörben gerichtet sind, beauftragt der Kongreß die Parteivertreter im Parlament, die Arbeiterinteressen und Gewerkschaftsfreiheiten zu verteidigen und jedem Versuch, die Achtstundensbewegung zu ersticken, sich entgegenzusetzen. Die Partei rechnet gleichfalls darauf, daß ihre Erwählten ihre Bemühung fortsetzen werden, den öffentlichen Gewaltigen die Verwirklichung des Achtstundentages und eines wöchentlichen Ruhetages zu erzwingen. Die sozialistischen Gemeinderäte werden daran erinnert, daß sie mit gutem Beispiel voranzugehen haben, indem sie diese Reform auf kommunalem Gebiete verwirklichen. Die sozialistischen Abgeordneten werden beauftragt, die Verallgemeinerung des Achtstundentages in allen Betrieben des Bourgeoisstaates und für alle Arbeiter zu fordern. Andererseits aber erinnert die sozialistische Partei, eine Revolutionspartei, die Arbeiter daran, daß sie wahrhaft frei sein werden nur dann, wenn sie durch die Expropriation der letzten Klasse sich aller Produktions- und Austauschmittel bemächtigt haben, um so dem Lohnarbeitssystem ein Ende zu setzen.“

In der kurzen Debatte wünscht **Jacques** die Berücksichtigung der nächsten Etappe des Achtstundentages und verweist auf die vielen Durchführungen des Achtstundentages von 1900. — **Lauche** betont die vorwiegende Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes für den Achtstundentag. Das Parlament hat seit 1878 nichts in dieser Richtung getan, so lange die Gewerkschaften nicht einen Druck von außen geübt haben. — **Albert Thomas** kommentiert unter Weisfall die einzelnen Absätze der Resolution und empfiehlt ihre einstimmige Annahme, wie sie auch in der Kommission einstimmig angenommen worden ist. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die Agitation.

Zu diesem Punkt begründet **Radi** in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer besseren Agitation als bisher, ganz besonders in den Gegenden, die keine eigenen sozialistischen Deputierten haben. Nachdem noch ein paar Redner gesprochen haben, wird zur Beratung der Agitationsfrage eine Kommission gewählt.

Dritter Tag, Abendsitzung, 9 Uhr.

Der Kongreß beschließt einen Protest gegen die Verfolgung der Volksschullehrer-Gewerkschaft des Seine-Departement durch die Regierung.

Vorsitzender **Delory** beantragt, die Wahlaktive-Kommission noch mit der Vorbereitung der Kandidatenliste für den ständigen

Parteitag zu betrauen. Dieser Antrag erregt eine längere Debatte, die — wie es in den Abendstunden so oft der Fall ist — einen heftigen, lärmenden Charakter trägt. Abgeordneter **Walter** erklärt zur Beruhigung des Kongresses, daß der bisherige ständige Parteitag ja wohl wiedergewählt werden würde. Ein Delegierter verlangt, daß wenigstens die einzige im bisherigen Ausschuß valante Stelle durch einen gewerkschaftlich organisierten Handarbeiter besetzt werde. Dieser Wunsch wird vom Kongreß der Wahlkommission zur Berücksichtigung überwiesen. **Delorys** Antrag wird endlich angenommen.

Abgeordneter **Lassalle-Ardennen** verlangt namens seiner Föderation, daß **Hervé** wegen seiner bekannten antiparlamentarischen Theorien in den neuen Parteitag nicht wiedergewählt werde. Vorsitzender **Delory** erhebt sich gegen dieses Verlangen im Namen der in den Parteistatuten verbürgten Meinungsfreiheit der Parteimitglieder.

**Lafargue** bemerkt, daß die Ardennen-Föderation heute, wo **Hervé** wegen der antimilitaristischen Propaganda unter gerichtlicher Verfolgung steht, ihren Antrag gewiß nicht gestellt hätte. (Weisfall.) Abgeordneter **Lassalle** erklärt, er persönlich teile die Ansicht seiner Föderation nicht. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Die Agitation.

**Grados**, Berichterstatter der Kommission beantragt eine Reihe Vorschläge zwecks besserer Organisation der Agitation. Die wichtigsten sind: 1. Die Föderationen, die keine eigenen Deputierten haben, sind berechtigt, die rednerische Mitwirkung eines jeden der Deputierten mindestens einmal im Laufe der Legislatur zu beanspruchen. 2. Schaffung einer speziellen Agitationsklasse durch Erhöhung des Preises der Monatsmarke von 3 auf 5 Cts.

Es entspinnt sich eine eingehende und ruhige Debatte, in der namentlich die finanziellen Schwierigkeiten, die Hindernisse für die Erhöhung der Beiträge hervorgehoben werden. Mehrere Redner befürworten die Verweisung der Vorschläge an den nächsten Parteitag.

**Grados** antwortet, daß die Beitragserhöhung für jedes Parteimitglied eine Mehrausgabe von bloß 16 Cts. (13 Pf.) im Jahre bedeuten würde!

Weiter wird noch die technische Seite besprochen, wobei ein Delegierter den Kleinen Zusammenkünften den Vorzug vor den lösspieligen Versammlungen der großen Redner gibt. Der Vertreter der Var-Föderation teilt den Wunsch derselben mit, die Beiträge herabgesetzt zu sehen.

**Dubreuilh** faßt die Gründe für die Beitragserhöhung zusammen und beantragt eine Resolution, in der die Erhöhung den Föderationen empfohlen wird und sie eingeladen werden, ihre Meinungsäußerungen binnen der nächsten zwei Monate dem Parteitag bekannt zu geben, damit der Nationalrat in seiner Plenarversammlung im Januar einen festen Beschluß fassen könne.

Die Resolution **Dubreuilh** wird angenommen.

Ein Antrag der Seine-Föderation, den Parteierwählten zu verbieten, sich ins Präsidium der Vertretungskörper wählen zu lassen, falls die Partei nicht über die Wechheit der Mandate verfügt, wird dem Nationalrat zwecks Veranstaltung einer Umfrage bei den Föderationen überwiesen.

Schluß der Sitzung: Mitternacht.

Vierter Tag, Vormittag 9 1/2 Uhr.

Wahlaktive.

Die Kommission hat ihre Arbeiten um 3 Uhr nachts beendet!

**Grades**, Berichterstatter der Kommission, gibt zunächst die zahlenmäßige Verteilung der Meinungen der Föderationen: In bezug auf den ersten Wahlgang: für die Resolution **Cachin** 153 Mandate in 29 Föderationen, für die Resolution **Bailant** 115 Mandate in 31 Föderationen. In bezug auf die Stichwahlen: für die Autonomie der Föderationen ohne weiteres 131 Mandate in 26 Föderationen, für die Autonomie mit dem Hinweis, daß jedes Bündnis mit den Reaktionsären verboten ist, 12 Mandate und 1 Föderation, für die Autonomie mit einem Hinweis zugunsten eines republikanischen Verhaltens 34 Mandate in 8 Föderationen, für die obligatorische Zurückziehung der Kandidaten zugunsten der Republikaner 73 Mandate in 16 Föderationen, für dieselbe Zurückziehung nebst Verpflichtung der republikanischen Kandidaten auf bestimmte Forderungen 9 Mandate in 5 Föderationen, für die schlichte Zurückziehung ohne Empfehlung dieses oder jenes bürgerlichen Kandidaten 31 Mandate in 4 Föderationen; für die Resolution **Revelin** 4 Mandate in 1 Föderation, für dieselbe Resolution im Falle, wenn die Kommission zu keinem einstimmigen Beschluß kommen sollte, 47 Mandate.

In bezug auf die Senatswahlen: 224 Mandate in 46 Föderationen für die Beteiligung, 17 Mandate in 4 Föderationen gegen, für die autonome Entscheidung der Föderationen 7 Mandate in 1 Föderation.

Die Kommission ist zu einem einstimmigen Beschluß in allen Fragen gelangt. Sie schlägt dem Kongreß folgende Resolutionen vor:

Zum ersten Wahlgang:

„Der Parteitag erklärt es für die Pflicht der sozialistischen Partei, im ersten Wahlgang überall Klassenkandidaturen aufzustellen und überall die Wahlaktive zu organisieren. Die Partei, die Föderationen und die Sektionen sind also gehalten, den Wahlkampf gegen die Bourgeoisie nach Maßgabe ihrer materiellen und moralischen Mittel auszuweiten und zu verallgemeinern. Einzig der Mangel an Mitteln und mit dem Vertrauen der Partei ausgestatteten Propagandisten kann ein Grund sein, in gewissen Wahlkreisen provisorisch und lokal auf die Wahlaktiven zu verzichten. Die Sektionen, die Wahlkreiscommittees und die Föderationen bleiben, gemäß den Artikeln 11 und 12 der Statuten, mit der Ernennung der Kandidaten betraut sowie mit der Organisation des Wahlkampfes überall, wo dieser nicht unmöglich ist. In den Wahlkreisen und Departements, wo weder Gruppen noch Föderationen existieren, sind mit der Annahme dieser Resolution der Nationalrat und der ständige Parteitag beauftragt. Die Kandidatenlisten stehen, sind verpflichtet, soweit als möglich persönlich und aktiv in die Wahlagitacion einzugreifen. In allen Wahlkreisen, wo die Kandidaturen vom Nationalrat aufgestellt worden sind, haben die Kandidaten die in Artikel 45 der Statuten vorgesehenen Verpflichtungen (Beobachtung der Parteiprinzipien und der Parteitagbeschlüsse) zu unterzeichnen. Außerdem haben sie dem Sekretariat im Hinblick auf die Stichwahl im voraus die schriftliche Erklärung ihrer Zurückziehung einzureichen, wobei die Partei nötigenfalls diese Erklärung wird motivieren können.“

Zur Stichwahlfrage:

„In Erwägung, daß jede Wahlaktion wie jede andere Aktion einer Klassenpartei, wie es die sozialistische Partei ist, freis im ersten wie im zweiten Wahlgang sich ausschließlich nach dem höheren Interesse der von ihr vertretenen Klasse sich zu richten hat, deren Befreiung sie erstrebt, in Erwägung, daß die Klassenaktion des Proletariats verknüpft ist mit der Aufrechterhaltung und der Entwicklung der politischen und ökonomischen Freiheiten, in Erwägung, daß unter der Bedingung der Aufrechterhaltung und Entwicklung der Republik die Befreiung der Arbeiter in der Hand der Arbeiter selbst liegen wird, wenn sie endlich lernen, die Republik für ihre Organisation und Emanzipation zu benutzen, überläßt es der Parteitag vertrauensvoll den Föderationen, dafür zu sorgen, ihre Haltung im zweiten Wahlgang zum Wohle und im Interesse des Proletariats und der sozialen Republik zu bestimmen.“

Resolution zu den Senatswahlen: „Die sozialistische Partei, die gewillt ist, ihre Propaganda- und Organisationsstätigkeit in der Form des Wahlkampfes auf allen Gebieten zu unternehmen, beschließt, sich durch Kandidatenaufstellung an den Senatswahlen wie an allen anderen Wahlen zu beteiligen.“

Zur Frage des Wahlmanifestes:

„Der Parteitag beschließt, daß ein allen Parteikandidaten gemeinsames Wahlmanifest für die Kammerwahlen 1900 notwendig

ist. Dieses Manifest ist von den Föderationen in allen Wahlkreisen anzuschlagen. Mit seiner Abfassung sind der Nationalrat und der ständige Parteitag beauftragt. Das Manifest ist mindestens drei Monate vor den Wahlen zu veröffentlichen. Es wird zu betonen haben das, was die sozialistische Partei von allen anderen politischen Parteien scharf unterscheidet, die sämtlich in gleicher Weise das kapitalistische Eigentumsystem beibehalten wollen, das die sozialistische Partei im Gegenteil vernichten und durch das gesellschaftliche Eigentum ersetzen will.“

Die Resolutionen werden ohne Debatte einstimmig angenommen. Das Votum der Wahlaktive-Resolution wird von „Grados“-Rufen und Händeklappen begleitet.

Hierauf entspinnt sich eine längere Debatte über die Wahlen des ständigen Parteiausschusses. Die Kommission schlägt vor, außer den 22 effektiven Mitgliedern noch eine Anzahl Erfahrmänner zu wählen, die im Laufe des nächsten Jahres die im Ausschuß entstehenden Lücken auszufüllen haben. Solche Lücken sind namentlich vorzusehen im Gefolge der Kammerwahlen 1900, in denen einige Ausschußmitglieder in die Kammer gewählt werden dürfen und deshalb statutenmäßig den Ausschuß verlassen müßten.

Der Vorschlag wird angenommen.

Zur Resolution **Cambier** gegen die sozialistischen „Renegatenkandidaturen“ beantragt die Kommission, sich damit zu begnügen, unter Hinweis auf die Stichwahl-Resolution, es den Föderationen vertrauensvoll zu überlassen, die Vertreter an den Interessen des Proletariats in den Wahlen gebührend zu bekämpfen. — **Cambier** protestiert und verlangt Abstimmung über seine Resolution, die die Föderationen verpflichtet, unter allen Umständen in den Stichwahlen sich niemals zugunsten der Renegaten zurückzuziehen. Nach kurzer Debatte wird die Resolution **Cambier** angenommen.

Zum Sitz des nächsten Parteitages wird **Limoges** gewählt, der Schauplatz der letzten Arbeitermeiße.

Nach Erledigung einiger weiteren Wünsche wird der Kongreß mit einer kurzen Schlussrede des Vorsitzenden, der auf die gefestigte Einigkeit hinweist, geschlossen.

Das Ergebnis der Ausschuwahlen wird wegen der drängenden Zeit in der Presse veröffentlicht werden. Schluß des Parteitages 11 1/2 Uhr.

Anlässlich der Zeitungsnachrichten über die Zusammenziehung deutscher Truppen an der russischen Grenze hat der Parteitag auf den Antrag von **Gustave Hervé** folgende Resolution angenommen:

„Die französische Sektion der Arbeiter-Internationale ladet die anderen Sektionen der Internationale ein, dafür Sorge zu tragen, daß die entsprechenden Landesregierungen in keiner Weise versuchen, durch eine bewaffnete Einnischung die von der russischen Sektion der Internationale geleitete revolutionäre Bewegung zu durchkreuzen.“

Ergebnis der Ausschuwahlen: Die bisherigen 21 Mitglieder des ständigen Parteiausschusses wurden wiedergewählt, und die erledigte Stelle des 22. Mitgliedes (früher war es **Biviani**, der aber infolge des Falles **Hervé** demissioniert hat) durch **Lauche**, Sekretär der Medailler-Gewerkschaft, besetzt. — Der Ausschuß ist zusammengesetzt wie folgt: **Alemanc**, **Grades**, **Camelinat**, **Chaudin**, **Cherchewski**, **Dubreuilh**, **Grouffier**, **Guesde**, **Hervé**, **Lafargue**, **Labaud**, **Laudrin**, **Lougnet**, **Lauche**, **Martin**, **Pedron**, **Thomas**, **Renaudet**, **Revelin**, **Roland**, **Rollin** und **Willm**.

Außerdem wurden 7 Erfahrmänner gewählt, die im Laufe des Jahres entstehende Lücken auszufüllen haben.

## Gerichts-Zeitung.

„Akademische Freiheit? In dem Kampfe um die sogenannte akademische Freiheit hatte der ehemalige Jesuit und Reichstagskandidat **Graf von Hoensbroech** gegen die katholischen Studentenverbindungen Stellung genommen. **Freiherr Dr. von Salvisberg** hatte diese Stellungnahme als höchst einseitig in den „Hochschulnachrichten“ kritisiert. In der „Tägl. Rundschau“ erwiderte **v. Hoensbroech** mit einer Reihe lediglich persönlich beleidigender Redewendungen. **D. v. Salvisberg** forderte darauf „kavaliermäßige Satisfaktion“. Die letzte der **Graf** nach einiger Zeit ab. Die Parteien trugen darauf ihre Ansichten in der Form von Klage und Widerklage wegen Verleumdung dem Münchener Schöffengericht vor. Dies beurteilte vorgestern den **Grafen** zu 100 M. Geldstrafe und wies die gegen den **Freiherrn** gerichtete Widerklage ab. — Rette Freiheitkämpfer! Der eine befreit unter dem Kampffuß „für akademische Freiheit“ den katholischen Studenten das Recht, sich in katholischen Vereinen zusammenzutun, der andere will falsche Ansichten durch Duell und Gericht beseitigen. Wir gönnen den bürgerlichen Parteien solche Kämpfer. Erinnert sei daran, daß der ehemalige Jesuit **Graf von Hoensbroech** es war, der unmittelbar vor Stumm in der **Harbenschken** „Zukunft“ ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter forderte. Beseitigung des Wahlrechts, Expropriation der Führer der Sozialdemokratie und einen Staatsstreich zur Beseitigung des Wahlrechts verlangte er bereits im Jahre 1894 in einem längeren Artikel der „Zukunft“.

Wegen fehlerhafter Tötung eines Landarbeiters wurden am 11. März vom Landgerichte Halberstadt der Landwirt **Gustav Wehse** und der Maschinenführer **Otto** zu einer Woche bzw. drei Monaten Gefängnis verurteilt. **W.** hatte von dem Maschinenbesitzer **H.** eine Dreschmaschine mit Strohpresse gemietet. **Otto** nebst zwei anderen von **H.** gestellten Arbeitern besorgten die Maschine, während die übrigen Arbeiter von **Wehse** gestellt wurden, der das Dreschen selbst leitete. Am 30. August v. J. ließ **Wehse** unter Zustimmung **Ottos** den Arbeiter **Grosche** auf den Dreckschiffen steigen, weil sich das Stroh zusammenwirbelte statt herunterzufallen. **Grosche** kam der Maschine zu nahe und wurde getötet. — Beide Angeklagte hatten Revision eingelegt; sie wurde vorgestern als unbegründet vom Reichsgerichte verworfen.

Im November 1890 verlangte der deutsche Kaiser im Landesökonomikollegium von den Grundbesitzern, mehr Sorgfalt auf Verhütung von Unfällen zu verwenden. Alsbad darauf legte das Reichs-Versicherungsamt Normal-Unfallberühmungsbedingungen für die Landwirtschaftsbetriebe vor. Mit lebhaftem Eifer, und leider auch mit Erfolg, verwendeten die konservativen und freikonservativen Parteien sie im Reichstage unter Führung des Herrn **Gamp** gegen die angeregten Unfallberühmungsbedingungen. Die Zahl der auf landwirtschaftlichen Betrieben vorgefallenen Unfälle hat sich seit der Zeit ungeheuer vermehrt. Wann endlich werden die von der Sozialdemokratie zum Schutze von Leben und Gesundheit der Landarbeiter so oft erhobenen Forderungen in die Tat umgesetzt werden? Nicht mit Bestrafung an der Verunglückung Schuldiger, sondern nur mit möglichster Verhütung von Unglücksfällen kann der Arbeiterklasse gedient sein.

Witterungsbericht vom 3. November 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Emmende	754	SO	4 bedekt	8	Habaranda	771	W	2 bedekt	—0
Damburg	753	SO	4 bedekt	7	Vetersburg	768	NO	1 bedekt	4
Berlin	755	SO	2 Regen	7	Seiffa	748	SO	4 bedekt	9
Kronf. a. M.	758	SO	1 wolfig	7	Aberdeen	754	SO	3 bedekt	9
München	760	SO	3 Regen	3	Paris	755	SO	3 bedekt	8
Wien	759	NO	1 wolfig	6					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 4. November 1905. Nachts etwas kühler, am Tage mild und vielfach heiter, zeitweise neblig bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 4. November.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus.** Rigaros Hochzeit. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Daniel und Gretel. Die Puppenfee.  
**Schauspielhaus.** Prinz Friedrich von Homburg.  
**Neues.** Ein Sommernachtstraum. Wehen. La Traviata. Nachmittags 3 Uhr: Die Witze von Tomwood.  
**Deutsches.** Das Kästchen von Helibrom.  
**Berliner.** Rindito.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der Traum ein Leben.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Flachsmann als Erzieher.  
**Leistung.** Stein unter Steinen. Zentral. Die Geisha.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Die Räuber. Neidens. Der Brinngemahl. Kleines. Halka.  
**Trianon.** Der letzte Troubadour. Lustspielhaus. Die heilige Sasse. Thalia. Bis früh am Tage!  
**Carl Weiß.** Faust.  
Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen. Luffen. Die Kinder der Gyzellen. Deutsch-Amerikanisches. Uder. Herr Herzog!  
**Metropol.** Auf - ins Retropol! Rindito. Das Opferlamm.  
**Apollo.** Frau Luna. - Spezialitäten.  
**Walhalla.** Eine tolle Nacht. Herrfeld. Die Wegerhaind.  
**Wintergarten.** Anne Dancrey. Dera. - Spezialitäten.  
**Folies Caprice.** Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. - Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Vassage.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. Spellerinis Alpen- und Wästenfahrten im Ballon.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Stromwärme.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM** Friedrichstr. 105.  
**Joëls Traum.** !! Pompeji !! Die Ehre des Vaters! Restaurant: Original Nürnberger Sänger.  
**Trianon-Theater.** Zum erstenmal: Der letzte Troubadour. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfack und Pierre Jéber. Deutsch von Alfred Palm. Anfang 8 Uhr.  
**Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr: Der Familientag.  
**Residenz-Theater.** Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Brinngemahl. Lustspiel in 3 Akten von L. Kancol und J. Gancel. Deutsch von Wilhelm Thal. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Herkulespfeilen.  
**Carl Weiß-Theater.** Dr. Frankfurterstr. 132. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Dornröschen. Abends 8 Uhr: D. Vorstellung des Volks- und Schauspiel-Theaters: Faust. 1. Teil. Tragödie von W. v. Goethe. Sonntag und folgende Tage: In Berlin ist was los.  
**W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Hill. Dramenstr. 10. Extra-Elite-Vorstellung. Nora oder: Ein Puppenheim. Schauspiel in 3 Akten von H. Ibsen. Deutsch von A. Engerer. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Sonntag: Stadt und Land.

### Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92.  
Neu einstudiert, zum erstenmal:  
**Kiwito.**  
Lustspiel in vier Akten von F. Bonn. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntag und Montag: Kiwito. Sonntag nachm. 3 Uhr: Andalusia.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Hidalla.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Montag: Der zerbrochene Krug. Abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

### Zentral-Theater

3 1/2 Uhr: (Schauspiel d. Löwe-Ensembles.) Die Räuber.  
Abends 8 1/2 Uhr: Geisha.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Sonntag nachmittags: Die Schutze. Sonntag abends: Faust. Montag: Simon.

### Apollo-Theater.

9 1/2 Uhr: Die neuen Attraktionen des November-Programms mit Mlle. Deberio. Chantouse fantastique. Vorher 8 Uhr:  
**Frau Luna** von Paul Lincke. Sonntag, 5. Nov., nachm. 3 Uhr: Frühlingsluft u. Spezialitäten.

### Metropol-Theater

Zum 57. Male:  
**!Auf - in's Metropol!**

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
**Walden a. D.** x Giampietro Bender x Josephi x Massary Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter  
Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

### Urania

Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr: Spellerinis Alpen- und Wästenfahrten im Ballon.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Stromwärme.

### Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM** Friedrichstr. 105.

### Joëls Traum.

!! Pompeji !!  
Die Ehre des Vaters!  
Restaurant: Original Nürnberger Sänger.

### Trianon-Theater.

Zum erstenmal: Der letzte Troubadour. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfack und Pierre Jéber. Deutsch von Alfred Palm. Anfang 8 Uhr.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Der Familientag.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Brinngemahl. Lustspiel in 3 Akten von L. Kancol und J. Gancel. Deutsch von Wilhelm Thal. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Herkulespfeilen.

### Carl Weiß-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Dornröschen. Abends 8 Uhr: D. Vorstellung des Volks- und Schauspiel-Theaters: Faust. 1. Teil. Tragödie von W. v. Goethe. Sonntag und folgende Tage: In Berlin ist was los.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Dramenstr. 10. Extra-Elite-Vorstellung. Nora oder: Ein Puppenheim. Schauspiel in 3 Akten von H. Ibsen. Deutsch von A. Engerer. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Sonntag: Stadt und Land.

### Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Heute Sonnabend, 4. November: Premiere der Novität **Familientag im Hause Prellstein**  
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
Personen:  
Hau Prellstein, Donat Herrnfeld.  
Nora, des. Frau Angelika Frey.  
Nanette, des. Frau Angelika Frey.  
Nora's Bruder, Jos. Wächter.  
Reidel, Unterbett, Jacq. Kersch.  
Emmerich Unterbett.  
E. Simon Unterbett.  
Wagda, des. Frau Gertrud Wolkenreich.  
Jonas, des. Sohn, Josef Engler.  
Gannibal Sauerhoff.  
Friedrich, des. Schmeißer, Richard Goltz.  
Scheffel, Rechtskonsulent.  
Anton Herrnfeld.  
Kobal, dessen Stenograph, Max Hüser.  
Agel, ein eines Ant. Bureau's, Fritz Kuh.  
Kidi von Kidi, Hugo Deßlin.  
Kerka, des. Frau, Eise Gressin.  
Landrat, des. Verh. Forster.  
Saniitätsrat.  
Hoderich, Paul Hieron.  
Staublaus, Diener bei Richtig, Albert Blumenreich.  
Selene, Räte Dreher.  
Anna, Julie Volbl.  
Etabliementbesitzer bei Prellstein.  
Der erste und dritte Akt spielt im Hause Prellstein, der zweite Akt auf dem Rittergute Kidi.  
Anfang präzise 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich 11-2 Uhr (Theaterkasse).

### Bernhard Rose-Theater

Geländebrennen, Gedächtnis d. Morgen Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr, bei vollständigem Regen Prellstein.

### Berliner Kinder.

Abends 7 Uhr: Gewonnene Herzen.

Montag, den 6. November, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer v. Berlin.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben. Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.  
Montag, abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser.  
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.). Sonnabend, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fuhrmann Henschel.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser.  
Montag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

### Colosseum

Dresdenerstraße 97. Die besten deutschen Komiker und Soubretten in noch nie dagewesener Vereinigung.

Litke Carlsen, Martin Bendix, Walter Bährmann, Hugo Hochgemuth, The Marcellys, Les Amados, Fanny Behrens, Trudy Truth, Paulette van Roy, Wally Walberg, Lucia Ravello, Mill Robin, 16 humorist. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Sonn- und Festtage 7 Uhr. Jeden Sonntag nachm 3 Uhr jeder Platz 40 Pf., ein Kind frei.

Im Konzertsaal 2 Kapellen bis 1 Uhr nachts.

Schrammeln mit Sängern und Ungar. Magyaren-Kapelle.

### H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18. Veteranenstr. 1/2.

### Heute Sonnabend

geben wir bei einem Einkauf von 5 Mark an

### Photographie-Bons gratis.

### Zirkus Busch.

Prunk- und Parade-Abend. Auftreten der neu engagierten Künstler und Spezialitäten: Größte Attraktion der Welt! Sensationell! Sensationell! Der Kanonenkönig. Schuß eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütze. Zum erstenmal: Herr Direktor Busch mit seinen 6 englischen Vollblütern. 4 Soeurs Atletas. Zum 47. Male: Mexiko. Avis! Sonntag in beiden Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 7 1/2 Uhr: Mexiko. Der Kanonenkönig. 10 Elefanten. Atletas.

### Passage-Theater.

Das durchaus neue Programm bringt an der Spitze die glänzendsten Humoristen d. deutschen Variétébühne:  
**Sozena Bradsky,** mit ihrer entzückenden Duncan-Parodie.  
**Paul Jülich,** den unverwundlichen Humoristen.  
**Mize Friese,** die reizende Wiener Soubrette!  
Nebenher:  
14 Spezialitäten von allererstem Range.  
Anfang: 8 Uhr.

### Sanssouci, Grottestr. 4

Direktion Wilhelm Reimer. Sont., Mont., Donnerst.: Im glänzendem, neuem und elektr. beheizt. Stadtsaal. Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanztruppen. Sonntag Beginn 8 Uhr, Montag 8 Uhr. Dienstag und Mittwoch: Theater-Abend. Gastspiel des Löwe-Ensembles. Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch einige Sonnabende zu vergeben.

### Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7 1/2 Uhr: VII. Grande Soirée High Life. Gala-Programm, u. a.: Neu! Willie Hale der Mann mit d. mysteriösen Globus. Neu! Miß Franzis, die Reifentöchterin. Neu! La Pesée Romaine. Die phän. Frères John u. Louis Boller. Die ausgezeichnete Japantruppe. Das einzig existierende einen halben Saltomortale schlagende Pferd. Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart! Die 9 heiligen Chunchusen. Zum Schluß: Die reizende Sport-Pantomime: Der Tag des Englischen Derby. Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei, und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Der Tag des Englischen Derby.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67. Jeden Abend 8 Uhr! Gastspiel Ad. Philipp 64. ABER! Male: Herr Herzog Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

### Folies Caprice.

Budapester Pösen-Theater 132 Lindenstr. 132 Ecke Friedrichstraße. Zum 50. Male: Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitätenteil. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich 8 A. Wertheim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormitt.

### Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148. Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch: Kongert, Theater u. Spezialitäten. Neue Spielfolge. Nach der Vorstellung: Gr. Tanz. Anfang Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Wochentags: Ehren- und Vorzugskarten gültig.



### ANNE DANCREY

OTÉRO

und ein auserlesenes Künstler-Programm.

### Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4. Vom 1. bis 30. November 1905: Großer internationaler Soubretten-Weltstreit.

### Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20. Große Ringkampfkonkurrenz

Preise 5000 M. Heute ringen: Putroff (Belgien) gegen Gralkrämer (Holland). Bernard (Frankreich) gegen Gebhard (Deutschland). Franco (Italien) gegen Eberio (Deutschland). Miesbach (Sachsen) gegen Eigmann (Athenland). Hein (Berlin) gegen Emil Bau (Westfalen). Vorher: In Lebensgefahr. Durl. Oper in 1 Akt von J. Freund. Musik von Kiefer. Zum Anfang zum erstenmal: Die Damen der Halle. Operette in 1 Akt von J. Offenbach. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45.

### Belle-Alliance

Theater-Variété. Anfang 8 Uhr. 16 sensationelle Debüts. Georg Kaiser. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel. Sonntags 2 Vorstellungen. Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise. Jeder Besucher ein Kind frei. Rauchen im Wintergarten gest.

### Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bh. Börs. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das glänzende !! November-Programm !! Unter anderen: Carl Braun Verwandlungs-Schauspieler. 4 Montecinos atrobattischer Melange-Akt. Die weiße Dame. Pöffe mit Gefang von D. Richter. 10 erstklassige Nummern. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Löwe-Gastspiel: Die Grille.

### Otto Pritzkows

Berliner Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. Die drei lebenden gr. anatomischen Wunder Muskelmensch Skelett-Mensch Gummihautmensch Entree 20 Pf.

### Artus-Hof

Perlebergerstr. 20. Ständalerstr. 18. Sätze von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung. Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Gr. Theater-Vorstellung. Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree. Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

### Wilhelm Prochowski

1906 zu seinem heutigen 81. Wiegenfeste ein dreimal dommerendes Hoch! Seine Freunde im Diözesanrat Große Schanze.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

### Todes-Anzeige.

Am 1. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Bauanführer Paul Pilz, Weihenburgerstr. 68. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags um 3 1/2 Uhr vom Trauerhause aus nach dem Georgen-Kirchhofe, Landsberger Allee, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 290/13 Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanführer Paul Pilz am 1. d. Mts. plötzlich gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. Mts. nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Weihenburgerstr. 68, aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt. Rege Beteiligung erwartet 154/1 Die Ortsverwaltung.

### Verein der Zimmerer Berlins

und Umgegend. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 1. Novbr., starb plötzlich unser langjähriges Mitglied Karl Eckhardt (Jahreszahl Schönberg). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Matthias-Kirchhofs in Südende. Treffpunkt der Kameraden um 3 1/2 Uhr bei Krüger, Vorbergstr. 9. Rege Beteiligung erwartet 258/13 Der Vorstand.

### Verein der Stereotypenre

und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege Paul Reinhardt, Legehensstr. 6, am 2. November verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags um 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 297/10 Der Vorstand.

### Dankagung.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten für die zahlreichen Kranz- und Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter Luise Woldt geb. König unseren herzlichsten Dank. 49342 Karl Woldt, Richard Woldt u. Frau. Grabmühlstraße 5.

### Kasino-Theater

Kolthenerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Das Opferlamm. Schwan in 3 Akten von Walter und Stein.

### Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater Frankfurter-Allee 85. Abends 8 Uhr: Kollofaler Beifall! Direktor Wiener Finkler, Gustav Behrens. Berliner Trachtenführer: Albert Knivich. Elektr. Straßenbahn: Willy Sandel. City Marietta, die beste Instrumentalvirtuosin (8 Instrumente) sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

### Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.



# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

**Sonnabend** □ □ **Montag** □ □ **Dienstag** **Extra-Angebot**  
 4. November 6. November 7. November solange Vorrat.

## Fleischwaren.

Rotwurst . . . . . 50 Pf.	Prima Zungenwurst . . . . . 1,00 M.	Stettiner Schlackwurst . . . . . 1,25 M.
Zwiebelleberwurst . . . . . 50 Pf.	Kaiser-Jagdwurst . . . . . 1,00 M.	Stettiner Salami . . . . . 1,25 M.
Landleberwurst . . . . . 90 Pf.	Pommersche Schlackwurst . . . . . 1,05 M.	Pommersche Mettwurst . . . . . 75 Pf.
ff. Leberwurst . . . . . 1,00 M.	Pommersche Salami . . . . . 1,05 M.	Polnische Bratwurst . . . . . 75 Pf.

Prima Bratenschmalz . . . . . 50 Pf.  
 Jeden Sonnabend: Schweinebraten 1/4 Pf. 40 Pf.

Westf. Schinkenwurst . . . . . 1,25 M.  
 Thüring. Sülzwurst . . . . . 70 Pf.

\* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

### CARL STIER

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
 Berlin SO., Oranienstr. 166.  
 BERLIN W., POTSDAM,  
 Potsdamer Straße 113a. Nauener Straße 23.

#### Winter-Paletots,

ein- und zweireihige Form, von Eskimo, Cheviot oder Foulé, einfarbig, meliert, gestreift oder kariert, auf Plaidfutter, Seide oder Pfisch gearbeitet, tadelloser Sitz und beste Verarbeitung, vollständiger Ersatz für Maßanfertigung. 20, 22, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65 u. 70 M.

#### Winter-Ulster

aus modernen englischen Fantasiestoffen auf gutem Plaidfutter 30 u. 40 M.

#### Pelerinen-Mäntel,

zweireihige Form, mit langer abknöpfbare Pelerine und Taillieriegel, von gutem Loden, dunkelgrau, bräunlich oder grünlich, 25, 35 u. 40 M.

#### Kaiser-Mäntel,

zweireihige Form, mit breitem Umklappkragen, Mufftaschen und Taillieriegel, v. schwerem Loden, grau, marengo od. grünlich meliert, 20, 25, 30 u. 40 M.

#### Winter-Joppen,

zweireihige Form, von Loden, mit warmem Futter, dunkelgrau, bräunlich oder olive meliert, 7,50, 9, 10,50, 12, 14, 15, 16,50, 18, 20 u. 25 M.



Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.  
 Sämtliche Artikel sind für jede Figur passend  
 auf Lager und werden etwaige kleine Änderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, kostenlos von sachkundigen Personen ausgeführt.  
**Knaben- und Burschen-Anzüge, Paletots, Joppen und Hosen** in größter Auswahl zu billigsten Preisen.  
 Die Abteilung für Maß-Anfertigung ist mit allen Neuheiten der **Herbst- und Winter-Saison** ausgestattet und geschieht die Anfertigung in vollendet schöner Ausführung, unter **Garantie für guten Sitz,** zu billigsten Preisen.  
 Verkauf nur gegen Barzahlung.  
 XXX Illustr. Katalog versende gratis und franko. XXX

### Lachmann & Scholz

Turmstr. 76. Warenhaus. Ottostraße 1.

Um unsere enormen Vorräte in der Damen-Konfektions-Abteilung schnellstens zu räumen, veranstalten wir

Sonnabend, Sonntag, Montag einen

## Separat-Verkauf.

Ein Posten	<b>Kinder-Kleider</b>	Reine Wolle, auf Futter gearbeitet, in modernsten Farben Wert bis 9.75	3.95
Ein Posten	<b>Damen-Jaketts</b>	neueste Façon, auf Futter gearbeitet, Wert bis 14.50	9.65
Ein Posten	<b>Frauen-Câpes</b>	Zirka 130 Centimeter lang, in farbig und schwarz. Nur Saison-Neuheiten. Wert bis 16.50	9.85
Ein Posten	<b>Kostüm-Röcke</b>	glatt und mit Falten, in schwarz und engl. Herrenstoff-Geschmack	4.85
Ein Posten	<b>Damen-Blusen</b>	in prachtvollen Streifen und Karos	1.45 1.15

## PROBLEM

Cigaretten  
 übertreffen Importen

Beste deutsche Fabrikate  
 Ueberall zu haben.

### Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei Aug. Tauchert, Gasse 4, Köpenick, 46220

## Jeder Leser!!!

des „Vorwärts“, welcher Wert darauf legt, zum Winter einen eleganten

### Anzug, Paletot, Joppe

fertig und nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei

## LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung  
 fertig und nach Maß.

Unsere Grundsätze:

**W**ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadelloser Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Original-Inserat Nachdruck verboten.

Gegründet 1861. Pelzwaren-Fabrik



S. Schlesinger

Neue Königstr. 21, II (Ordonsanzhaus.)

Einzelverkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.

Reisemuster bestehend in:

Pelz-Stolas, Kolliers, Muffen etc. zu fabelhaft billigen Preisen.

Sonntag geöffnet.

### Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung Liefero elegante fertige

Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 37, II, Eingang Straußberger Platz.

### Greift zu!

den Besten

Monats-Anzüge . . . . . 8,50 M. an

Abonnements-Anzüge . . . . . 9,50

Monats-Paletots . . . . . 9,50

Joppen . . . . . 5,50

Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Fehlern 10,50

Anzüge, Ersatz für Maß 20,50

Stamm- u. ob. Jacketts 3,50

Alles auch für luxuriöse Figuren!

Getragene Kleidungsstücke von Kanarienern, Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Holsteineranten, kolossal billig. 42/18\*

Straßenbahn-Bergütung!

Bitte Zentral-Keller, Berlin, achten

35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 32

32 Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke

Rob. Bohn

Invalidenstr. 135 Laden u. I. Etage.

Herren- u. Knaben-Moden

Berufskleidung. Große Auswahl in Paletots, Joppen. Gediegene Konfektion, streng reell, feste Preise. Maßanfertigung in eig. Werkstatt unter Garantie.

Saal zum Sonnabend, den 18. November sowie Sonnabende und Sonntage im Dezember noch frei. Kommandantenstr. 72.

### S. Piket

jetzt nur: 44 Prinzenstraße 44  
 Laden und I. Etage 4811L\*

empfehlen sein reichhaltiges Lager in **Monats-Garderobe** sowie neuer Garderobe zu bekannt billigen Preisen.

Winter-Paletots v. M. 7,00 an. Joppen v. M. 4,50 an.  
 Anzüge von M. 8,00 an. Hosen von M. 2,00 an.

Bitte genau auf No. 44, Laden, zu achten!







**Der II. Teil** enthält die Stadtbezirke 200 und 240, nämlich: Belfortstr. 1-7 und 27-30, Diederichsenstr. 12, Marienburgerstr. 1, Prenzlauer Allee 33-40 und 215-223, Rolfestr. 2-11 und 49-58 (alte Nummer), Kreskowstr. 19-20, Weihenburgerstr. 8-24 und 63-84, Wörtherstr. 14 bis 24 und 26-32.

**Wahllokal:** Belfortstr. 4, Berliner Stadtbrauerei.

**Der III. Teil** enthält die Stadtbezirke 241 und 244, nämlich: Hochmeisterstr. 1 und 32, Kastanien-Allee 2-35 und 71-92, Oberbergerstr. 8 und 50-60, Kreskowstr. 16-18 und 39-40, Weihenburgerstr. 25-31 und 62, Wörther Platz, Wörtherstr. 2-13 und 33-49.

**Wahllokal:** Schönhauser Allee 28, Verolinasäle.

**Der IV. Teil** enthält die Stadtbezirke 243, nämlich: Chorinerstr. 21 und 22-64, Danzigerstr. 1, Oberwalloderstr. 24, Frankfurterstr. 1-8 und 55, Kastanien-Allee 1 und 93-103, Oberbergerstr. 1-7 und 61-62, Schönhauser Allee 19-45 und 145-172a, Kreskowstr. 2-6, Wörtherstr. 1 und 50.

**Wahllokal:** Schönhauser Allee 36/39, Schultheiß-Brauerei.

**38. Kommunal-Wahlbezirk.**

(Zum VI. Reichstags-Wahlkreis gehörend.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

**Karl Mars, Zeitungspediteur, Lychnersstr. 123.**

**Der 38. Kommunal-Wahlbezirk** ist in vier Teile mit vier Wahllokalen zerlegt.

**Der I. Teil** enthält die Stadtbezirke 200 und 261a, nämlich: Brunnenstr. 66-76 und 112-122, Lustenstr. 13 und 14, Zasmunderstr. 1, 5, 6, 22, Vorhängerstr. 1, Straßburgerstr. 14-39, Streifgasse 37 und 38, Ufedomstr. 1-13a und 23-35, Voltastr. 53, Waisstr. 1-12, 15-21 und 25.

**Wahllokal:** Straßburgerstr. 54, Gemeindefschul-Turnsaal.

**Der II. Teil** enthält die Stadtbezirke 261b und 264, nämlich: Uferstr. 71-76, Feldstr. 10-17, Hermsdorferstr. 1-11, Lustenstr. 15 bis 63, Zasmunderstr. 2-4 und 7-21, Scheringstr. 12, Ufedomstr. 14-22, Voltastr. 19-36, Waisstr. 22-24.

**Wahllokal:** Lustenstr. 40, Humboldtsäle.

**Der III. Teil** enthält die Stadtbezirke 261c und 262, nämlich: Brunnenstr. 77-111, Grenzstr. 7-10, Gustav Wagner-Allee, Humboldt-Bahn, Lustenstraße von Schering bis Grenzstraße, Vorhängerstr. 43, Kammerstr. 1 u. 38, Kägenstr. 1 u. 27, Scheringstr. 2-11 u. 13-38, Voltastr. 1-18 u. 37-52, Waisstr. 13 u. 14.

**Wahllokal:** Voltastr. 43, Zum goldenen Bienenkorb.

**Der IV. Teil** enthält die Stadtbezirke 263 und 277, nämlich: Uferstr. 77-116, Gartenplatz, Gartenstr. 55-83, Gerichtstr. 1-9a und 70-86, Grenzstr. 1-6 u. 11-21, Hermsdorferstr. 12, Liefenstr. 6-15, Scheringstr. 1.

**Wahllokal:** Gerichtstr. 86, Zum Bergsteiger.

**40. Kommunal-Wahlbezirk.**

(Zum VI. Reichstags-Wahlkreis gehörend.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

**Dr. Leo Kraus, Brücken-Allee 3.**

**Der 40. Kommunal-Wahlbezirk** ist in vier Teile mit vier Wahllokalen zerlegt.

**Der I. Teil** enthält die Stadtbezirke 273 und 275, nämlich: Bogenstr. 1-45, Heißelstraße, Invalidenstr. 38-49 und 84-110, Kiekerstr. 1-24, Platz am Neuen Tor, Schornsteinstr. 1-41, Augustahospital, Invalidenhaus.

**Wahllokal:** Schornsteinstr. 9/10, Gemeindefschul-Turnhalle.

**Der II. Teil** enthält die Stadtbezirke 276 und 278, nämlich: Bogenstr. 46, Chausseest. 57-81, Daldorferstr. 1-8 und 38-41, Gerichtstr. 10-16 und 71-78, Hochstr. 47-49, Neue Hochstr. 1-56, Liefenstraße 1-5a und 16-20, Schulzendorferstr. 9-19.

**Wahllokal:** Müllerstr. 7, Gesellschaftshaus Wedding.

**Der III. Teil** enthält den Stadtbezirk 305, nämlich: Rennstr. 4a-61, Müllerstr. 169-185, Am Nordhafen 1-8, Nordufer von Ringbahn bis Nordhafen, Sellenstraße, Tegelerstr. 1-7 und 55-56.

**Wahllokal:** Tegelerstr. 55/56, bei Fontanier.

**Der IV. Teil** enthält den Stadtbezirk 306, nämlich: Daldorferstr. 9-37, Rennstr. 1-4, Gerichtstr. 58, Kunkelstr. 5 bis Ende, Lindowstraße, Müllerstr. 1-4 und 6-11, Reitelbedweg, Ravenstraße, Reinholdendorferstr. 1-8 und 62-70, Schulzendorferstr. 1-8 und 20-27, Weddingplatz.

**Wahllokal:** Ravenstr. 12, Gemeindefschul-Turnhalle.

**46. Kommunal-Wahlbezirk.**

(Zum VI. Reichstags-Wahlkreis gehörend.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

**August Ginge, Kaufmann, Pankstr. 31b.**

**Der 46. Kommunal-Wahlbezirk** ist in vier Teile mit vier Wahllokalen zerlegt.

**Der I. Teil** enthält die Stadtbezirke 307 und 308b, nämlich: Adolfstraße, westliche Seite von Gericht bis Plantagenstraße, Antonstraße 1-9 und 42-49, Burgsdorferstr. 1 und 2, Courtdiebstahl, Am Courtdiebstahl, Gerichtstr. 37-37, Müllerstr. 12-25a und 152-163, Plantagenstr. 24-37, Ruheplatzstraße, Samsastraße von Trift bis Sprengelstraße (ohne Eden an der Sprengelstraße), Straße 7c, Straße 16 und 17 von Triftstraße bis Straße 13, Triftstraße, Willdenowstr. 6-25.

**Wahllokal:** Ruheplatzstr. 5/7, Gemeindefschul-Turnhalle.

**Der II. Teil** enthält den Stadtbezirk 308a, nämlich: Burgsdorferstr. 3-16, Samsastraße, Lymarstraße, Müllerstr. 163a-168, Nordufer von Ringbahn bis Triftstraße, Befingplatz, Samsastraße von Nordufer bis Sprengelstraße (mit den Eden an der Sprengelstraße), Sparrplatz,

Sparrstraße, Sprengelstraße, Tegelerstr. 8-54, Triftstr. 15-17b, Willdenowstraße 1-5 und 26 bis Ende.

**Wahllokal:** Müllerstr. 158, Gemeindefschul-Turnhalle.

**Der III. Teil** enthält die Stadtbezirke 315 und 316, nämlich: Adolfstr. 10-27a, Antonstr. 10-41, Cöllnerstr. 10 und 11, Raystraße 1-12 und 15-22, Plantagenstr. 9-23, Prinz Eugenstr. 1-13 und 16-29, Reinholdendorferstr. 20-29 und 42-52, Schulstr. 40, Straße 54, Liefenstr. 28-43.

**Wahllokal:** Schulstr. 29, bei Reefe.

**Der IV. Teil** enthält die Stadtbezirke 317 und 318, nämlich: Adolfstr. 1-9, Cöllnerstr. 1-9 und 12-24, Gerichtstr. 17-38 und 60-70, Kunkelstr. 1-4, Pankstr. 1-6 und 48-56, Posenwallstraße, Plantagenstr. 1-8 und 38-44, Reinholdendorferstr. 5a-19 und 59-61, Weddingstraße 1-9.

**Wahllokal:** Cöllnerstr. 8, bei Cranz.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Weibliche Tischlergefellen.** In Dänemark hatten vor einigen Jahren zwei junge Damen bei der Tischlerprüfung ihre Gefellenprüfung bestanden. Sie sind jetzt als Tischlermeister tätig. Viele andere junge Damen ließen sich dadurch verlocken, ebenfalls ihr Glück in der Tischlerlehre zu probieren. Die meisten kamen aber bald zu der Überzeugung, daß ihre Körperkräfte den Anforderungen dieses Berufes nicht gewachsen waren, eine hat jedoch dieser Tage ihre Gefellenprüfung erfolgreich bestanden. Es ist Fräulein Inger Lang, Schwester des bekannten dänischen Parteigenossen und Schriftstellers Dr. Gustav Lang.

**Gewerkschaftlicher Frauen-Verein.** Sonntag, den 5. November, abends 6 Uhr, findet in unserem Vereinslokal die nächste Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Zeche über: "Moderne Weltanschauung und die Volksschule". 2. Diskussion: 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand. Gäste willkommen.

**Wasserstand am 2. November.** Elbe bei Haffig + 0,18 Meter, bei Dresden + 1,20 Meter, bei Magdeburg + 1,60 Meter. - Uffraut bei Straußfurt + 1,40 Meter. - Oder bei Ratibor + 1,13 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,95 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,40 Meter, bei Frankfurt + 1,54 Meter. - Weichsel bei Brahmünde + 2,78 Meter. - Warthe bei Posen + 0,76 Meter. - Nege bei Uff + 1,10 Meter.

**Teures Fleisch — billige Seefische!!**

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, 6804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
(am Moritzplatz). (im Schlesischen Bahnhof). (der Kurzenstr. gegenüber).

Schellfische	in allen Größen	25-35 Pf.
Cabliau	ohne Kopf	35 Pf.
Seelachs	ohne Kopf	35 Pf.
Shollen		30-35 Pf.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

**Damen-Konfektion** direkt aus der Fabrik. **Kein Laden.** Nach beendeter Engros-Saison auch Einzel-Verkauf enorm billig

- Ulsters
- Havelocks
- Capes
- Jacketts
- Paletots
- Kostüm-Röcke
- Mädchen-Paletots
- Pelz-Stolas



**Robert Baumgarten**  
Hausvogtei-Platz 11, 2. Etage (an der Jerusalemstraße).  
Bei Vorzeigung d. Insortes an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Gute Schuhwaren** werden, weil immer 53/12\* große Vorken unter Preis entwerfen, enorm billig verkauft  
**Wienerstraße 15,** am Görlitzer Bahnhof.

**Josef Fischer**  
Rohlen-Großhandlung  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.  
Preise ab Platz von 10 Str. an.  
Industr.-Briketts, Halbsteine p. Str. 80 Pf.  
la. Staßfurterer Salon-Briketts „Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.  
Hockels Werke „55“  
Haw u. Anh. Mariengrube „90“  
la engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz usw.  
zu billigsten Tagespreisen.  
Handwagen verleihe zu Kohlen.

**Hüte** × **Wäsche** × **Krawatten** × **Schirme**

**Elegante Jackett-Anzüge**  
in allen modernen Farben und Karos  
12-45 Mark.

**Rock- und Gehrock-Anzüge**  
schwarz und farbig  
von 25-54 Mark.

**Stoff-Hosen**  
von 3-14 Mark.

**Winter-Paletots**  
elegante und moderne Verarbeitung  
in allen modernen Farben und Karos  
von 16-50 Mark.

**Jünglings- und Knaben-Garderobe**  
in grosser Auswahl.

**Moderne Westen**  
von 1,75-10,50 M.

Gegründet 1879.

**Herren- und Knaben-Garderobe**  
**Julius Lindenbaum**  
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstraße.  
Größtes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.  
Feste Preise!

**Preisermäßigung 10 Pf. Brennspritus Preisermäßigung 10 Pf.**

= pro Liter = „Marke Herold“ = pro Liter =

Original-Literflaschen mit Patentverschluß.

Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind! 4866L\*

**30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. %** exkl. Glas

**33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. %** exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.

**Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.**

**Paul Littins**  
**Gesellschaftshaus „Ostend“**  
Mencletstr. 67. Fernspr.: Amt 7 1075.  
Jeden Sonntag: **Ball.**  
Den geehrten Vereinen und Gesellschaften stehen Säle und Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten zur Verfügung. Großes Vereinszimmer, passend für größeren Gesangsverein, gänzlich ungetert, Gesang an seine Zeit gebunden, für Donnerstag und Freitag zu vergeben.  
Sonntabend, den 18. November 1905, frei geworden.  
Hochachtungsvoll **Paul Littin.**

**Richard Augustin** Oranienstr. 103, Hof part. Säle. | Vereinszimmer. Mittagslich (wie früher). Amt 4, 5652. Sonntag: Familienbesammlungen.

**Reste: Kostüme, Mäntel, Stoffe, Astrachan Konfektion: Jacketts, Röcke, Blusen**  
**C. PELZ, Kottbuserstraße 4.**

**Jetzt 200 Zigarren umsonst.**  
Aus Konkurslager versende nur bis 12. Nov. 300 hochfeine 8 Bfg. Zigarren 10,50 M. und 200 gratis. Also 400 10,50 M. od. 800 Stück 20 M. Gegen Nachn. Bei Nichtgefallen Geld voll zurück. **A. Kauffmann, Hamburg I.**

**Magendoclor** in das Beste für den Magen! **Apotheker A. Wurm's General-Depot** Berlin SO. 16, Michaelkirchstraße 20. Telephon Amt 4, 2745.

Zur jetzigen Jahreszeit empfehle ferner:  
**Wurm's Zitronen-Grog,** alkoholfrei, köstlichstes warmes Getränk, sehr wohl-schmeckend, sehr wirksam bei Erkältung, Influenza usw. 48082\*  
Erhältlich in Restaurants und besseren Geschäften.

**Achtung! Gewerkschaften und Vereine!**  
Bringe meine mit allem Komfort der Neuzeit versehenen **Ritter-Festsäle,** Ritter-Str. 71/75, mit Bühne, zirka 700 Personen fassend, und Vereinszimmer in jeder gewünschten Größe in empfehlende Erinnerung. Ebenso erlaube ich mir auf meine zwei neuerbauten, 30 Mtr. lange, mit elektrischem Licht, Heizung und vorzüglicher Ventilation versehenen Kegelbahnen hinzuweisen.  
Um geneigten Zuspruch bittet  
**Robert Voigt, Ritterstraße 75.**  
Fernsprecher Amt IV No. 7500.



# 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).

Sonntag, den 5. November, abends 6 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn **Graumann**, Raunynstr. 27.

Agenda-Ordnung: Erklärung der Religion zur Privatsache. Referent: **Paul John**.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zur Dedung der Unkosten findet eine Teilerhebung statt. — Zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

# Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Schönhauser Vorstadt.

Sonntag, den 5. November, abends 6 Uhr, in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28:

## Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Agenda-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **K. Saage** über: „Entstehung und Abstammung des Menschen“. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vertrauensmann.

**Achtung!** **Achtung!**

# 20. Kommunal-Wahlbezirk.

Sonntag, den 5. November, präzise 12 Uhr, in der „Alhambra“, Wallnertheaterstraße 15:

## Wähler-Versammlung.

Agenda-Ordnung: Unsere kommunalen Forderungen.

Referent Stadtvorordneter **Paul Singer**. Diskussion. 202/17\*

# Achtung! Dachdecker-Hülfсарbeiter. Achtung!

## Verband der baugewerbl. Hülfсарbeiter Deutschl.

Sonntag, den 5. November 1905, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:

## Sektions-Versammlung.

Agenda-Ordnung:

1. Vortrag. Referent: Kollege **Grüder**. 2. Diskussion. 3. Die Bewegung bei einzelnen Firmen. 4. Verschiedenes. 44/9\*

Kollegen! Erscheint alle in dieser Versammlung. Die Dachdecker werden ersucht, ihre Hülfсарarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Zweigvereins-Vorstand.

# Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Sonntag, 5. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal von **Suggenhagen** (am Moritzplatz)

## Fortsetzung der ordentlichen General-Versammlung

vom 29. Oktober 1905.

Agenda-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Abrechnung von den Urania-Vorstellungen. 3. Erwählungen: a) Verbandsvorstand, b) Gewerkschaft, c) Rechtschutzkommission. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass. 29/3

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 6. November 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei **Keller**, Koppenstr. 29

## Anßerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Agenda-Ordnung:

1. Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiter-Verbandes. Referent: **Anton Raith** aus München. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 96/5

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Neu! Petroleum-Glühlicht

Auf jed. Lampe pass. Große Auswahl von Tisch- u. Hängelampen. Echtes Bronzegaskronen 3-flammig, M. 18, 50.

**W. Krusemark**, Berlin SO, 205, Oranienstr. 205. Tel.: Amt IV. No. 1039. 5 Proz. Rabatt.

1414L\*

**Achtung! Weißgerber, Färber, Achtung!**

**Färber u. Hülfсарarbeiter.**

Sonntag, den 5. November, mittags 12 Uhr, in Fiedigs Festfälen, Allee 6-7:

**Öffentl. Lederarbeiter-Versammlung.**

Agenda-Ordnung: 144/6\*

Vortrag: **Unsere Aussperrung.**

Alle im Berufe Beschäftigten sind hiermit eingeladen.

**Möbelpolierer**

sucht einer **Genossenschaft** beizutreten. Objekten unter 19 an **Wengels**, Frankfurt Allee 79.

**Wohin unsere Herrenpartie?**

Nach dem romantisch an der Spree gelegenen **Heideschlösschen Hohenbinde!!**

§ 11. § 11. „Zum Gutenberg.“ § 11. § 11. Stadtbahnstation **Ortner**. Besitzer **Alb. Lehmann**.

Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend

Sonntag, den 5. November, nachmittags 4 Uhr:

## Versammlung

in Boigts Festfälen, Ritterstraße 75.

Agenda-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Ingenieur **Kachler** über: Die Entwicklung der Dampfmaschinen. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 139/9

Die Ortsverwaltung.

## Verband der Fabrik-, Land-, Hülfсарarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstellen

## Ober-Schöneweide und Johannisthal.

Sonntag, den 5. November, vormittags 11 1/2 Uhr:

## Außerordentliche Generalversammlung

im Schlosspark Wilhelmshof zu Ober-Schöneweide.

Agenda-Ordnung: 104/1

1. Welche Lehren ziehen wir aus den Aussperrungen in der Elektro-Industrie? Referent: Kollege **Bruns**-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden, ist es Pflicht der Mitglieder beider Zahlstellen zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Bevollmächtigten.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

## Achtung! Möbelpolierer! Achtung!

Montag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, bei **Wille**, Hermannstraße 213:

## Versammlung

Agenda-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Willy Haack** über: „Moderne Weiden“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Kollegen am Orte erforderlich. 96/7

Der Obmann.

## Achtung! Brauerei-Handwerker.

Sonntag, 5. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal I), Engel-Ufer 15:

## Öffentl. Versammlung

der in Brauereien beschäftigten Handwerker.

Agenda-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die letzten Verhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 182/4

Kollegen! Wir erwarten vollständiges und pünktliches Erscheinen. Agitiert für guten Besuch der Versammlung. Kein Handwerker darf fehlen. Wir verweisen besonders darauf, daß die Versammlung durchaus pünktlich eröffnet wird.

Die Kommission der Brauerei-Handwerker.

H. u. B. Siering, Stralauerstr. 48.

## Deutscher Buchbinder-Verband.

Karton-Nieter.

Montag, den 6. November, abends 8 Uhr, bei **Foind**, Weinstr. 11:

## Öffentliche Versammlung.

Agenda-Ordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Diskussion. 29/3

Die Tarifkommission.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, im großen Saale der „Germania-Säle“, Chausseest. 103:

## Große Metallarbeiter-Versammlung

der Bezirke Norden, Gesundbrunnen, Oranienburger- und Schönhauser Vorstadt.

Agenda-Ordnung:

1. Unsere Lage in der Zukunft; ein Rückblick auf die Aussperrung in der Elektro-Industrie. Referent: Kollege **Sawlowitsch**. 2. Diskussion.

Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, im Saale **Mörners** Blumen Garten, Ober-Schöneweide:

## Bezirksversammlung I. Ober-Schöneweide, Köpenick u. Friedrichshagen.

Agenda-Ordnung:

1. Der Streit und die Aussperrung in der Elektro-Industrie! Referent: Kollege **Eckert**. 2. Diskussion. 154/2

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegant, fertige **Herren-Moden.**

Ersatz für Maß.

**Maß-Anfertigung** feinste Verarbeitung Garantie tadelloser Sitz.

**J. Kurzberg**, An der Jannowitz-Brücke I, I. Direkt am Bahnhof.

Kein Waren-Kredithaus.



**Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Herkales** tragen. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Hohe Rücken umfaßt. Die Hose

bei Annahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Wandfester-Hose **Warte** Sam- brinus, Zwirnleiste . . . 5 Mk. 50  
 Gefütterte Wandfester-Hose 14,50, 8,75  
 Echtblaues Monteur-Hose 1 Mk. 90  
 Echtblaue Monteur-Hose . . . 1 Mk. 50  
 Echtblaues Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe . . . 2 Mk. 50  
 Echtblaue Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe . . . 2 Mk. 10  
 Weiße Friesen-Jackets 3,50, 2 Mk. 75  
 Frotte-Jacken, Dreifach . . . 4 Mk. 50  
 Waler-Mittel . . . 3,-, 2,50, 2 Mk. 25  
 Mechaniker-Mittel (braun) 3,-, 2 Mk. 40  
 Weiße Leder-Jackets, Dreifach 7,50, 3 Mk. 75  
 Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 Mk. 90  
 Fesselreiner-Anzüge, blau, nach Vorchrift . . . 5 Mk. 50  
 Die Preise gelten für normale Größen.

## Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseest. 24/25, Brückenstr. 11. Gr. Frankfurtstr. 20.

Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jackets und Mitteln die Brustweite anzugeben. 45482\*

— Versand von 20 Mk. an franko. —

## Nachdruck verboten! Orts-Krankenkasse

der **Hutmacher, Hutfournitoren- und Filzwaren-Verfertiger** zu Berlin.

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr,

im Restaurant **Foind**, Weinstr. 11.

Agenda-Ordnung:

In getrennter Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Wahl von 35 Delegierten der Arbeitgeber und Wahl von 70 Delegierten der Arbeitnehmer.

Hierzu sind die Herren Arbeitgeber sowie sämtliche großjährige wahlberechtigte und wählbare Mitglieder eingeladen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Mitglieder-Versammlung anschließend, findet in demselben Lokal um 11 Uhr vormittags die **ordentliche Generalversammlung** statt, zu welcher die Delegierten eingeladen werden.

Agenda-Ordnung:

1. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnungen pro 1905 (§ 47, Absatz 1 des Statuts.) 2. Verschiedenes. 7596

Wahlkarte legitimiert.

gez. **Hermann Lenz**, Vorsitzender, Griesenaustr. 102.

## Innungs-Krankenkasse der Drechsler-Innung.

Montag, den 6. d. M., abends 8 Uhr,

in **Königsstadt-Kasino**, Holzmarktstr. 72:

## Versammlung

1. der großjährigen Kassamitglieder zur Aufstellung von 80 Vertretern

(Delegierten) zur Generalversammlung. 276/12

2. der Innungsmitglieder, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, zur Aufstellung von 40 Vertretern

(Delegierten) zur Generalversammlung.

Sonntag, den 12. d. M., vorm. 10 Uhr, in demselben Lokale:

## Wahlversammlung

1. der großjährigen Kassamitglieder: Wahl von 80 Vertretern (Delegierten)

zur Generalversammlung.

2. der Innungsmitglieder, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen: Wahl von 40 Vertretern (Delegierten)

zur Generalversammlung.

Die Versammlungen der Kassamitglieder und der Innungsmitglieder finden in getrennten Räumen statt.

Für die Kassamitglieder legitimiert das Kassabuch. Für die Innungsmitglieder legitimiert die letzte Beitragsquittung zur Krankenkasse.

Der Vorstand: **Emil Köppen**, Vors.

## Zigarren!

Billigste Bezugsquelle für Händler:

ab Mk. 18.—

**Bell & Co.**

Rosenstraße 18, I.

Beste Gelegenheit zur Einrichtung von Zigarren-Geschäften.

bei Einrichtungen.



**Wo tanzen wir Sonntag?**  
Linden-Garten, Nieder-Schönhausen, 43, Lindenstrasse 43.



**Stiefe schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an**  
**Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.**  
Alles bis zu den feinsten Haarqualitäten in sehr grosser Auswahl.  
Lodenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. claque, etc.

**Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.**  
Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten

**Oscar Arnold**  
**Grösstes Special-Geschäft**  
Engros für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export kein Laden

**nur Dresdenerstr. 116**  
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

**Esders & Dyckhoff**  
Berlin  
Leipzigerstr. 50a. — Oranienstr. 48.

**Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung**

fertig und nach Maß.

**Heute Sonder-Angebot:**  
**Winter-Paletots** von 17 Mk. an  
**Winter-Loden-Joppen** von 5,50 Mk. an  
**Winter-Hosen** von 2,75 Mk. an

in allen Größen auf Lager.  
**Enorme Auswahl!**  
**Gute Verarbeitung!**  
**Haltbar!**

**Nathan Wand**  
129 Stalhoferstr. 129.  
Die schönsten 40220\*  
**Herren - Winter - Paletots**  
und Anzüge in neu sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen,  
samt neu, für jede Figur passend,  
speziell Bauanzüge sind in  
großer Auswahl feid zu staunend  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stalhoferstr. 129.  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Spezial - Putzgeschäft**  
von **Natalie Wilk**  
Berlin N.,  
140 Pappel-Allee 140  
Eckhaus Schönhauser Allee.  
Damen-, Kinder- u. Trauerhüte.  
Große Auswahl. Billige Preise.

**Dr. Simmel**, Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 29/14\*  
**Haut- und Hornleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Jedes 5 Pfennig.**  
Wort: 5 Das erste  
lettgedruckte  
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr  
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen.**

**Anzeigen für die nächste**  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,  
in der Hauptexpedition Linden-  
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Gardinenhaus Große Frankfurter-**  
str. 9, parterre. 14

**Deckbett, Unterbett, Kissen** mit  
glattrotem Anlett, zusammen 10,50,  
nur (Pflandle) Andreadstr. 38. \*

**Notrosage-streiftes Deckbett, Unter-**  
bett, zwei Kissen, 18,00, Andread-  
str. 38. 8173\*

**Wimmerisches Bauerndett, Deck-**  
bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00.  
Großes Kissen, Bild 1,00. Pflandle  
Andreadstr. 38. Kleinfische nach  
Überall. 8188\*

**Teppiche!** (Seilerballe) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Brünn, Pflandler  
Markt 4, Bahnhof Böse. 254/12\*

**Musikwerke, Teppichmatten.** Zu-  
sammen 148 (Eingang Berg-  
str. 4), Stalhoferstr. 40, Große  
Frankfurterstr. 56. 9538\*

**Winterpaletots, Jagdanzüge,**  
spottbillig Pflandlerhaus, Weiden-  
weg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Gehrockanzüge,**  
spottbillig Pflandlerhaus, Weiden-  
weg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Joppen, spott-**  
billig Pflandlerhaus, Weidenweg  
neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Herrenhosen,**  
spottbillig Pflandlerhaus, Weiden-  
weg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Jagdhosen,**  
spottbillig Pflandlerhaus, Weiden-  
weg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Aussternanzüge,**  
spottbillig Pflandlerhaus, Weiden-  
weg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Bettdecken,**  
Kammerregend. Pflandlerhaus,  
Weidenweg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Teppichdecken,**  
Kammerregend. Pflandlerhaus,  
Weidenweg neuziehen. 435\*

**Winterpaletots, Tischdecken,**  
Kammerregend. Pflandlerhaus,  
Weidenweg neuziehen. 435\*

**Teppichdecken billig** Jodit Große  
Frankfurterstr. 9, parterre. 41

**Teppiche mit Gardinenlern** Jodit  
Niederlage Große Frankfurterstr. 9,  
parterre. 41

**Sofa, wie neu, 21,00. Kleide,**  
Große Hamburgerstr. 18/19. 256/30

**Reichhaus Küstnerplatz 7, billige**  
Gartenmöbel für Waren aller Art,  
großes Lager in Wägen, Betten,  
Lüden, Goldschmied, Teppichen,  
Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. \*

**Teppiche, Tischdecken, Dün-**  
den, in geschmackvollen modernen  
Mustern, preiswert, nur direkt im  
der Teppichfabrik, Berlin, Ball-  
str. 72. 9732\*

**Wasserkran, Sofa, Kissen, Sofa,**  
Chaiselongue laufen Sie am billigsten  
in der Fabrik Lazarus, an der Markt-  
halle, Andreadstr. 57, Kleinfische  
betten 17, Kleinfische 28, Kom-  
moden, Musikspiele, Tisch, Ver-  
bindung, Kissenmöbel, das Geld laßt.

**Strickmaschinen, auch Teil-**  
zahlungen, Dreher, Angel-Ufer 30.

**Zischlermeister H. Brandt, Kleider-**  
bergstr. 30, liefert einzelne Möbel  
sowie ganze Einrichtungen in durch-  
aus solider, gediegener Ausführung  
zu billigen Preisen. Keine An-  
zahlung, nur eigene Arbeit! 529\*

**Veilichod, Reismüller, werden**  
einzel spottbillig abgegeben im An-  
großgeschäft Neuer Markt 16, I. \*

**Kinderleid gemalt!** Reise-  
Kisten und Apparate, direkt aus der  
Fabrik am besten und billigsten!  
(Teppichlager gestatter) Kottbuser  
Berlin, Prenzlauerstr. 42, zweiter  
Eck. 8889\*

**Rosenberg, Kottbuserdamm 98,**  
Mädchenjaden, Mädchenkleider, Klei-  
denwahl, Spottpreise. 9138\*

**Rosenberg, Kottbuserdamm 98,**  
Knaben - Anzüge, Knaben - Paletots,  
Joppen, Kleidenauswahl. Spottpreise.

**Rosenberg, Kottbuserdamm 98,**  
Damenjackets, Damenropes, Havelock,  
Damenröcke, Damenblusen, Klei-  
denauswahl. Spottpreise. 9138\*

**Rosenberg, Kottbuserdamm 98,**  
Reife Kleider, Sammet zu Kinder-  
jaden, Reife Kleider, Dreifachwanz,  
Kostüm zu Damenjackets, Reife zu  
Knabenanzügen und Mädchenjaden,  
Kostümstoffe, Aufschnitt gratis. Klei-  
denauswahl. Spottpreise. 9138\*

**Hochlegante Herrenanzüge und**  
Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40  
Mark. Verkauf Sonnabend und Sonn-  
tag. Versandhaus Germania, Unter-  
den Linden 21. Reime-Kleider. 918\*

**Schleicher, Turmstr. 85, ist**  
ein reelles Herren- und Knaben-  
konfektionsgeschäft, wo nicht vor-  
geschlagen, gehandelt oder abgelesen  
wird. Jeder Gegenstand ist den  
darauf bezüglichen Preis aus wert.

**Monatsanzüge und Winter-**  
paletots von 5,00 an, Joppen von  
4,50 an, Hosen von 1,50 an, Ge-  
hrockanzüge von 12,00 an, Jacken  
von 2,50 an, sowie für feinste  
Figuren. Keine Garderobe zu  
haunend billigen Preisen, aus Hand-  
arbeiten verfertigte Sachen laßt man  
am vorteilhaftesten bei K. B. Pfland-  
lerstr. 14. 835\*

**Kranichstr. 50. Aus meinem**  
Jahresraum und Keller verkaufe direkt  
an das Privatpublikum Möbel zu  
haunend billigen Preisen. Ganze  
Einrichtungen schon von 150 Mark an.  
Wer sich verbeistehen will oder sich  
Zimmer ergänzen möchte, kann im  
Sonderpreis Möbel, Kranichstr. 50,  
zufriedenstellen werden. Kein Laden,  
daher die teilweise billigen Preise. 905\*

**Wäsche und Wringmaschinen, beste**  
Qualität, billige Preise. Bei An-  
zahlung kulant Bedingungen.  
E. Deilmann, Gohlisstr. 28, nahe  
der Landbergstr. 9038\*

**Braunwäse, Gardinen, Teppiche,**  
Tischdecken, Portieren, Steppdecken,  
Herren- und Damenwäse, Hand-  
tücher, spottbillige Gelegenheitsläufe,  
Jac. Klopffod, Spandauerstr. 14.

**Bett umständlicher, Kleider,**  
Kleide, Dresdenerstr. 38. 515\*

**Zentralleihanstalt, Abteilung Damen-**  
konfektion, Jägerstr. 70. Ein Vollen  
zurückgekaufter Jackets und Paletots  
von 6 Mark an. 1206\*

**Kinderwagen, Kinderbestellen,**  
Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft  
spottbillig. Schneider, Kurfürsten-  
str. 172. 1265\*

**Hochvernehme Herrenanzüge,**  
Winterpaletots, feinsten Rohstoffen  
hergestellt, 15-38,00, Herrenhosen,  
7-12,00. Täglich, auch Sonntags-  
verkauf. Deutsches Versandhaus,  
Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1426\*

**Panzerlöcher, Kleiderstoffe** verkauft  
Billig Sund, Waldemarstr. 63.

**Billige Gelegenheits! Kleiderpinsel,**  
Wäschepinsel, Bestellen, Ausdrück,  
Schliffstoffe, Bilder, Teppich, Säulen-  
trümmen, Salonarmaturen, Stühle,  
Chaiselongue, Küchenmöbel. Un-  
geheuer Neue Königstr. 20. 1528\*

**Bronzegastrolchen! dreifach!**  
6,00! Gasgastrolchen! 9,00! Salom-  
gastrolchen! 15,00! Gasgastrolchen! 17,1  
Zweifachgastrolchen! 3,00! Gasgastrol-  
chen! 6,00! Wobauer, Wald-  
theaterstr. 32 (Gaslocherhaus)!

**Betten, Stand 11, zweifach!**  
16 Mark, Pflandler, Gubenstr. 3.

**Malstroffier, blutbildend, für**  
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,  
Gewichtszunahme, bessere Ver-  
sorgung, überaus, 14 Flaschen  
3 Mark, 1/2, Tonne 3,50 erhaltene.  
Nicht Kleiderzahl, Qualität er-  
hältel. Portier-Kellerei Ringler,  
Bernauerstr. 119. 9725\*

**Nähmaschinen, Bergüte bis 10,00,**  
wer kauft oder nachweilt, ohne An-  
zahlung, Höhe 1,00. Räder-  
str. 60/61, Große Frankfurter-  
str. 43, Prenzlauerstr. 59/60. \*

**Rigorengeschäft, 350 Mark, so-**  
fort, Pappel-Allee 22. 452\*

**Herrenanzüge, Winterpaletots,**  
wenig getragene Monatsgarderobe von  
5 Mark an, große Auswahl, für jede  
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-  
geholte Sachen laßt man am  
billigsten aus erster Hand direkt  
nur beim Schneidermeister K. B. Pfland-  
lerstr. 15 nur 3 Treppen. \*

**Teppiche, Gardinen, Portieren,**  
Dünnden, Tischdecken, Zell-  
vorlagen, Steppdecken, Möbelstoffe,  
Lüsterstoffe, spottbillige Räumungs-  
preise. Fabriklager Conrad Pfland-  
lerstr. 100. 9778\*

**Hochlegante Winterüberzieher**  
und Herrenanzüge zu den billigsten  
Preisen. Rohanfertigung von 25 bis  
30 Mark an bis zu der elegantesten  
Ausführung. Joh. G. Andersen,  
Schneidermeister, Kottbuserstr. 15 I.  
9778\*

**Fahrrad, Torpedofahrrad, 65,00,**  
verkauft Tiedchen, Reichberger-  
str. 121, Keller. 1825

**Nach nach Alpenberge! Dort werden**  
die letzten Pargellen spottbillig ver-  
kauft; Steiner Bahn bis Buch,  
dann durchs Dorf ganz gerade aus  
bis zur Kint, August Jores, Car-  
lottenburg, Baumstr. 35.

**Variolofal mit Vereinen und**  
Bathellen sofort zu verkaufen. Zu  
erfragen bei K. B. Pflandlerstr. 63,  
vorn III. 1876\*

**Land mit Lauben, Dühnerfall**  
und Schanzel billig zu verkaufen.  
Steiniger, Seelowerstr. 8. 752

**Konarienbahn, Seifertshaus,**  
Seltensacht, billige Waagen, Gölber-  
str. 22, II. Gumbler. 716\*

**Büfen von 1,80 Mark, Kleider**  
von 4 Mark werden sauber gearbeitet  
Emmerstr. 79, IV links. 7120

**Junge, Turmstr. 84, Döfen,**  
Joppen, Anzüge, Paletots, Jacken,  
Blusen billig. Kleiderhandlung. 774\*

**Restoration billig zu verkaufen.**  
Bangeand, Romintenerstr. 31. \*

**Restoration in einer Bangeand**  
verkauf billig Romintenerstr. 19.

**Betten, Tischdecken, Regulatoren,**  
Gastronen, Silber, Spiegel, spott-  
billig. Reichhaus Gränerweg 113.

**Winterpaletots, Remontier-**  
anzüge, Uferstein spottbillig Reichhaus,  
Gehirneweg 113, früher Reanderstr. 282/3\*

**Teppiche, Steppdecken, Gardinen,**  
Portieren spottbillig Reichhaus,  
Gehirneweg 113. 282/3\*

**Möbelverkauf in meiner Möbel-**  
fabrik Ballstr. 80/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
behalten sich am Lager viele zurück-  
gekauft und vertrieben gewesene Möbel,  
die wie neu sind, Kleiderpinsel,  
Bettis 27,00, Ausdrück 16, Muskel-  
bestelle mit Federmatratze und  
Reitkissen 36, Tischchen 50, Panzer-  
löcher 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 53/15\*

**Schöne große Federbetten, Stand**  
20 Mark, Dresdenerstr. 38, vorn  
II. links. 53/14\*

**Kanarienvogel 6,00, Vorkühler**  
Seifertshaus, Schloßplatz 2. 63/19

**Blusen, Kostümstoffe, direkt**  
aus der Fabrik, anhergenöhrliche Preise. Blumen-  
str. 9 II. 53/15\*

**Blasinstrumente, alle Goldsachen,**  
Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren,  
Kehrauld, Staudgold, photographische  
Käse, sowie sämtliche gold- und  
silberhaltigen Abfälle sowie Rückstände  
kauft Goldschmelze Groß, Brangel-  
str. 4, Telephon Amt 4, 6958. \*

**Maurer und Zimmerer erhalten**  
Unterricht im bautechnischen Zeichnen,  
Veranschlagen, Lohnberechnen usw.  
Ausbildung zum Volier, Unternehmer.  
Täglich Unterricht abends von 7-10  
und Sonntags vormittags von 9-12  
Uhr. Karas, Kaurmeister, Dönsel-  
str. 71, II. 29435\*

**Vereinszimmer, gut 50 Per-**  
sonen fassend, verpachtet Ernst Schmalz,  
Pantow, Spandauerstr. 2951b

**Tanzunterricht! Gruppe, Damen-**  
str. 16. Jährmonatliche Sonntag-  
kurse (Monat 4,00) beginnen Sonntag  
4 Uhr. 715

**Werners Heilgale, Schwedter-**  
str. 23/24. Theater-Vereine, Ver-  
einigungen und Gesangsvereine zu  
werden aufgenommen. Jede zu Vor-  
stellungen, Konzerten, Hochzeiten  
und zu Festlichkeiten jeder Art. Son-  
nabends Spezialität Hühner mit  
Sauerkraut. 9808\*

**Zeichnenunterricht für Maurer**  
und Zimmerer. Ausbildung von  
Baupolierern. Buchholz, Architekt,  
W. Eisenacherstr. 103. Anmel-  
dungen Donnerstags, Sonnabends,  
7-9. 675\*

**Vereine! Saal, Vereinszimmer.**  
Sonnabende frei. Nachhaus (Weil-  
dier) Kamenstr. 16. 715

**Karambolagepieler! Sonntag**  
abend Wettspiel Kochstr. 7. \*

**Vereinszimmer zu vergeben.**  
Dier, Joditstr. 10. 1555

**Saal, Vereinszimmer empfiehlt**  
Karlstr. 63. 1605\*

**Frauenhaare laßt zu höchsten**  
Preisen, Strähnen und Hüfle fertigt  
von 1 Mark, Suppenperden 50 Pf.  
an, Bräunstr. 1, Joditstr. 53/16

**Universum**  
Dresden-F.,  
Weidnerstr. 11.

**Wissenschaftliche**  
**Lichtbilder.**  
Demonstrationen.

**Größe: 16 Quadratmeter.**

Interessenten tolle mit, daß  
ich die bisher von Kassel-W.  
aus geleiteten, bestens ein-  
geführten und schmeichelhaft  
rezensierten Vorlesungen nun-  
mehr mit dem Privatgelehrten  
Herrn Willy Floerke unter  
obigem Titel von Dresden  
aus in vollkommener Form  
fortführe. — Bestellungen  
auf dieses vorzüglichste  
Bildungsmittel bitte baldigst  
aufzugeben.

**Schriftsteller**  
**Carl Thiel.**  
**Etuis-Arbeiter**  
und Arbeiterinnen  
nach Frankreich gesucht per sofort.  
Gute Jahlung, dauernd Beschäfti-  
gung. Reisevergütung nach drei  
Monaten. Off. unter F. St. 4914  
an Rudolf Mosse, Straß-  
burg i. Els. 515\*

**Geschäftsführer**  
für eine Druckeri mit Zeitungs-  
verlag (W e b e r s t e l l u n g) gesucht.  
Opern mit nur prima Leistungen  
und Zeugnissen sub N. 3 erbeten.  
9888\*

werden eingestellt **Abrist**  
**Wittenberg-Platz.**  
Wohnungen beim Volier  
**Grünow.**

**Verband der Wäsche- u. Krawattenbranche.**  
Für sämtliche Wäscherinnen, Krawatten-  
wäscherinnen, Aufschläger sowie Arbeiter-  
innen ist die **Wäsche-Fabrik**  
**Geb. Ritter, Chaussee 99**  
geöffnet. 251/19  
Des weiteren ist die Sperrung ver-  
hängt über Freyer, Gorgen-  
str. 24, wegen Nichtleistung der  
Vertragsbedingungen, und über die  
Blumenfirma J. Götz, Rosen-  
str. 18, weil Aufschläger nicht ein-  
gestellt sind.

**Der Vorstand.**  
**Deutscher**  
**Holzarbeiter - Verband.**  
**Achtung, Bauhandwerker!**  
Der Bau Bartsch, Kälte-  
Joachim Friedrichstr. 8, ist für  
Bodenleger gesperrt; dort werden  
Kleinfische von Arbeitswilligen zu  
Preisen unter dem Tarif gelost.

**Zugung ist fernzuhalten!**  
Die Ordnungswaltung.

**Achtung! Achtung!**  
**Bauarbeiter!**  
Da eine Anzahl entlassener Arbeit-  
williger verlangen die verschiedenen  
Fabrikanten Arbeiten auf den Bauten  
unter dem Tarifpreis anzufertigen,  
machen wir darauf aufmerksam, daß  
unser Kollegen **grau**, monatlich  
gestempelte Kontrollkarten haben und  
auf Verlangen vorzeigen. 95/8\*

**Kommission**  
**der Jalousie-Arbeiter.**

**Achtung!**  
**Bauhandwerker!**  
Der Streik der Arbeiter ist beendet.  
Geöffnet sind:  
E. Doins, Kältestr. 103,  
H. Krause, Kältestr. 25,  
E. Jüngel, Prinz Eugenstr. 27,  
und bitten wir sämtliche Arbeiter, diese  
Büroen streng zu meiden. 297/3  
Die Lokalkommission.

**Deutscher**  
**Buchbinder - Verband.**  
Der Kampf der Etuis-Arbeiter  
um Einführung eines Tarifes  
dauert fort!  
Über die Firma H. Arnold,  
Papierwarenfabrik, Kälte-  
str. 114 und W. Kämmerer,  
Groß-Buchbinder, Kochstr. 67,  
ist die Sperrung verhängt.  
Zugung ist streng fernzuhalten.  
Die Ordnungswaltung.

**Achtung!**  
**Lederarbeiter, Weißgerber,**  
**Färber u. Hilfsarbeiter!**  
**Die Aussperrung dauert fort!**  
Nachsichende Firmen haben  
ausgehört und sind zu meiden  
(Zeder): Eick & Strasser, K.-O.,  
Drontheimerstr. 32-34,  
Hegemann, Kältestr. 18/19,  
Mayer, Kältestr. 75-82 u.  
Prinz-Allee 54-55,  
Karlus & Horzberger,  
Prinz-Allee 60,  
Schneider, Prinz-Allee 50,  
Schubert, Kältestr. 59,  
Schwarzmann, Prinz-Allee  
Nr. 78. 144/1\*

**Leuchter, Böhm, Gerlichstr. 23.**



# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 259. Sonnabend, den 4. November 1905.

Inserate sechsgealtene Kolonelle 20 Pf.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

## An die Charlottenburger Arbeiter!

Nur noch zwei Tage trennen uns von den Stadtverordneten-Wahlen. Am nächsten Montag ist den Charlottenburger Arbeitern Gelegenheit gegeben, Protest zu erheben gegen die liberale Schandwirtschaft in der Kommune. Ungeheuer groß ist die Zahl der Sünden unserer liberalen Stadtväter, bei jeder Gelegenheit haben sie sich als Verräter am Volke entpuppt, stets und freudig haben sie einzig und allein die Interessen der Besitzenden wahrgenommen, die der Minderbemittelten dagegen mit Füßen getreten.

Zu verhindern, daß in der dritten Wählerabteilung auch nur ein einziges Mandat den Liberalen zufällt, ist Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters. Wer durch Fernbleiben von der Wahl den Sieg der Liberalen herbeiführt, der handelt genau so als Verräter an der Sache der Arbeiterklasse wie derjenige, der einem liberalen Volksfeind seine Stimme gibt.

In den letzten Jahren ist die Charlottenburger Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen von Sieg zu Sieg geschritten. Ihre Stimmenzahl hat sich verdoppelt, und die Zahl ihrer Vertreter im Stadtparlament hat sich — dem Dreiklassenwahlsystem zum Trotz — von 2 auf 12 vermehrt. Soll die Sozialdemokratie weitere Fortschritte erzielen, dann muß jeder einzelne am Montag auf dem Posten sein und seine Pflicht tun. Es gilt, zwei Mandate zu behaupten und acht neue hinzuzuerobern.

Der Freisinn fühlt, daß er zu schwach ist, aus eigener Kraft in der dritten Wählerklasse etwas zu erreichen. Daher jener schmachvolle Kompromiß mit denen, die er vor kurzem noch aus heftigster Bekämpfung und Beschimpfung hat. Zwar ist eine Anzahl Freisinniger erbittert über diesen Kuhhandel, aber die Erbitterung wird sie nicht abhalten, der von der Parteileitung ausgehenden Parole zu folgen und gegen die Sozialdemokraten zu stimmen.

Neben dem liberalen Wischmasch erscheint die Mittelstandspartei auf dem Kampfplatz. Ihre Anhängerzahl ist gering. Die Gefahr, die uns von ihnen droht, besteht darin, daß sie bei etwaigen Stichwahlen den Ausschlag geben. Kommt es zur Stichwahl, dann werden die Anhänger aller Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokratie marschieren. Das steht bombenfest, denn noch niemals hat die Sozialdemokratie Charlottenburgs in einer Stichwahl ein Mandat erobert. Daher gilt es, alles aufzubieten, um schon im ersten Wahlgange den Sieg zu erringen.

Die Liberalen arbeiten mit Hochdruck. Die gesamte bürgerliche Presse hat sich in ihren Dienst gestellt, reichliche Geldmittel stehen ihnen zur Verfügung. Wir aber sind einzig und allein auf unsere eigene Kraft angewiesen. Unentgeltlich, aus Liebe zur Sache, in der Ueberzeugung von der völkerebefreienden Idee des Sozialismus stellen sich unsere Genossen zur Verfügung, bringen sie Opfer über Opfer. Sorgen wir dafür, daß die Opfer nicht vergeblich gebracht sind!

Hestig tobt der Kampf. Vor keinen noch so gemeinen Verleumdungen und Verdächtigungen schrecken die Gegner zurück. Erteilen wir ihnen die gebührende Antwort! Sehen wir alles ein, damit ihre Hoffnungen vereitelt werden! Auf die erste und zweite Wählerklasse haben wir keinen Einfluß. Um so mehr ist es unsere heiligste Pflicht, wenigstens die dritte Klasse für die Sozialdemokratie zu erobern.

## Partei-Angelegenheiten.

**Charlottenburg.** Sonntag, den 5. November: Flugblattverbreitung. Treffpunkt 1. Bezirk bei Basse, Potsdamerstr. 44. 2a-Berzirk bei Vade, Rehringstr. 25. 2b-Berzirk bei Fuhrmann Kaiser Friedrichstr. 45. 3a-Berzirk bei Müller, Postenstr. 3, und Pfeiler, Gutenbergsstr. 3. 3b-Berzirk bei Reil, Dönhofsstr. 4. 3c-Berzirk bei Lindstädt, Grasmühlstr. 5. 4. Bezirk bei Dörce, Wallstraße 90. 5. Bezirk bei Bartisch, Eisenheimerstr. 11. 6. Bezirk bei Reetens (früher Sellin), Krumme Str. 46. 7. Bezirk bei Grafvunder, Wielandstr. 4. 8. Bezirk bei Campowski, Kleiststr. 15.

Da dieses die letzte Flugblattverbreitung vor der am Montag, den 6. d. M., stattfindenden Wahl ist und nach der Flugblattverbreitung noch eine kurze Versammlung stattfindet, so haben sämtliche Genossen pünktlich um 8 Uhr zu erscheinen. Desgleichen ersehen wie die Genossen, am Tage der Wahl vollständig zur Arbeit zu erscheinen und möglichst bis 3 Uhr im Wahllokale ihre Stimme abzugeben, um dadurch die Schleißerdienste zu erleichtern. Der unnötige Aufenthalt im Wahllokale ist zu vermeiden. Auch ersehen wir die Radfahrer, am Sonntag wie am Montag pünktlich zur Stelle zu sein.

**Teltow.** Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Priedenbagen'schen Lokale eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt. Der Stadtverordnete Genosse Groger, Nixdorf hat das Referat übernommen. Weiter werden die hiesigen Gemeindevertreter Bericht erstatten über ihre bisherige Tätigkeit, auch findet die Aufstellung eines vierten Kandidaten statt. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

**Steglitz.** Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schellhase. Tagesordnung: Vortrag; Bericht von der Generalversammlung; Verschiedenes.

## Vorort-Nachrichten.

Nord-Ost-Kreisbahn.

Ein Millionenprojekt, welches für die nördlichen und östlichen Berliner Vororte von derselben Bedeutung ist, wie der Teltow-

Kanal für die westlichen und südlichen Vororte, wird der Kreis Nieder-Barnim in eigener Regie ausführen. Es handelt sich um den Bau einer Eisenbahn von Ziegel durch die nördlichen und östlichen Vororte nach Friedrichsfelde (Magerviehhof). Der Plan liegt bereits bei der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung. Seit Jahren schon ist von Privatunternehmern der Bau von Straßenbahnlinien auf Teilen der angegebenen Strecke beabsichtigt, doch kam nichts Positives zustande, weil sich bei der Rentabilitätsberechnung immer herausstellte, daß die Einschließung des Güterverkehrs notwendig ist, die sich jedoch beim elektrischen Straßenbahnbetriebe in großem Umfange nicht ermöglichen läßt. Das Eisenbahnprojekt des Kreises Nieder-Barnim sieht nun den Anschlag an die Berlin-Stettiner und Berlin-Stralsunder Staatsbahnstrecke vor. Die Vinführung der Nord-Ost-Kreisbahn ist noch nicht bekannt gegeben.

### Schöneberg.

Der glänzende Ausfall der Schöneberger Stadtverordnetenwahlen liegt den Gegnern arg in den Gliedern. Die freisinnige Presse schilt ihre Parteigenossen ob ihrer Gleichgültigkeit, denn ohne dieselbe wäre der Sieg nicht unser gewesen. Damit soll nur die Niederlage verdeutlicht werden, die sich diese Herren geholt haben. Unsere Gegner waren durchaus nicht so toll, wie sie jetzt glauben machen wollen, im Gegenteil wurde in den letzten Tagen mit Hochdruck gearbeitet; aber alles half nichts. Jetzt nach der Wahl wird versucht, uns auf anderem Wege ein Mandat abzugewinnen. In der „Germania“ lesen wir:

„Wie man uns noch mittelt, wird die Wahl für den 3. Bezirk nach ein Rückschlag haben. Befanntlich war dort ein Hausbesitzer zu wählen und seitens der sozialdemokratischen Partei war Redaktionsleiter Gabriel als solcher aufgestellt worden. Er erhielt auch die Stimmenmajorität. Die Wahl Gabriels ist jedoch noch nicht feststehend, da sie von den bürgerlichen Parteien aus dem Grunde angefochten wird, weil G. angeblich kein Hausbesitzer sei. Der Wahlvorstand hat die Entscheidung an eine höhere Instanz gegeben, die ihren Bescheid am Montag verkünden wird. Wird zuungunsten der Sozialdemokraten entschieden, so wäre Sekretär Schneider (Grundbesitzerverein) gewählt. Im städtischen Grundbuchamt herrschte heute großer Andrang, da man sich von der Auffassung eines Terrains für Gabriel überzeugen wollte. Befanntlich haben sich die Katholiken in Schöneberg an den Wahlen nicht beteiligt, da man es auf liberaler Seite nicht als notwendig und opportun ansah, sich mit dem Zentrumsteuermittel von Sanft Natigios' zwecks Unterstützung der bürgerlichen Kandidaten in Verbindung zu setzen. Falls letzteres geschehen wäre, würde das Wahlergebnis in mehreren Bezirken ein anderes gewesen sein.“

Wir können im Augenblick nicht feststellen, was an der Notiz Wahres ist, wir teilen sie nur mit, zur Charakterisierung der Stimmung der Gegner, wie sie durch unseren Sieg erzeugt wurde. Wir werden aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern unser Ziel — die dritte Abteilung der Sozialdemokratie — mit aller Energie weiter verfolgen.

Einen Gorki-Abend veranstaltet der Verein zur Förderung der Kunst am Sonntag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Hohenzollern-Symposium, Belgischer und Eisenacherstrassen-Ecke, wozu in unserer Parteispedition Martin Lutherstr. 51 beim Genossen Baumler Karten zum Preise von 80 Pf. zu haben sind.

### Weißensee.

Die Mitglieder der 14. Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung veranstalten heute, Sonnabend, den 4. November er., im „Vörlaten“, Lehderstr. 122, einen Lichtbilder-Vortrag über englische, schweizerische und deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung. Freunden dieser Genossenschaftsbewegung und solchen, die es werden wollen, ist hiermit Gelegenheit gegeben, sich über den Stand der Genossenschaftsbewegung eingehende Kenntnisse zu verschaffen. Der Eintritt hierfür beträgt 10 Pf. Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

### Schmargendorf.

Am Dienstag hielt der hiesige Wahlverein seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß die Mitgliederzahl im letzten Quartal von 81 auf 69 gestiegen ist; die Mitglieder setzen sich zusammen aus folgenden Berufsarten: Arbeiter 21, Buchdrucker 3, Bildhauer 1, Klempner 1, Maurer 10, Maler 1, Schlosser 5, Schmiede 1, Schuhmacher 1, Steinsetzer 1, Tischler 3, Restaurateure 3, Zimmerer 1. Im Laufe des Quartals fanden 4 Mitglieder- und 1 Generalversammlung statt. Nach dem Bericht des Kassierers beliefen sich die Einnahmen auf 90,90 M., die Ausgaben auf 70,82 M., so daß ein Bestand von 20,08 M. verbleibt.

Der „Vorwärts“ wird am Ort in 82 Exemplaren gelesen; bedauerlich ist es, daß nur etwa 45 Parteigenossen den „Vorwärts“ abonnieren. Diese Zahl könnte größer sein, werden doch von Vorständen einiger Arbeiterorganisationen noch bürgerliche Zeitungen gelesen. — Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Wiedergewählt wurden die Genossen Guttbier, erster Vorsitzender, Rogatz, Kassierer, und Lanke, Schriftführer, zweiter Vorsitzender wurde Genosse Willi Karohle und Beisitzer Genosse Kippin. Als Lokalkommissionenmitglieder wurden die Genossen Red und Otto Dietrich, als Bibliothekar Genosse Weigner, als Zeitungsspediteur Genosse Kaminski und zu Bezirksführern die Genossen Weike Red, Paul Dietrich, Eisenberg und Anglaube gewählt; den Posten der Revisoren bekleiden die Genossen Reinke und Thomas. Unter Verschiedenes wurden auf Antrag des Kassierers wegen zu langen Rückstandes der Beiträge folgende Genossen aus dem Verein ausgeschlossen: Robert Gebold, Restaurateur, Alfred Schmidt, Buchdrucker, August Schmidt, Arbeiter, Hermann Schmidt, Arbeiter, Albert Ridel, Maurer, Albert Woller, Arbeiter, und Friedrich Ridel, Arbeiter. Der Bericht der Delegierten von der Kreis-Generalversammlung in Nixdorf wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit zurückgestellt. Die nächste Versammlung findet am 14. November im Wirtschaftshaus Schmargendorf statt.

### Nowawes.

Eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins fand am Mittwoch im Schmidtschen Lokale in Nowawes statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Genosse Gruhl dem kürzlich verstorbenen früheren Kassierer des Wahlvereins, Ernst Uebel, einen warm empfundenen Nachruf; die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. — Genosse Gomoll teilte mit, daß am 10. November im Lokal von Hiemele, Wallstraße, Genosse Jubel seinen Vortrag über das Parteiprogramm begeben wird. — Hierauf hielt Herr... in der Schöneberger einen ein-

stündigen Vortrag über „Klasseninteressen“, welchen die Versammlung mit lebhaftem Beifall aufnahm. — Darauf referierte Genosse Dammernitz über die Verhandlungen der am Sonntag in Nixdorf stattgefundenen Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins, welcher Bericht durch die Delegierten Gomoll und Krohnberg ergänzt wurde. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die „Vorwärts“-Angelegenheit; Genosse Hoffmann führte aus, daß er sich mit dem Verhalten der Funktionäre und des Parteivorstandes nicht einverstanden erklären könne, da die Partei dadurch schweren Schaden haben werde und man mit Leuten, die wie die sechs Redakteure eine betrugartige Vertrauensstellung in der Partei jahrelang innegehabt haben, anders umgehen müsse. Genosse Gruhl erklärte, daß ihm die Behandlung der Angelegenheit durch die gegangenen Redakteure nicht gefallen habe; das sei Sensationsmacherei gewesen; Redner schildert die Entwicklung der ganzen Angelegenheit und meint, daß sich die Vertrauensleute bei den Verhandlungen über die Schreibweise des „Vorwärts“ hätten fragen müssen, ob denn durch die Redaktion dieses Organs die Parteibewegung in Berlin verkräftet sei oder das Blatt an Verbreitung eingebüßt habe; da das gerade Gegenteil der Fall sei, so könne er die Personalveränderungen in der „Vorwärts“-Redaktion nicht für notwendig halten. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Genossen Krohnberg und Kreth, welche ebenfalls die Art der Behandlung dieser Frage verurteilten, wurde die Debatte hierüber geschlossen. — Unter „Verschiedenes“ nahm die Versammlung von der Mitteilung Kenntnis, daß am 18. November im „Volksgarten“ eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher über die Notwendigkeit der Beteiligung der organisierten Arbeiter an der am 15. November stattfindenden Delegiertenwahl zur Ortskassenklasse verhandelt werden soll. — Zur Aufnahme in den Verein hatten sich 15 Genossen gemeldet.

### Reinickendorf-Ost.

Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 31. Oktober, im Lokale des Herrn Lange, Schönholz, eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Kubig referierte über den Parteitag in Jena. Auf Wunsch gab er zunächst einen Ueberblick über das neue Organisationsstatut von Groß-Berlin. Dann wandte er sich den Verhandlungen in Jena zu. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution mit den Beschlüssen in Jena einverstanden. Dann gab die Aenderung in der Redaktion des „Vorwärts“ Anlaß zu längeren Ausführungen. Genosse Kubig hatte in eingehender Darlegung die Ursachen für das Vorgehen des Parteivorstandes und der Prekominmission vorgetragen. Das veranlaßte die Genossen Schumacher und Schöneberg, sich entschieden gegen das Verhalten des Vorstandes und der Prekominmission auszusprechen, dagegen vertrat Genosse Gurk den Standpunkt, daß sich diese Körperchaften nur im Rahmen des Statuts gehalten hätten. Mit großer Majorität ist resolierte die Versammlung im Sinne der Ausführungen Gurks und Kubigs.

### Fichtenau-Schöneiche-Klein-Schönebeck.

„Ueber die Lage der Landarbeiter und die Sozialdemokratie“ referierte im Waldschloßchen zu Schöneiche der Genosse Vorkschütter Albert Schmidt. Mit lebhaftem Beifall wurden von der überwiegend ländlichen Zuhörerschaft die Schilderungen begleitet, in denen der Redner auf Grund eigener Ergebnisse die wirtschaftliche Abhängigkeit, die rechtliche Ausnahmestellung und das Bestreben dieser besonders unterdrückten Arbeiterklasse nach besserer Schulung schilderte und zum Anschlag an die Sozialdemokratie aufrief, die allein für Befreiung der Arbeiterschaft aus ihren wirtschaftlichen und politischen Fesseln eintrete. In der Diskussion ergänzten die Genossen Rüd und Röhl die Ausführungen des Referenten. Besonders wurden aus den Verhältnissen auf dem Gute Schöneiche die schlechten Schulverhältnisse und die Tatsache hervorgehoben, daß einer alten Frau Jahr und Tag ein Raum als Viehhaltung angewiesen war, der als zu schlecht für Schweinefäße bezeichnet wurde. Mit einem Appell zum Erjay der sogenannten parteilosen Wähler durch den „Vorwärts“ schloß die anregende Versammlung.

### Pankow.

Ueber die Erträge des Pankower Mieselgutes Mühlenbeck in der Zeit, während der es sich im Besitz der Gemeinde befindet, liegt folgender Bericht vor. Das Rittergut Mühlenbeck ging am 25. August 1902 in den Besitz der Gemeinde für den Preis von 830 000 M. mit sämtlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar über. Die übernommenen Vorräte hatten einen Wert von 89 816 M., so daß als reiner Wert des Gutes mit Gebäuden und Inventar 730 184 M. verbleiben. Die Größe des Gutes beträgt 1855 Morgen, der einzelne Morgen stellt sich demnach auf 639 M. Für die Zeit vom 15. August 1902 bis 31. März 1903 betragen die Einnahmen 77 761,90 M., die Ausgaben 63 812,19 M., so daß ein Ueberschuß von 13 949,71 M. verbleibt. Das Anlagekapital von 730 184 M. (die übernommenen Vorräte sind von dem gezahlten Kaufpreis in Abzug gebracht) hat sich in diesen ersten einhalb Monaten mit 3,06 Proz. verzinst. Nach der Jahresrechnung von 1903 stellt sich der Ertrag auf 16 803 Mark, was einer Verzinsung von 2,31 Proz. entspricht. Für 1904 liegt die endgültige Jahresrechnung noch nicht vor. Nach dem Abschluß der Kassenbücher beträgt der Ueberschuß für 1904 nur 12 496,55 M. Dies würde einer Verzinsung mit nur 1,70 Proz. entsprechen. Da das Gut ausschließlich für die Zwecke der Kanalisation angelauft ist, so dürfte man zufrieden sein, wenn nur durch die Erträge die Verzinsung und die Verwaltungskosten der zu dem Anlauf seinerzeit aufgenommenen Anleihe, das sind 3 1/2 Proz. gedeckt werden. Ob dies Resultat erzielt werden wird, ist freilich zweifelhaft. Die Stadt Berlin erzielt nur eine durchschnittliche Verzinsung von 1 Proz. Charlottenburg, Prenzlau, Darmstadt und andere Städte, die ihre Mieselgüter verpachtet haben, erzielen auch nur eine durchschnittliche Verzinsung von 2-3 Proz. Nixdorf allerdings mit seinem Gute Wahnmannsdorf eine Verzinsung von 6 Proz. Man erhofft, daß die Erträge des Gutes Mühlenbeck höhere werden, wenn erst geriebelt wird und dann Verläufe von Mieselgrad und Verpachtungen stattfinden können.

### Spandau.

Die Bauarbeiter Spandaus wollen in ihrer am 5. November, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Rupprecht, Bismarckstr. 5, stattfindenden Versammlung zur Lohnfrage Stellung nehmen und ersuchen speziell die Abgeordneten um zahlreiches Erscheinen.

## Berliner Nachrichten.

Verkehrsverbesserungen auf dem Nordring. Die in letzter Zeit auf den Stationen des Nordringes aufgetretene außerordentliche Verkehrssteigerung, die sich besonders in den Stunden des starken Arbeiterverkehrs bemerkbar macht und die darauf zurückzuführen ist.



daß nach Beendigung der Arbeitseinstellung bei den elektrischen Werken die Arbeiterzahl der in der Nähe des Nordrings gelegenen Fabriken beträchtlich vergrößert worden ist, hat dem Vernehmen nach die Königl. Eisenbahndirektion Berlin veranlaßt, die Züge auf dem Nordring weiter zu verstärken und die baulichen Anlagen auf einigen Stationen, namentlich soweit sie den Ab- und Zugang vermitteln, zu verbessern.

Es wird auch die höchste Zeit, daß die Nordringzüge verstärkt werden, denn die auf diesem Gebiete herrschenden Mißstände schreien schon längst — und nicht erst nach Beendigung der Arbeitseinstellung bei den elektrischen Werken — zum Himmel.

Bei den elektrischen Versuchsfahrten auf der Strecke Nieder-Schöneweide — Spindlersfeld handelt es sich zunächst um die Prüfung verschiedener Neuerungen an den für die Hamburger Stadtbahn bestimmten Triebwagen. Die Versuchsfahrten werden noch einige Zeit andauern, und da die Stadtbahnverwaltung danach erst auf der Hamburg-Altonaer Strecke Erfahrungen zu sammeln beabsichtigt, liegt die Anwendung der Berliner Stadtbahn für den elektrischen Betrieb noch in ziemlich weiter Ferne. Interessant ist die Gesamtanordnung der neuen elektrischen Zugmaschine, wie sie für den Stadt- und Vorortbetrieb gedacht ist. Sie besteht aus zwei kurzgepuffelten, langen Wagen und enthält drei Motoren, von denen zwei an dem Zugende liegen, an welchem die Stromentnahme — durch zwei Bügel — erfolgt. Diese Anordnung empfahl sich, weil so zwei Gefahrenpunkte (der Strom in der Oberleitung wird bekanntlich 6000 Volt Spannung) dicht beieinander liegen. Der Arbeitsstrom gelangt zunächst in die Luftröhrenkammer und wird von hier erst den Motoren in einer Spannung von 750 Volt zugeführt. Bei der Fahrt arbeiten die vordere und hintere befindlichen Motoren gleichzeitig. Auf den Triebwagenhöfen ist eine Stromspannung von nur 300 Volt vorgesehen. Die Wagen sind dreischig und so angeordnet, daß bei der Zugeinheit je zwei Achsen mit Drehgestell an den äußeren Enden stehen.

Zu unbegründeten Nordgerüchten hat gestern und vorgestern die Auffindung zweier Frauenleichen Veranlassung gegeben. Im ersten Falle handelt es sich um folgenden Tatbestand: Seit dem 1. Oktober hauste die am 1. Dezember 1848 geborene Witwe Anna Steid in einem bescheidenen Stübchen in dem Hause Hagelsbergerstraße 30. Seit dem 21. Oktober hatte die Alte nichts von sich hören und sehen lassen. Den Nachbarn war dies allmählich aufgefallen. Als Frau St. auch bis zum vorgestrigen Mittwochabend nicht aus ihrer Wohnung herauskam, schloß man Verdacht. Es wurde die Polizei requiriert und die Stubentür gewaltsam geöffnet. Auf dem Fußboden lag die Vermisste als Leiche. Eine Woche hindurch hatte sie tot dort gelegen. Die Todesursache konnte nicht an Ort und Stelle mit Sicherheit festgestellt werden. Es hat jedoch allen Anschein, daß die Witwe in einem Anfall von Herzschwäche in ihrer Kammer zusammengebrochen und hilflos gestorben ist. Jemand welche Spuren äußerer Gewalt waren an der Toten nicht zu entdecken. Zur Feststellung der genauen Todesursache wurde die Leiche nach dem Schauhaus gebracht. — Der zweite Fall wird uns aus Nixdorf gemeldet. Dort hat in dem Hause Hohrechtstraße 1 die 70 Jahre alte Witwe Sophie Schulz geh. Walle eine kleine Wohnung inne. Auch die Sch. wurde seit einer Reihe von Tagen von den Mitbewohnern vernachlässigt. Als gestern nachmittag der Schuhmacher Friedrich Helmman aus der Waisenstraße 37 seine Schwägerin, die Sch., besuchen wollte, klopfte er vergeblich an der Korridor tür. Da er auf seine Erfindungen bei der Nachbarschaft erfuhr, daß man seine Schwägerin schon seit Sonntag nicht mehr gesehen habe, ließ er die Wohnung öffnen. In ihrer Küche vor dem Herd fand man die Gerichte als Leiche vor. Sie hatte jedenfalls das gleiche Schicksal erlitten als Frau Steid. Der sofort hinzugerufene Kreisarzt stellte fest, daß der Tod schon vor einigen Tagen infolge Herzlähmung eingetreten ist. Die Gerüchte, die darauf hindeuteten, daß Frau Sch. einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei, entbehren somit jeder Begründung.

Der Viehbestand in Berlin. Nach den Erhebungen der städtischen Steuerdeputation aus Anlaß des Viehschutzes waren am 1. Dezember 1904 in Berlin 45 721 Pferde und 10 480 Stück Rindvieh vorhanden (gegen 43 732 bzw. 10 020 im Vorjahre). Nach dem Hundsteuer-Kataster gab es im 1. Quartal 1904 in Berlin 37 208 Hunde; ihre Zahl hat sich gegen das Vorjahr um 1155 vermehrt.

Die Sonntagsruhe im Handel mit Rohreis und im Gewerbebetriebe in Eisfabriken regelt eine soeben veröffentlichte Polizeiverordnung des Regierungs-Präsidenten für die Gemeindebezirke Lichtenberg, Reinickendorf, Waghagen-Kummelsburg, Ziegel, Weihensee, Gröner, Köpenick Grünau, Mariendorf, Brix, Siedlich und Teltow sowie für die Gutsbezirke Köpenick-Nord, Pöhlensee und für die zum Gemeindebezirk Köpenick gehörenden Ortsteile Wilhelmshagen und Kordend. Die für die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern usw. freigegebenen Stunden sind für die einzelnen Gemeinden, die in drei Gruppen geteilt werden, verschieden festgesetzt; im übrigen entsprechen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung, welche am 15. November d. J. in Kraft tritt, den für den Landespoliciebezirk Berlin erlassenen Bestimmungen.

Für Uebernahme des Rettungswesens in die Hände der städtischen Behörden tritt in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ ein Arzt ein. Er schreibt: „Vor einiger Zeit war in der Presse die Notiz zu lesen, daß die städtischen Behörden zu Beginn des nächsten Jahres im Rathaus eine Radweidstelle für freie Betten in Krankenhäusern einzurichten gedächten, bei der eventuell auch Krankentransportwagen bestellt werden könnten. Die vor jetzt acht Jahren auf Anregung und unter Vorbehalt des Geheimen Rats Professor v. Bergmann begründete Rettungsgesellschaft, deren in der Ziegelstraße im Langenb.-Hause belegene Zentrale den Radweid freien Betten in den Krankenhäusern als eine ihrer weitgehenden Aufgaben betrachtet, hat nach dem übereinstimmenden Urteil der Sachkenner besonders diese Aufgabe in mustergetreuer Weise erfüllt. Da die Zentrale mit sämtlichen (nicht allein den städtischen) Krankenhäusern, nicht nur Berlin, sondern auch von Nachbar-gemeinden, ferner mit den in allen Teilen der Stadt verteilten neun Rettungswachen, mit dem Polizeipräsidium und noch anderen Stellen durch direkte Telefondrähte verbunden ist, so ist sie in der Lage, ihren Zwecken voll auf zu genügen. Allein im Jahre 1904 wurde die Zentrale in 47 516 Fällen in Anspruch genommen. Da auf allen Rettungswachen Ärzte und Heilgehilfen ständig anwesend sind, so ist es möglich, bei größeren Unglücksfällen durch einen einzigen Anruf Ärzte und Hilfspersonal in genügender Anzahl und schnellstens an die Unfallstelle zu schaffen. Ganz besonders aber sind die über das ganze Gebiet von Groß-Berlin und namentlich auch in der von der minder wohlhabenden Bevölkerung bewohnten Peripherie verteilten zahlreichen Rettungswachen der Rettungsgesellschaft, der Unfallstation vom Roten Kreuz und der Sanitäts-wachen als Wachtstationen bei einem Einfall von Epidemien zu dienen berufen. Bei drohender Cholera zum Beispiel werden die auf den Stationen befindlichen Ärzte die Erkrankten, bei denen sie die Erkrankung festgestellt haben, mit Hilfe der Zentrale, die das Hospital vom dem Entsetzen des Kranken vorher benachrichtigt, unverzüglich in das Krankenhaus schaffen, der Krankheitsverdächtige sofort an die vorgeschriebenen Stellen zur Bewachung überweisen, so daß sich die Stationen als treffliche Vorposten im Kampfe gegen Seuchen behaupten können. Solche Erfolge lassen sich nur durch die ständige Hilfsbereitschaft von Ärzten erzielen, und hieraus geht schon hervor, wie durchaus notwendig die Verbindung der Zentrale mit den Rettungswachen ist. Es ist also nur zu wünschen, daß die städtischen Behörden, die das Rettungswesen bisher nicht ausreichend versorgt haben, jetzt ganze Arbeit leisten und die Einrichtungen, die von privater Seite in nicht genug anerkennender Weise ins Leben gerufen und erhalten worden sind, in eigene Verwaltung übernehmen. Dann kann und wird in sozialer und hygienischer Beziehung etwas wirklich

Ruhbringendes und der Großstadt Würdiges geschaffen werden. Die Zentrale der Rettungsgesellschaft, die verschiedenen Rettungswachen, das vom Verband für erste Hilfe erst jüngst und unter Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten geschaffene Krankentransportwesen, der in der Zentrale der Rettungsgesellschaft befindliche Krankenpflegenachweis, alles das gehört in das Gebiet städtischer Fürsorge. Die geplante Radweidstelle im Rathaus könnte nur beschränkten Wert haben und dadurch bisher bewährte Einrichtungen schädigen.“

Die hier gemachten Ausführungen decken sich im wesentlichen mit dem, was seit Jahren von sozialdemokratischer Seite im Roten Hause verlangt wurde.

Die Sonntagsruhe der Schlächter auf dem städtischen Schlachthofe in Gefahr. Für die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit auf dem städtischen Schlachthofe verwenden sich die Engros-schlächtermeister in einer Petition an die städtische Schlachthof-direktion. Bekanntlich sind die Sonntagschlachtungen infolge einer umfassenden Bewegung der Schlächtergehilfen vor einiger Zeit verboten worden. Die Engros-schlächter betonen nun, daß ihnen durch diese Maßnahme großer Schaden erwächst, da das am Montag zum Verkauf gelangende Fleisch am Tage vorher hergerichtet werden müsse. Insbesondere müsse der Kalb und die Schinken am Sonntag präpariert werden.

Hoffentlich ist die Organisation der Schlächtergehilfen auf der Wacht, um den Anschlag auf die Sonntagsruhe abzuwehren.

Schwerer Baufall auf den Aschinger-Abrißgrundstücken. Nachdem erst kürzlich, wie wir berichteten, beim Niederlegen des Grundstücks Königgräberstr. 129, das wie die Nebenhäuser Nr. 124 bis 127 abgerissen wird, um Prachtbauten der Aschinger-Gesellschaft Platz zu machen, ein Arbeiter durch Absturz verunglückte, haben wir heute wieder einen ähnlichen Unglücksfall zu verzeichnen. Durch Einsturz eines Balkons wurde ein Arbeiter tödlich und ein anderer leicht verletzt, während es zwei weiteren Arbeitern gelang, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Der Absturz der Gebäude ist durchweg bis zum ersten Stock vollendet. Als nun gestern (Freitag) früh der Vorderbalkon des Hauses Nr. 125 niedergelegt werden sollte, brach dieser plötzlich in sich zusammen. Von den vier Arbeitern, die gerade auf ihm standen, retteten sich zwei durch einen Seitenprung. Zwei andere aber stürzten mit den Steinmassen zur Erde, wobei der 34-jährige verheiratete Arbeiter Schlemmel aus Nixdorf vollständig unter den Steinmassen begraben wurde. Der Schreckenschrei, der über den zweiten Bauplatz laut wurde, rief sofort Dutzende von Arbeitern an die Unfallstelle, die sich gleich an die Befreiung des Kameraden machten. Er wurde zwar noch lebend unter den Trümmern hervor-gezogen und durch einen schnell herbeigeholten Krankenwagen nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft, doch ist sein Befinden hoffnungslos. Neben einem Bruch der Wirbelsäule scheint er noch andere schwere innere Verletzungen davongetragen zu haben. Ein Kollege von ihm, der ebenfalls mit in die Tiefe gerissen wurde, erlitt geringere Verletzungen. Einem Schutzmann, der sich gerade unter dem Schuttdache des Hauses befand, wurde von dem herab-stürzenden Balkon beim Durchschlagen des Schuttdaches der Helm vom Kopfe gerissen, doch kam er mit dem bloßen Schreck davon.

Vor Eindrehern in Lackschuhen und Zylinder mögen Geschäftsleute und Hausverwalter auf der Hut sein. Sie gehören zu den Spezialisten, die durch die Dedes leerstehender Wohnungen in die darunter befindlichen Läden einsteigen und dazu eine Strickleiter benutzen. Es sind zwei Spigbüben, die gemeinsam arbeiten und ganz planmäßig vorgehen. Sie erkundigen sich, wo eine Wohnung im ersten Stock über einem Laden oder höher über anderen Geschäfts-räumen frei ist, tun so, als ob sie sie mieten wollten und lassen sich vom Hausverwalter alles zeigen. Dabei unterziehen sie durch Klopfen, ob die Diele aus Holz besteht oder etwa gewölbt oder sonst gesichert ist. Einmal fragten sie auch, ob es erlaubt sei und auch nachts nicht störe, wenn sie in den Räumen einmal kräftig hämmerten, wie das in ihrem Geschäft vorkommen könne. In der nächsten Nacht nach der Besichtigung kommen dann die „Rieter“ mit Dietrichen, Sägen und Drechseln, um die Geschäftsleute unter der Wohnung heimzusuchen. In mehreren Fällen wurden sie gestört und kamen nicht zum Ziel, in anderen hatten sie Erfolg, zuletzt in einem Seidenwarengeschäft in der Oranienstr. 135, wo sie für 2000 Mark Wulsen und bares Geld erbeuteten. Die beiden Ein-drehen sind mittelgroß und gehen fein gekleidet; der eine trägt einen kleinen runden schwarzen Hut, der andere einen Zylinder und Lackschuhe.

Mit Benzindämpfen vergiftet hat sich gestern bei der Arbeit der Lehrbursche Albert Radwiz in der Glanzlederfabrik von Meyer in der Finzen-Allee 54. Dort wird Benzol gebraucht, um das Leder zum „Kollen“ weich zu machen. Radwiz goß nun zu viel auf, so daß sich starke Dämpfe entwickelten, die er einatmete. Plötzlich brach er ohnmächtig zusammen und mußte mit einem Lackschuhwagen nach dem Krankenhaus Roabit gebracht werden.

Spurlos verschwunden ist seit Dienstag abend der 19-jährige Hermann Schwahn, der bei den Eltern, Kottbusser Damm 16/17, wohnte. Es wird vermutet, daß dem jungen Mann irgend ein Unglücksfall zugestoßen ist oder er ist das Opfer eines Ver-brechens geworden. Bekleidet war derselbe mit dunklem Jackett-anzug, grau gestreiftem Ueberzieher, schwarzem gestreiften weichen Filzhut, besaß einen vierkantigen grauen Spazierstock mit runder Krücke und trug schwarze Schnürstiefel.

In der freien Volksschule beginnt am Montag, den 6. November, von 8—9 Dr. Johannes Schubert seinen vierstündigen Zyklus über: „Geschichte des deutschen Volksliedes“ mit erläuternden Gesangs-vorträgen zur Laute. — Die Vorträge finden im Rathaus Zimmer 109 (Eingang Jüdenstraße) statt. Hörerkarten für die Mitglieder der Gewerkschaften zu ermäßigten Preisen bei Dorich, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Feuerbericht. Am Haleschen Ufer 34 kam in einem Stein-kothenlager ein größeres Feuer aus. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — Garbinnen, Kleidungs-stücke, Möbel etc. gingen dann in der Demminerstr. 6, Schillingstr. 36 und in der Horststr. 1 in Flammen auf, während es in der Kleinen Markusstr. 17 in einer Küche brannte. — Alertei Gerimpel und Verpackungsmaterialien wurden in der Gontardstr. 3 und Kartons etc. in der Vorjahrgenerstr. 24 eingedäschert. — Schließlich hatte die dritte Kompanie nach Karlöbad 19 einen Brand zu unterdrücken, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. — Die übrigen Alarmierungen, die außerdem in der Zwischenzeit aus dem Zoologischen Garten, aus der Waldemarstr. 61 und noch aus einigen anderen Orten einkamen, waren auf „Blinden Lärm“ zurückzuführen.

Zwei böswillige Alarmierungen der Feuerwehr sind aus der Nacht zum Freitag zu melden. Sie führten nach dem Vintaplag und nach der Mühlentstraße. Da beide Alarmstellen nicht weit von ein-ander entfernt liegen, so ist anzunehmen, daß ein und dieselbe Person in beiden Fällen in Betracht kommt. Leider gelang es aber nicht, den frevelhaften Vurichen bei seinem listigen Treiben ab-zufassen. Die herbeigeholten Löschzüge mußten vielmehr unrichtigere Sache wieder abrüden.

Ein probates Mittel, renitente Hausbesitzer zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu zwingen, hat der Amtsvorsteher in Rowand-Neuendorf angewandt. Der Bauunternehmer Schultheiß hatte vor seinem Hause an der Schulstr. 10 in Neuendorf eine Veranda errichtet, die zur Etablierung einer Restauration Ver-wendung finden sollte. Da er jedoch nicht die polizeiliche Erlaubnis zu dem Bau eingeholt hatte, wurde er verurteilt, die Veranda wieder abzureißen; der Hausbesitzer war jedoch trotz amtlicher Aufforderung hierzu nicht zu bewegen, und so erschienen am Donnerstag Mannschaften der Feuerwehr, welche unter Leitung des Gemeindebauamts die Veranda abrißen. Natürlich hatte der Hausbesitzer neben dem nicht unbeträchtlichen Schaden noch den Spott der zahlreichen Zuschauer zu tragen.

Das Apollo-Theater hat mit einem reichhaltigen und ab-wechslungsreichen Programm den neuen Monat angefangen. Da Berlin jetzt im Zeichen der Pariserinnen steht, hat sich auch das Apollo-Theater eine solche in Gestalt der Mad. Deberio zugelegt, eine Französin, die ihre lebenswürdigen Chansons mit Zaubers- und Verwandlungstricks begleitet. Eine ganz neue Spezies in der Akrobatenwelt sind die 3 Vogerts, welche mit ihren waghaftesten Tricks auf dem Schleuderbrett das Publikum in atemlose Spannung versetzen. Robert Steidl hat, wie immer mit seinem unverwundlichen Humor, die Lacher stets auf seiner Seite. Das Ballet „Quadrille parisienne“ wird von 24 Damen in farbenprächtigen Kostümen getanzt. Die Gebrüder Wille sind noch eine Zeitlang gewonnen worden. Eingeleitet wurde der Abend durch Lindes populäre Operette „Frau Luna“.

Im Zoologischen Garten beträgt das Eintrittsgeld am heutigen ersten Sonntag im Monat 25 Pf. für die Person. Von nachmittags 4 Uhr ab konzertiert im großen Festsaal die beliebte Kapelle des Königin Augusta-Regiments, Dir. Przhworski.

## Verfammlungen.

Centralverband der Töpfer. In der Generalversammlung der Zirkale Berlin, die am 28. Oktober in den „Andreas-Festsaal“ tagte, hielt Ernst Bräuner einen Vortrag über „Parlei und Gewerkschaften“, der beifällig aufgenommen wurde. Auf Antrag von K. M. N. H., der bemerkte, daß wohl viele mit den Ausführungen des Redners nicht ganz einverstanden wären und darum eine längere Aussprache nötig sei, wurde die Diskussion auf eine spätere Versammlung vertagt. — Dann berichtete der Kassierer Heising über die Abrechnung vom dritten Quartal, die den Mitgliedern bereits im „Töpfer“ gedruckt vorgelegt worden war. Die General-versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Entlastung. Die Zirkale zählte am Quartalschluß 2458 Mitglieder. Es wurde geteilt, daß viele von Berlin abgereiste Mitglieder sich nicht ab-gemeldet hatten und deshalb wegen Beitragschulden gestrichen wer-den mußten. — Zur Vervollständigung der Bibliothek wurden außer den bereits zur Verfügung stehenden 100 R. noch 150 R. bewilligt. Ueber den kürzlich abgehaltenen G. A. u. G. berichtete S. O. G. Die Diskussion über diesen Punkt wurde vertagt, bis der ausführliche gedruckte Bericht im „Töpfer“ vorliegt. — Hierauf gab der Vor-sitzende S. O. G. den Bericht über die Fensterfrage. Der Beschluß, vom 15. Oktober ab nur bei verglasten oder genügend verschalteten Fenstern zu arbeiten, ist auf fast allen Bauten mit ex-zerfährlicher Konsequenz durchgeführt worden. 500 bis 600 Töpfer ließen die Arbeit ruhen. Die meisten konnten am Montagmittag oder am Dienstag weiterarbeiten, eine große Zahl war jedoch die ganze vorige Woche arbeitslos. Unterstützung wurde bis jetzt an 109 Kollegen zirka 850 R. gezahlt; viele dazu Berechtigte haben jedoch ihre Unterstützung nicht verlangt. — Auf Antrag des Vor-sitzenden erklärte die Versammlung sich damit einverstanden, daß auch die in der Woche vom 15. bis zum 21. Oktober im Radweid ein-geschriebenen Arbeitslosen als durch die Fensterfrage in Mitleiden-schaft gezogen die Unterstützung erhalten. — Zum Revisor des Zentralvorstandes wurde B. O. H. H. M. E. gewählt.

### Richtigstellung.

In Nr. 255 des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 31./10. 05, in dem Bericht der am 29./10. 05 in Nixdorf stattgefundenen General-versammlung des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beesdow-Storkow-Charlottenburg wird gesagt: Es wurde eine Kommission, bestehend aus dem Genossen Waale, Jubel, Wegler, Thiel, eingesetzt usw. usw. Es muß heißen: Dem Zentralvorstande mit den Genossen Waale, Jubel, Wegler, Thiel ist der Auftrag erteilt, ein Statut des Kreis-Wahlvereins der Neuorganisation entsprechend auszuarbeiten.

J. A. W. Eberhardt.

## Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Sebelberg-Hause fuhr, wie nach einer amtlichen Meldung aus Hagen i. B. telegraphiert wird, gestern abend 7 Uhr 20 Minuten der Güterzug 6076 ohne Auftrag bei falscher Weichenstellung ab und stieß nach 100 Meter im falschen Gleis auf einen vor dem Prellbock stehenden Güter-wagen. Dieser bobete sich in den Führerstand der rückwärts fahrenden Tenderlokomotive ein und tötete den Lokomotivführer und den Heizer, beide aus Hagen.

Eine aufregende Ueberfahrt hatte, wie ein Kabeltelegramm aus New York meldet, der Dampfer „Graaf Waldersee“ von der Hamburg-Amerika-Linie, der gestern dort eingetroffen ist. Während einer Musikaufführung auf dem Dampfer am Abend des 27. Oktober brach ein schwerer Sturm über das Schiff herein. Gleichzeitg entstand in einer der Vorratskammern Feuer. Die Fahrgäste waren indes von dem Koncert so in Anspruch genommen, daß sie von dem Feuer nichts bemerkten, obgleich die Hälfte der Besatzung des Dampfers zur Unterdrückung der Flammen kommandiert wurde.

Großfeuer brach gestern morgen, wie aus Köln gemeldet wird, in der Horn- und Fischweinfabrik von Wahlen in Köln-Ehrenfeld aus, veranlaßt durch die Explosion leicht brennbarer Flüssigkeiten, die dem Feuer zu nahe gekommen waren. Zwei in dem Raum beschäftigte Arbeiter wurden schwer verbrüht und in hoffnungs-losem Zustande dem Hospital überliefert. Sämtliche Kölner Feuerwehren traten in Aktion und verhäuteten eine weitere Aus-breitung des Brandes.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Be-nutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. November, vorm. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Bürgerlokal des Rathauses, Saal 109, Eingang Jüdenstraße: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr vormittags in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Wer ist Christus? I. Das Ideal antiker Kassen.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Berein zur Bekämpfung der Tuberkulose. (Begründet von et-waligen Patienten der Heilstätte in Belg.) Sonnabend, den 4. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Köpflisten, Neue Köpflisten 26: Vortrag über „Der Tuberkulosekongress zu Paris.“ Gäste herzlich willkommen.

Berein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nixdorf-Brix. Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr: General-Versammlung. Deutscher Verein für Volksbildung (Vereinsgruppe Berlin). Sonn-abend, den 4. November, abends 8 Uhr, im Bürgerlokal des Rathauses: Herr Prof. Dr. med. Koller über „Die Wundbehandlung und die Ver-hütung von Wundinfektionen“. Der Zutritt steht jedermann unent-geltlich frei.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt-Haus-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ha 57—64, IIIa 50—55, IVa 49—48, Kalbfleisch Ia 83—88, Ha 70—80, IIIa 55—68, Dannefleisch Ia 63—73, Ha 48—58, Schweinefleisch 68—75, Rindfleisch 45—51 Pf. Kalb 3,50—4,10, Schwein 1,50—3,30, Kaninchen 2,50—1,08, Kammelschmalz 0,20—0,25 Pf. Rebsämer, junge Ia 0,80 bis 1,16, junge Ha 0,80—0,90, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,65—0,80, alte Ha 0,00—0,00. Kübner, alte 0,90—1,85, junge 0,75—1,80 das Stück. Tauben, junge 0,40—0,62, alte 0,35—0,46. Enten, junge 2,55, Gänse Ia, 3,50—4,00, Ha 2,50—3,50 per Stück, Ia 0,60—0,65, Ha 0,30—0,60 per Pfund. Gänse 82—93 R., Schlei, unrot 105—112, Kalk, groß 00—00, mittel 00,00 R., Kalken 00—00 R., Karphen 74—78, Lachs 00,00 R., Schellfische 16 R., Funder 21 R., pro 100 Pfund. Schottische Vollbratlinge (gelben) 36—38 R. Krebse, kleine, Schod 00,00 R., unsortiert 0,00 R. Eier, Schod 0,00, Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, Ha 114—120, IIIa 110—114, abfallende 100—110, Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Rolen 0,00—0,00 blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00, Weisback pr. Schod 4,00—8,00, Weisback 6,00—8,00, Koffohl 4,00—8,00, Kohl 10—13 R. Saure Gurken, neue, Schod 0,00.